

Dorothee Einsele

Bank- und  
Kapitalmarkt-  
recht

4. Auflage



MOHR SIEBECK

Dorothee Einsele

# Bank- und Kapitalmarktrecht





Dorothee Einsele

# Bank- und Kapitalmarktrecht

Nationale und Internationale Bankgeschäfte

4., neu bearbeitete Auflage

Mohr Siebeck

*Dorothee Einsele*, geboren 1956; Professorin in Kiel (Lehrstuhl für Bürgerliches Recht, Handelsrecht, Europäisches und Internationales Privat- und Wirtschaftsrecht, Rechtsvergleichung); Direktorin des Instituts für Europäisches und Internationales Privat- und Verfahrensrecht.

1. Auflage 2006
- 2., neu bearbeitete Auflage 2010
- 3., neu bearbeitete Auflage 2014
- 4., neu bearbeitete Auflage 2018

ISBN 978-3-16-155640-1 / eISBN 978-3-16-156181-8  
DOI 10.1628/978-3-16-156181-8

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliographie; detaillierte bibliographische Daten sind im Internet über <http://dnb.dnb.de> abrufbar.

© 2018 Mohr Siebeck Tübingen. [www.mohrsiebeck.com](http://www.mohrsiebeck.com)

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für die Verbreitung, Vervielfältigung, Übersetzung und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Das Buch wurde von Gulde Druck in Tübingen aus der Stempel Garamond gesetzt und auf alterungsbeständiges Werkdruckpapier gedruckt und von der Buchbinderei Spinner in Ottersweier gebunden.

## Vorwort

Das Kapitalmarktrecht, zunehmend aber auch das Bankrecht, unterliegt der Reform in Permanenz. Die Neuauflage geht auf die zahlreichen Gesetzesänderungen ein, die im Bereich des privaten Bank- und Kapitalmarktrechts seit der Voraufgabe erfolgt sind. Zu nennen sind hier insbesondere die Gesetze zur Umsetzung der Zweiten Zahlungsdiensterichtlinie (PSD II), der Zweiten Finanzmarktrichtlinie (MiFID II), der Zahlungskontenrichtlinie und der OGAW V-Richtlinie, daneben aber auch etliche europäische Verordnungen, wie etwa die Zentralverwahrerverordnung, die Marktmissbrauchsverordnung (MAR) und die in wesentlichen Teilen ab 21.7.2019 geltende neue EU-Prospektverordnung. Wie bisher sind die hier behandelten nationalen und internationalen Bankgeschäfte nicht notwendigerweise im bankaufsichtsrechtlichen Sinn zu verstehen. Sie umfassen vielmehr auch solche Geschäfte, die typischerweise von Kreditinstituten betrieben werden. Dabei liegt der Schwerpunkt dieser Darstellung in den Bereichen, die nicht zum Pflichtfachstoff eines jeden Juristen gehören. Das Buch befindet sich auf dem Stand von Januar 2018.

Im Übrigen gilt wiederum: Eventuelle Irrtümer sind allein mir zuzurechnen; entsprechende Hinweise wie auch Verbesserungsvorschläge sind willkommen.

Kiel, im Juni 2018

Dorothee Einsele



# Inhaltsübersicht

	Seite
<b>1. Kapitel: Grundlagen</b> . . . . .	1
§ 1 Allgemeine Verhaltenspflichten des Kreditinstituts . . . . .	1
§ 2 Allgemeine Rechtsprobleme bei Bankgeschäften mit Auslandsbezug . . . . .	23
<b>2. Kapitel: Commercial Banking</b> . . . . .	49
§ 3 Einlagengeschäft . . . . .	49
§ 4 Kreditgeschäft . . . . .	95
§ 5 Garantiegeschäft . . . . .	143
§ 6 Bargeldlose Zahlung . . . . .	195
<b>3. Kapitel: Investment Banking</b> . . . . .	395
§ 7 Emissions- und Konsortialgeschäft . . . . .	395
§ 8 Effektengeschäft (Finanzkommissionsgeschäft) und verwandte Finanzdienstleistungen . . . . .	463
§ 9 Depotgeschäft . . . . .	533
§ 10 Investmentgeschäft . . . . .	593



# Inhaltsverzeichnis

	Seite
<b>Abkürzungsverzeichnis</b> . . . . .	XXV
<b>Verzeichnis der abgekürzt zitierten Literatur</b> . . . . .	XXXI
<b>Graphische Darstellungen (Zeichenerklärung)</b> . . . . .	XXXI
<b>1. Kapitel: Grundlagen</b> . . . . .	1
<b>§ 1 Allgemeine Verhaltenspflichten des Kreditinstituts</b> . . . . .	1
I. Rechtsgrundlagen allgemeiner Verhaltenspflichten des Kreditinstituts . . . . .	1
II. Bankgeheimnis . . . . .	3
1. Rechtsgrundlagen . . . . .	3
2. Grundsätzlicher Schutzzumfang . . . . .	5
3. Rechtsfolgen der Verletzung des Bankgeheimnisses . . . . .	6
III. Einschränkungen des Bankgeheimnisses . . . . .	8
1. Informationspflichten gegenüber staatlichen Stellen . . . . .	8
a) Vorschriften des Zivil- und Strafverfahrensrechts sowie des Steuerrechts . . . . .	8
b) Bankrechtliche Vorschriften nach dem GwG, KWG und WpHG. . .	11
2. Informationsrechte und Informationspflichten gegenüber Privatpersonen . . . . .	14
a) Einwilligung des Kunden . . . . .	14
b) Auskunftspflicht bei Forderungsabtretung und Bankgeheimnis . .	16
c) Sonstige Informationsrechte und Informationspflichten. . . . .	20
<b>§ 2 Allgemeine Rechtsprobleme bei Bankgeschäften mit Auslandsbezug</b> . . . . .	23
I. Einführung in das internationale Privatrecht der Bankgeschäfte . . . . .	23
II. Anwendbares Recht . . . . .	28
1. Bankrechtlicher Einzelvertrag . . . . .	30
a) Maßgeblichkeit des Vertragsstatuts gem. Artt. 3 ff. Rom I . . . . .	30
b) Wirksamkeit einer Rechtswahl. . . . .	31
aa) Prüfung der Wirksamkeit gem. Artt. 3 Abs. 5, 10 Abs. 1 Rom I	31

*Inhaltsverzeichnis*

bb) Inhaltskontrolle von Rechtswahlklauseln in AGB gem. Artt. 3 Abs. 5, 10 Abs. 1 Rom I. . . . .	31
cc) Relevanz des Aufenthaltsrechts einer Partei gem. Artt. 3 Abs. 5, 10 Abs. 2 Rom I. . . . .	33
c) Objektive Vertragsanknüpfung . . . . .	34
d) Vertragliche Pflichtenkollisionen. . . . .	35
2. Gesetzliches Schuldverhältnis zwischen Kreditinstitut und Kunde. . .	36
3. Deliktische Ansprüche . . . . .	40
4. Besonderheit: Rechtsverhältnisse mit Schutzwirkung zugunsten Dritter . . . . .	40
III. Geltungsbereich und internationaler Anwendungsbereich öffentlich-rechtlicher Rechtsnormen. . . . .	41
IV. Internationaler Anwendungsbereich wesentlicher öffentlich-rechtlicher Verhaltenspflichten des Kreditinstituts . . . . .	42
V. Möglichkeiten der Problemlösung bei Pflichtenkollisionen . . . . .	44
<b>2. Kapitel: Commercial Banking . . . . .</b>	<b>49</b>
<b>§ 3 Einlagengeschäft . . . . .</b>	<b>49</b>
I. Einführung. . . . .	50
II. Rechtliche Einordnung nach deutschem Sachrecht . . . . .	51
1. Sichteinlagen. . . . .	51
a) Rechtliche Einordnung. . . . .	51
b) Girokonto – Basiskonto . . . . .	52
aa) Rechtsgrundlage Girovertrag . . . . .	52
bb) Rechtsgrundlage Kontokorrentverhältnis. . . . .	56
cc) Belastungs- und Gutschriftbuchung . . . . .	59
dd) Zurückweisungsrecht des Kontoinhabers. . . . .	60
ee) Stornorecht . . . . .	63
2. Termineinlagen . . . . .	64
3. Spareinlagen . . . . .	64
4. Kontoformen . . . . .	65
a) Kontoinhaberschaft . . . . .	65
b) Eigenkonto – Fremdkonto . . . . .	66
c) Gemeinschaftskonto . . . . .	66
aa) Und-Konto . . . . .	67
bb) Oder-Konto . . . . .	70
d) Sonderkonto . . . . .	73
e) Treuhandkonto – Anderkonto . . . . .	74
f) Sperrkonto . . . . .	76
g) Pfändungsschutzkonto. . . . .	78
h) Konto pro Diverse . . . . .	79
III. Anwendbares Recht . . . . .	79

*Inhaltsverzeichnis*

1. Maßgeblichkeit des Vertragsstatuts gem. Artt. 3 ff. Rom I . . . . .	79
2. Vorrangige Maßgeblichkeit einer Rechtswahl. . . . .	80
3. Allgemeine Kriterien für die objektive Anknüpfung der Einlagengeschäfte . . . . .	81
4. Einlagengeschäfte als Finanzdienstleistungen. . . . .	82
5. Anwendbarkeit des Rechts des Aufenthaltsstaats des Verbrauchers gem. Art. 6 Rom I . . . . .	84
a) Einführung. . . . .	84
b) Bezug der Tätigkeit des Unternehmers zum Aufenthaltsstaat des Verbrauchers . . . . .	84
c) Ausnahme i. S. d. Art. 6 Abs. 4 a) Rom I . . . . .	87
d) Rechtsfolgen . . . . .	88
6. Verbraucherschutz für besondere Gebiete gem. Art. 46 b EGBGB . . . . .	89
7. Verbraucherschutz gem. Art. 9 Rom I . . . . .	91
<b>§ 4 Kreditgeschäft. . . . .</b>	<b>95</b>
I. Einführung. . . . .	96
II. Rechtliche Einordnung nach deutschem Sachrecht . . . . .	97
1. Darlehensvertrag – Krediteröffnungsvertrag . . . . .	97
2. Wesentliche Rechtsfragen bei Darlehensverträgen . . . . .	99
a) Informations-, Beratungs- und Prüfpflichten der Bank . . . . .	99
b) Kündigungsmöglichkeit des Darlehensnehmers bei befristeten Darlehen . . . . .	102
c) Besonderheiten des Verbraucherdarlehensvertrags. . . . .	104
aa) Allgemeine Regelungen zum Verbraucherdarlehensvertrag. . . . .	104
bb) Rechtliche Regelungen für verbundene Geschäfte . . . . .	107
α) Begriff der verbundenen Geschäfte . . . . .	107
β) „Widerrufsdurchgriff“. . . . .	110
γ) „Einwendungsdurchgriff“. . . . .	114
cc) Rechte des Verbrauchers bei nicht ordnungsgemäßer Belehrung über Widerrufsrecht . . . . .	118
III. Anwendbares Recht . . . . .	121
1. Maßgeblichkeit des Vertragsstatuts gem. Artt. 3 ff. Rom I. . . . .	121
2. Vorrangige Maßgeblichkeit einer Rechtswahl. . . . .	122
3. Darlehenshingabe als maßgebliche Finanzdienstleistung. . . . .	123
4. Anwendbarkeit des Rechts des Aufenthaltsstaats des Verbrauchers gem. Art. 6 Rom I . . . . .	125
a) Einführung. . . . .	125
b) Kreditgeschäft als Verbrauchervertrag. . . . .	125
c) Rechtsfolgen . . . . .	125
5. Verbraucherschutz gem. Art. 46 b EGBGB . . . . .	127
6. Verbraucherschutz gem. Art. 9 Rom I. . . . .	128
IV. Konsortialkreditgeschäft. . . . .	130
1. Einführung . . . . .	130

*Inhaltsverzeichnis*

2. Besonderheiten des Konsortialkreditgeschäfts nach deutschem Sachrecht . . . . .	131
a) Rechtsverhältnis zwischen den Konsorten (Konsortialverhältnis). . . . .	131
b) Rechtsverhältnis zwischen dem Kreditnehmer und den Konsorten . . . . .	133
aa) Rechtliche Gestaltungsformen und Einordnung des Konsortialkreditvertrags . . . . .	133
bb) Besicherung von Konsortialkrediten . . . . .	134
3. Rechtsprobleme internationaler Kreditkonsortien . . . . .	135
a) Rechtsverhältnis zwischen den Konsorten (Konsortialverhältnis). . . . .	135
b) Rechtsverhältnis zwischen dem Kreditnehmer und den Konsorten . . . . .	136
aa) Maßgeblichkeit des Vertragsstatuts gem. Artt. 3 ff. Rom I. . . . .	136
bb) Bedeutung von Eingriffsnormen und des Abkommens von Bretton Woods . . . . .	137
cc) Besicherung von Konsortialkrediten . . . . .	140
<b>§ 5 Garantiegeschäft . . . . .</b>	<b>143</b>
I. Akkreditiv . . . . .	143
1. Einführung . . . . .	143
a) Überblick über die Rechtsbeziehungen . . . . .	144
b) Rechtsnatur der Einheitlichen Richtlinien und Gebräuche für Dokumentenakkreditive . . . . .	146
2. Rechtsbeziehungen nach deutschem Sachrecht . . . . .	147
a) Rechtsverhältnis zwischen Akkreditivauftraggeber und Begünstigtem . . . . .	147
b) Rechtsverhältnis zwischen Akkreditivauftraggeber und Akkreditivbank . . . . .	148
c) Rechtsverhältnis zwischen Akkreditivbank und einer eingeschalteten Zweitbank. . . . .	149
d) Rechtsverhältnis zwischen Akkreditivbank und Begünstigtem . . . . .	149
e) Rechtsverhältnis zwischen Bestätigungsbank und Begünstigtem . . . . .	150
f) Übertragung des Akkreditivs und Abtretung des Akkreditiverlöses . . . . .	151
3. Anwendbares Recht . . . . .	152
a) Rechtsverhältnis zwischen Akkreditivauftraggeber und Begünstigtem . . . . .	152
b) Rechtsverhältnis zwischen Akkreditivauftraggeber und Akkreditivbank . . . . .	153
c) Rechtsverhältnis zwischen Akkreditivbank und einer eingeschalteten Zweitbank. . . . .	154
d) Rechtsverhältnis zwischen Akkreditivbank und Begünstigtem . . . . .	154
aa) Grundsatz: Anknüpfung an das Recht der Akkreditivbank . . . . .	154
bb) Besonderheiten bei Einschaltung einer Zweitbank? . . . . .	155
e) Rechtsverhältnis zwischen Bestätigungsbank und Begünstigtem . . . . .	158
f) Übertragung des Akkreditivs und Abtretung des Akkreditiverlöses . . . . .	159

II. Garantie . . . . .	160
1. Einführung . . . . .	160
a) Funktion und Ausgestaltung mit rechtsvergleichenden Bezügen . . . . .	160
b) Bemühungen um Rechtsharmonisierung . . . . .	163
2. Rechtsbeziehungen nach deutschem Sachrecht . . . . .	164
a) Rechtsverhältnis zwischen Garantierauftraggeber und Begünstigtem . . . . .	164
b) Rechtsverhältnis zwischen Garantierauftraggeber und Garantiebank . . . . .	165
c) Rechtsverhältnis zwischen Garantiebank und Begünstigtem . . . . .	167
aa) Garantie . . . . .	167
bb) Garantie auf erstes Anfordern . . . . .	168
cc) Zulässige Einwendungen der Garantiebank gegenüber dem Begünstigten . . . . .	169
α) Einwendungen aus dem Garantievertrag . . . . .	169
β) Aufrechnungsmöglichkeit der Bank? . . . . .	169
γ) Einwendungen aus dem Valutaverhältnis ausnahmsweise bei Rechtsmissbrauch . . . . .	170
δ) Keine Einwendungen aus dem Deckungsverhältnis . . . . .	172
3. Anwendbares Recht . . . . .	172
a) Rechtsverhältnis zwischen Garantierauftraggeber und Begünstigtem . . . . .	172
b) Rechtsverhältnis zwischen Garantierauftraggeber und Garantiebank . . . . .	174
c) Rechtsverhältnis zwischen Garantiebank und Begünstigtem . . . . .	174
4. Besonderheiten bei Einschaltung einer Zweitbank: indirekte Garantie . . . . .	176
a) Einführung . . . . .	176
b) Rechtsverhältnis zwischen Erst- und Zweitbank . . . . .	177
c) Anwendbares Recht . . . . .	177
aa) Geschäftsbesorgungsverhältnis zwischen Erst- und Zweitbank . . . . .	177
bb) Rück- oder Gegengarantie . . . . .	178
cc) Risiken der indirekten Garantie . . . . .	179
5. Rückforderungsansprüche bei Nichteintritt des Garantiefalls . . . . .	180
a) Problematik nach deutschem Recht . . . . .	180
b) Problematik bei grenzüberschreitenden Rechtsbeziehungen . . . . .	182
III. Bürgschaft . . . . .	183
1. Einführung . . . . .	184
2. Besonderheiten nach deutschem Sachrecht mit rechtsvergleichenden Bezügen . . . . .	185
a) Allgemeine Regelungen zur Bürgschaft . . . . .	185
b) Bürgschaft auf erstes Anfordern . . . . .	187
aa) Einschränkungen der Wirksamkeit der Bürgschaft auf erstes Anfordern zum Schutz des Bürgen . . . . .	187

*Inhaltsverzeichnis*

bb) Einschränkungen der Wirksamkeit der Sicherungsabrede zur Stellung der Bürgschaft auf erstes Anfordern zum Schutz des Hauptschuldners . . . . .	188
3. Anwendbares Recht . . . . .	190
a) Rechtsverhältnis zwischen Hauptschuldner und Gläubiger . . . . .	190
b) Rechtsverhältnis zwischen Hauptschuldner und Bürge . . . . .	192
c) Rechtsverhältnis zwischen Bürge und Gläubiger . . . . .	192
<b>§ 6 Bargeldlose Zahlung . . . . .</b>	<b>195</b>
A. Zahlung unter Einsatz von Wertpapieren . . . . .	195
I. Wechsel. . . . .	195
1. Einführung . . . . .	195
a) Einsatz von Wechseln im internationalen Rechtsverkehr . . . . .	196
b) Wechselrechtskreise . . . . .	198
c) UNCITRAL-Konvention über den internationalen Wechsel und den internationalen Eigenwechsel vom 9.12.1988 . . . . .	199
2. Wesentliche Unterschiede zwischen dem anglo-amerikanischen und dem Genfer Einheitlichen Wechselrecht . . . . .	200
a) Formerfordernisse . . . . .	201
b) Wechselrückgriff . . . . .	202
c) Gutgläubiger und einwendungsfreier Erwerb . . . . .	202
3. Internationales Wechselrecht . . . . .	204
a) Grundverhältnis . . . . .	204
b) Wechselklärungen . . . . .	205
c) Wechselrechtliche Verfügungsgeschäfte . . . . .	209
d) Rechtswahlfreiheit im internationalen Wechselrecht . . . . .	212
e) Anglo-amerikanischer Wechselrechtskreis . . . . .	213
II. Scheck . . . . .	215
1. Einführung; Scheckrechtskreise. . . . .	216
2. Wesentliche Unterschiede zwischen dem anglo-amerikanischen und dem Genfer Einheitlichen Scheckrecht . . . . .	218
a) Formerfordernisse . . . . .	218
b) Regelungen zur Scheckzahlung und zum Rückgriff. . . . .	220
c) Fälschung und Verfälschung von Schecks . . . . .	222
d) Verrechnungsscheck und gekreuzter Scheck. . . . .	223
3. Internationales Scheckrecht . . . . .	224
a) Grundverhältnis . . . . .	225
b) Scheckklärungen . . . . .	225
4. Reisescheck . . . . .	227
a) Rechtliche Einordnung nach deutschem Sachrecht mit rechtsvergleichenden Bezügen . . . . .	228
aa) Rechtsnatur . . . . .	228
bb) Rechtsverhältnis zwischen Emittent und Einlösestelle . . . . .	231
cc) Rechtsverhältnis zwischen Emittent und Ersterwerber . . . . .	232

*Inhaltsverzeichnis*

b)	Anwendbares Recht . . . . .	234
aa)	Rechtsverhältnis zwischen Emittent und Einlösestelle . . . . .	234
bb)	Rechtsverhältnis zwischen Emittent und Ersterwerber . . . . .	235
III.	Inkassogeschäft . . . . .	237
1.	Einführung . . . . .	237
2.	Rechtsbeziehungen nach deutschem Sachrecht . . . . .	239
a)	Rechtsverhältnis zwischen Inkassoauftraggeber und Zahlungspflichtigem/Bezogenem . . . . .	239
b)	Rechtsverhältnis zwischen Inkassoauftraggeber und Einreicherbank . . . . .	239
aa)	Qualifikation und Inhalt des Vertrags. . . . .	239
bb)	Weiterleitung des Inkassoauftrags. . . . .	241
c)	Rechtsverhältnis zwischen Einreicherbank und Inkassobank sowie Inkassobank und vorlegender Bank . . . . .	242
d)	Rechtsverhältnis zwischen Inkassobank und Zahlungspflichtigem/Bezogenem . . . . .	244
3.	Anwendbares Recht . . . . .	244
a)	Rechtsverhältnis zwischen Inkassoauftraggeber und Zahlungspflichtigem/Bezogenem . . . . .	244
b)	Rechtsverhältnis zwischen Inkassoauftraggeber und Einreicherbank . . . . .	246
aa)	Geschäftsbesorgung. . . . .	246
bb)	Abtretung . . . . .	247
c)	Rechtsverhältnis zwischen Einreicherbank und Inkassobank sowie Inkassobank und vorlegender Bank . . . . .	248
B.	Zahlung unter Nutzung von Zahlungsdienstleistungen . . . . .	249
I.	Einführung und allgemeine Regelungen für Zahlungsdienstleistungen . . . . .	249
1.	Anwendungsbereich der Regelungen für Zahlungsdienstleistungen . . . . .	250
2.	Zahlungsdienstnutzer und Zahlungsdienstleister . . . . .	252
3.	Entgelte bei Zahlungsvorgängen . . . . .	253
4.	Zahlungsauftrag als Weisung . . . . .	254
5.	Unwiderruflichkeit des Zahlungsauftrags, Ausführungsfristen und Maßgeblichkeit der Kundenkennung. . . . .	255
6.	Aufwendungsersatzanspruch des Zahlungsdienstleisters. . . . .	258
7.	Wertstellung. . . . .	259
II.	Überweisung. . . . .	259
1.	Einführung . . . . .	261
2.	Rechtsbeziehungen nach deutschem Sachrecht . . . . .	264
a)	Rechtsverhältnis zwischen Überweisendem und überweisendem Zahlungsdienstleister. . . . .	265
aa)	Zahlungsauftrag . . . . .	265
bb)	Pflichten des Zahlungsdienstleisters. . . . .	266
cc)	Widerrufsmöglichkeit. . . . .	270

*Inhaltsverzeichnis*

dd) Haftung des überweisenden Zahlungsdienstleisters für nicht ordnungsgemäße Überweisungen . . . . .	271
α) Grundsatz: verschuldensunabhängige Erstattungspflicht . . . . .	271
β) Sonderregelung für verspätete Überweisungen . . . . .	272
γ) Verschuldensabhängige Haftung . . . . .	273
δ) Haftungseinschränkung und Haftungsausschluss . . . . .	274
ee) Abweichende Regelungen gegenüber Unternehmern . . . . .	278
ff) Abweichende Regelungen für Überweisungen in Drittstaaten und in Drittstaatenwährungen . . . . .	281
b) Rechtsverhältnis zwischen den in die Überweisung eingeschalteten Stellen/Zahlungsdienstleister des Empfängers . . . . .	282
aa) Weiterleitung des Zahlungsbetrags . . . . .	282
bb) Verschuldensunabhängige Haftung der zwischengeschalteten Stellen . . . . .	283
cc) Verschuldensabhängige Haftung der zwischengeschalteten Stellen . . . . .	285
c) Rechtsverhältnis zwischen dem Empfänger und seinem Zahlungsdienstleister . . . . .	286
aa) Pflichten des Zahlungsdienstleisters. . . . .	286
bb) Haftung des Zahlungsdienstleisters des Empfängers . . . . .	287
cc) Abweichende Regelungen . . . . .	287
d) Direktansprüche des Überweisenden gegen zwischengeschaltete Stellen . . . . .	288
3. Bereicherungsausgleich bei fehlerhaften bzw. fehlenden Kausalverhältnissen . . . . .	290
4. Rechtsprobleme grenzüberschreitender Überweisungen . . . . .	296
a) Grundsätzliche Fragen bei der Bestimmung der anwendbaren Rechtsordnung . . . . .	296
aa) Rechtsharmonisierung im EWR? . . . . .	296
bb) Für jedes Rechtsverhältnis gesonderte Bestimmung des anwendbaren Rechts. . . . .	297
b) Anwendbares Recht . . . . .	298
aa) Rechtsverhältnis zwischen Überweisendem und Empfänger . . . . .	298
bb) Rechtsverhältnis zwischen Überweisendem und überweisendem Zahlungsdienstleister . . . . .	300
cc) Rechtsverhältnisse zwischen den in die Überweisung eingeschalteten Stellen/Zahlungsdienstleister des Empfängers . . . . .	300
dd) Besonderheit: Direktansprüche des Überweisenden und des überweisenden Zahlungsdienstleisters gegen zwischengeschaltete Stellen . . . . .	302
α) Qualifikation . . . . .	302
β) Auf Direktansprüche anwendbare Rechtsordnung . . . . .	303
ee) Bereicherungsausgleich bei fehlerhaften Kausalverhältnissen. . . . .	307
III. Debitkarten . . . . .	309

*Inhaltsverzeichnis*

1. electronic-cash-System . . . . .	310
a) Einführung. . . . .	310
b) Rechtsbeziehungen nach deutschem Sachrecht . . . . .	312
aa) Rechtsverhältnis zwischen Karteninhaber und kartenausgebendem Institut . . . . .	312
bb) Rechtsverhältnis zwischen kartenausgebendem Institut und Händler/Vertragsunternehmen. . . . .	320
cc) Rechtsbeziehung zwischen Karteninhaber und Händler/Vertragsunternehmen. . . . .	324
c) Anwendbares Recht . . . . .	325
aa) Rechtsverhältnis zwischen Karteninhaber und kartenausgebendem Institut . . . . .	325
bb) Rechtsverhältnis zwischen kartenausgebendem Institut und Händler/Vertragsunternehmen. . . . .	327
cc) Rechtsverhältnis zwischen Karteninhaber und Händler/Vertragsunternehmen. . . . .	328
2. Elektronisches Lastschriftverfahren und früheres POZ-System . . . . .	329
3. Geldautomatensystem. . . . .	331
a) Einführung. . . . .	331
b) Rechtsbeziehungen nach deutschem Sachrecht . . . . .	333
aa) Rechtsverhältnis zwischen Karteninhaber und kartenausgebendem Institut . . . . .	333
bb) Rechtsverhältnis zwischen kartenausgebendem und automatenbetreibendem Institut . . . . .	335
cc) Rechtsverhältnis zwischen Karteninhaber und automatenbetreibendem Institut . . . . .	337
c) Anwendbares Recht . . . . .	340
aa) Rechtsverhältnis zwischen Karteninhaber und kartenausgebendem Institut . . . . .	340
bb) Rechtsverhältnis zwischen kartenausgebendem und automatenbetreibendem Institut . . . . .	340
cc) Rechtsverhältnis zwischen Karteninhaber und automatenbetreibendem Institut . . . . .	342
IV. Kreditkarten . . . . .	343
1. Einführung . . . . .	344
2. Rechtsbeziehungen nach deutschem Sachrecht . . . . .	349
a) Rechtsverhältnis zwischen Karteninhaber und Kartenemittent . . . . .	349
b) Rechtsverhältnis zwischen dem Kreditkartenemittenten und dem Vertragsunternehmen . . . . .	355
aa) Rechtliche Qualifikation des Vertrags zwischen Kreditkartenemittent und Vertragsunternehmen. . . . .	355
bb) Missbrauchsrisiko beim Einsatz von Kreditkarten . . . . .	358

*Inhaltsverzeichnis*

cc) Einwendungen des Kreditkartenemittenten gegen den Zahlungsanspruch des Vertragsunternehmens unter Berücksichtigung der Einwendungen des Karteninhabers gegen das Vertragsunternehmen . . . . .	360
3. Rechtsprobleme bei grenzüberschreitenden Rechtsbeziehungen im Kreditkartensystem . . . . .	366
a) Rechtsbeziehung zwischen ausländischem Vertragsunternehmen und Kreditkarteninhaber. . . . .	366
b) Rechtsverhältnis zwischen Kreditkartenemittent und Vertragsunternehmen . . . . .	368
aa) Anwendbares Recht . . . . .	368
bb) Rechtsprobleme der Abtretung der Forderung des Vertragsunternehmens gegen den Karteninhaber an die Kreditkartengesellschaft . . . . .	370
c) Rechtsbeziehungen zwischen Kreditkartenemittent und Karteninhaber . . . . .	372
aa) Anwendbares Recht . . . . .	372
bb) Gesonderte Bepreisung des Auslandseinsatzes von Kreditkarten . . . . .	376
V. SEPA-Lastschrift. . . . .	379
1. Einführung und SEPA-Mandat . . . . .	379
2. Rechtsbeziehungen nach deutschem Sachrecht . . . . .	382
a) Rechtsverhältnis zwischen Zahler und Zahlungsdienstleister . . . . .	382
b) Rechtsverhältnis zwischen Zahler und Zahlungsempfänger . . . . .	386
c) Rechtsverhältnis zwischen dem Zahlungsempfänger und seinem Zahlungsdienstleister . . . . .	391
d) Haftung der Zahlungsdienstleister bei nicht ordnungsgemäßer oder verspäteter Ausführung des Zahlungsauftrags . . . . .	391
3. Anwendbares Recht . . . . .	393
a) Rechtsverhältnis zwischen Zahler und Zahlungsdienstleister . . . . .	393
b) Rechtsverhältnis zwischen Zahler und Zahlungsempfänger . . . . .	393
c) Rechtsverhältnis zwischen dem Zahlungsempfänger und seinem Zahlungsdienstleister . . . . .	394
<b>3. Kapitel: Investment Banking . . . . .</b>	<b>395</b>
<b>§ 7 Emissions- und Konsortialgeschäft . . . . .</b>	<b>395</b>
I. Einführung. . . . .	397
II. Rechtsbeziehungen nach deutschem Sachrecht . . . . .	399
1. Rechtsverhältnis zwischen den Konsorten (Konsortialverhältnis) . . . . .	399
a) Vertragliche Ausgestaltung und Abbedingung von Regelungen der BGB-Gesellschaft . . . . .	399

*Inhaltsverzeichnis*

b)	Rechtliche Einordnung des Konsortialverhältnisses als BGB-Gesellschaft. . . . .	401
c)	Haftung des Konsortiums/der Konsorten für Pflichtverletzungen des Konsortialführers im Außenverhältnis . . . . .	402
d)	Haftung der Konsortialführung/der Konsorten im Innenverhältnis . . . . .	403
2.	Rechtsverhältnis zwischen dem Emittenten und dem Konsortium/den Konsorten sowie dem Konsortialführer. . . . .	404
a)	Rolle des Konsortialführers . . . . .	404
b)	Parteien des Übernahmevertrags und Haftung des Konsortiums/ der Konsorten für die Übernahme der Emission. . . . .	404
c)	Rechtliche Einordnung des Übernahmevertrags bei Anleiheemissionen . . . . .	408
d)	Rechtliche Einordnung des Übernahme- und Zeichnungsvertrags bei Aktienemissionen. . . . .	409
e)	Rechtliche Einordnung des Rechtsverhältnisses zwischen dem Emittenten und dem Konsortium/den Konsorten bei fehlender Festübernahme. . . . .	410
f)	Inhaltliche Ausgestaltung des Übernahmevertrags . . . . .	410
aa)	Generelle Regelungen . . . . .	410
bb)	Preisfindungsmechanismus . . . . .	411
cc)	Marktstabilisierung (Greenshoe-Option und Marktschutzvereinbarungen). . . . .	413
3.	Rechtsverhältnis zwischen dem Emittenten und den Anlegern. . . . .	416
a)	Maßgeblichkeit des verbrieften Rechts. . . . .	416
b)	AGB-Charakter und vertragliche Einbeziehung der Anleihebedingungen? . . . . .	417
c)	Inhaltskontrolle der Anleihebedingungen . . . . .	422
d)	Übernahmevertrag als Vertrag zugunsten der Anleger . . . . .	425
e)	Organisation der Anleihegläubiger. . . . .	425
f)	Prospekthaftung . . . . .	428
aa)	Spezialgesetzlich geregelte Prospekthaftung . . . . .	428
bb)	Allgemeine zivilrechtliche Prospekthaftung . . . . .	434
4.	Rechtsverhältnis zwischen den Konsorten und den Anlegern . . . . .	437
III.	Rechtsprobleme internationaler Emissionen . . . . .	439
1.	Rechtsverhältnis zwischen den Konsorten (Konsortialverhältnis) . . . . .	439
2.	Rechtsverhältnis zwischen dem Emittenten und den Konsorten bzw. Konsortialführer. . . . .	442
a)	Übernahmevertrag. . . . .	442
b)	Inhalt der verbrieften Rechte (Anleihen/Aktien) . . . . .	443
3.	Rechtsverhältnis zwischen dem Emittenten und den Anlegern. . . . .	446
a)	Erwerb und Inhalt der Rechte der Anleger . . . . .	446
b)	Inhaltskontrolle und eingeschränkte Geltung von Anleihebedingungen. . . . .	446

c) Organisation der Anleihegläubiger . . . . .	450
d) Prospekthaftung . . . . .	450
aa) Spezialgesetzlich geregelte Prospekthaftung . . . . .	450
α) Maßgebliche Prospektpflicht. . . . .	450
β) Maßgebliche Prospekthaftungsregelung und deren Qualifikation . . . . .	451
γ) Anwendbarkeit und Anwendungsprobleme der Rom II-VO	453
δ) Maßgeblichkeit des Rechts des betroffenen Marktes . . . . .	454
bb) Sonstige (allgemeine zivilrechtliche) Prospekthaftung . . . . .	459
4. Rechtsverhältnis zwischen den Konsorten und den Anlegern . . . . .	459

**§ 8 Effektengeschäft (Finanzkommissionsgeschäft)**

<b>und verwandte Finanzdienstleistungen . . . . .</b>	<b>463</b>
I. Einführung und Abgrenzung zu Finanzdienstleistungen . . . . .	464
II. Schuldrechtliche Rechtsbeziehungen nach deutschem Sachrecht . . . . .	468
1. Rechtsverhältnis zwischen dem Kreditinstitut und dem Kunden. . . . .	468
a) Regelmäßige Auftragsausführung im Wege der einfachen Kommission . . . . .	468
b) Rechte und Pflichten von Kreditinstitut und Kunde bei Auftragsausführung im Wege der einfachen Kommission . . . . .	470
aa) Art und Weise der Auftragsausführung. . . . .	470
bb) Rechenschafts- und Herausgabepflicht sowie Eigenhaftung des Kommissionärs . . . . .	473
c) Pflicht des Kunden zur Zahlung des Preises des Ausführungsgeschäfts, von Provision, Auslagen und Vorschuss . . . . .	475
c) Rechte und Pflichten von Kreditinstitut und Kunden beim Festpreisgeschäft . . . . .	475
d) Beratungsvertrag zwischen Kreditinstitut und Kunde. . . . .	477
e) Besonderheiten des Vertragsschlusses – Kontrahierungszwang? . . . . .	479
f) Verhaltenspflichten des Kreditinstituts/Wertpapier- dienstleistungsunternehmens nach dem WpHG. . . . .	481
aa) Allgemeines . . . . .	481
bb) Einzelne Verhaltenspflichten zur Wahrung der Kundeninteressen . . . . .	483
α) Vermeidung von Interessenkonflikten. . . . .	483
β) Informationspflichten . . . . .	491
γ) Erkundigungspflichten . . . . .	492
δ) Aufzeichnungspflichten . . . . .	496
cc) Rechtliche Qualifikation der Verhaltenspflichten gem. §§ 63 ff. WpHG. . . . .	497
g) Schadensersatzanspruch des Kunden bei Verletzung von Beratungs- und Informationspflichten des Kreditinstituts . . . . .	501
h) Erfüllungsfristen für die Übertragung der Wertpapiere . . . . .	504

## *Inhaltsverzeichnis*

i) Erfüllungsfristen für die Geldzahlung . . . . .	506
2. Rechtsverhältnis zwischen dem Kreditinstitut und dem Vertragspartner des Ausführungsgeschäfts . . . . .	507
3. Rechtsverhältnis zwischen dem Kunden und dem Vertragspartner des Ausführungsgeschäfts des Kreditinstituts sowie sonstigen Dritten	509
III. Übertragung der Wertpapiere . . . . .	510
IV. Anwendbares Recht . . . . .	510
1. Rechtsverhältnis zwischen dem Kreditinstitut und dem Kunden. . . . .	510
a) Grundsatz: Anwendbarkeit des Rechts des Kreditinstituts . . . . .	511
aa) Kommissionsvertrag und Festpreisgeschäft. . . . .	511
bb) Beratungsvertrag . . . . .	514
cc) Anwendungsbereich. . . . .	515
b) Kollisionsrechtlicher Verbraucherschutz. . . . .	515
aa) Anwendbarkeit des Rechts des Aufenthaltsstaats des Verbrauchers. . . . .	515
bb) Verbraucherschutz für besondere Gebiete. . . . .	519
c) Internationaler Anwendungsbereich der Verhaltenspflichten nach dem WpHG. . . . .	519
d) Anwendbarkeit ausländischer Verhaltenspflichten. . . . .	522
2. Rechtsverhältnis zwischen dem Kreditinstitut und dem Vertragspartner des Ausführungsgeschäfts . . . . .	526
3. Rechtsverhältnis zwischen dem Kunden und dem Vertragspartner des Ausführungsgeschäfts des Kreditinstituts sowie sonstigen Dritten . . . . .	527
4. Übertragung der Wertpapiere. . . . .	527
V. Besonderheiten der Finanztermingeschäfte . . . . .	527
1. Finanztermingeschäfte . . . . .	527
2. Geltung der Sonderbedingungen für Termingeschäfte zwischen dem Kreditinstitut und dem Kunden . . . . .	530
<b>§ 9 Depotgeschäft. . . . .</b>	<b>533</b>
I. Einführung. . . . .	535
II. Rechtsbeziehungen nach deutschem Sachrecht . . . . .	539
1. Rechtsverhältnis zwischen dem Hinterleger/dinglich Berechtigten und den Depotbanken. . . . .	539
a) Grundsätzlicher Inhalt des Depotvertrags. . . . .	539
b) Sonderverwahrung. . . . .	541
c) Regelfall: Sammelverwahrung . . . . .	541
d) Ansprüche gegen Drittverwahrer?. . . . .	542
e) Ansprüche der dinglich Berechtigten . . . . .	542
2. Besitzverhältnisse am Wertpapiersammelbestand. . . . .	544
3. Verfügungen über sonder- und sammelverwahrte Wertpapiere. . . . .	545
a) Eigentumsübertragung gem. §§ 18 Abs. 3, 24 Abs. 2 DepotG . . . . .	545
aa) Sonderverwahrte Wertpapiere. . . . .	545

*Inhaltsverzeichnis*

bb) Sammelverwahrte Wertpapiere . . . . .	546
b) Eigentumsübertragung girosammelverwahrter Wertpapiere gem. §§ 929 ff. BGB. . . . .	547
aa) Dingliche Einigung . . . . .	547
bb) Übergabe bzw. Übergabesurrogat? . . . . .	551
cc) Möglichkeit gutgläubigen Erwerbs?. . . . .	553
c) Verpfändung girosammelverwahrter Wertpapiere . . . . .	555
4. Wertpapierverwaltung. . . . .	557
5. Gesetzliche Sicherungsrechte der mit den Wertpapiergeschäften beauftragten Institute . . . . .	559
6. Insolvenzrechte von Kunden und Wertpapierkäufern. . . . .	560
7. Pfändung girosammelverwahrter Wertpapiere . . . . .	561
III. Grenzüberschreitende Wertpapiertransaktionen . . . . .	563
1. Tatsächliche Gestaltung grenzüberschreitender Wertpapiertransaktionen . . . . .	563
a) Einbeziehung in die deutsche Girosammelverwahrung . . . . .	563
aa) Vertretbare ausländische Wertpapiere . . . . .	563
bb) Zweitverbriefung nicht vertretbarer ausländischer Wertpapiere . . . . .	565
b) Gegenseitige Kontoverbindungen gem. § 5 Abs. 4 DepotG . . . . .	567
c) Anschaffung und Verwahrung von Wertpapieren im Ausland . . . . .	569
aa) Grundsätzlich keine Pflicht zur Eigentumsverschaffung . . . . .	569
bb) Inhalt und Rechtsnatur der Gutschrift in Wertpapierrechnung . . . . .	571
α) Gutschrift in Wertpapierrechnung als abstraktes Schuldversprechen . . . . .	571
β) Rechtsstellung des inländischen Zwischenverwahrers/ Zentralverwahrers . . . . .	573
γ) Gutschrift in Wertpapierrechnung als Treuhand . . . . .	574
cc) „Übertragung“ von Gutschriften in Wertpapierrechnung . . . . .	576
dd) Besonderheiten der Depotverwaltung. . . . .	578
2. Kollisionsrechtliche Beurteilung grenzüberschreitender Wertpapiertransaktionen . . . . .	579
a) Rechtsverhältnis zwischen dem Hinterleger/dinglich Berechtigten und den Depotbanken – Gutschrift in Wertpapierrechnung. . . . .	579
b) Besitzverhältnisse am Wertpapiersammelbestand . . . . .	581
c) Verfügungen über sonder- und sammelverwahrte Wertpapiere . . . . .	581
aa) Ausgangspunkt: Geltung der <i>lex rei sitae</i> und Problematik gegenseitiger Kontoverbindungen. . . . .	581
bb) Spezialgesetzliche Kollisionsvorschrift des § 17 a DepotG . . . . .	583
α) Ratio legis des § 17 a DepotG . . . . .	583
β) Problematik und begrenzter Anwendungsbereich des § 17 a DepotG . . . . .	584
γ) Internationaler Effekten giroverkehr auf der Basis einer fiduziarischen Treuhand . . . . .	587

*Inhaltsverzeichnis*

c) Besonderheit: Verpfändung von Gutschriften in Wertpapierrechnung . . . . .	588
d) Gesetzliche Sicherungsrechte . . . . .	589
e) Insolvenzvorrechte von Kunden und Wertpapierkäufern . . . . .	590
<b>§ 10 Investmentgeschäft.</b> . . . . .	<b>593</b>
I. Einführung. . . . .	594
II. Begriffsbestimmungen und Organisationsformen des Investmentgeschäfts . . . . .	597
1. Inländisches Investmentvermögen . . . . .	597
2. Kapitalverwaltungsgesellschaften . . . . .	601
3. Organisationsformen des inländischen Investmentvermögens . . . . .	603
a) Zulässige Organisationsformen . . . . .	603
b) Sondervermögen . . . . .	603
c) Investmentaktiengesellschaften mit veränderlichem Kapital. . . . .	604
aa) Investmentrechtliche Sonderregelungen. . . . .	604
bb) Aufsichtsrechtliche Regelungen und Probleme . . . . .	608
III. Rechtsbeziehungen nach deutschem Sachrecht . . . . .	610
1. Investmentdreieck. . . . .	610
2. Rechtsverhältnis zwischen Anlegern eines Sondervermögens und Kapitalverwaltungsgesellschaft. . . . .	612
3. Organisation des Sondervermögens und Inhalt des Anteilscheins . . . . .	614
4. Rechtsverhältnis zwischen Kapitalverwaltungsgesellschaft und Verwahrstelle sowie zwischen Verwahrstelle und Anlegern . . . . .	615
a) Rechtsverhältnis zwischen Kapitalverwaltungsgesellschaft und Verwahrstelle . . . . .	615
aa) Erforderlichkeit der Einschaltung einer Verwahrstelle sowie deren Funktion und Haftung. . . . .	615
bb) Inhaltliche Ausgestaltung der Rechtsbeziehung zwischen Kapitalverwaltungsgesellschaft und Verwahrstelle . . . . .	618
b) Rechtliche Einordnung der Kontrollpflichten der Verwahrstelle und Rechtsverhältnis zwischen Verwahrstelle und Anlegern . . . . .	620
5. Rechtsverhältnis zwischen den Anlegern des Sondervermögens . . . . .	623
6. Haftungsansprüche der Anleger und deren Geltendmachung . . . . .	624
a) Gegen die Kapitalverwaltungsgesellschaft bei Verwaltung eines Sondervermögens. . . . .	624
b) Gegen die Kapitalverwaltungsgesellschaft bei Verwaltung des Vermögens einer Investmentgesellschaft. . . . .	626
c) Gegen die Verwahrstelle . . . . .	630
IV. Anwendbares Recht . . . . .	632
1. Rechtsverhältnis zwischen den Anlegern und der ausländischen Verwaltungsgesellschaft/Investmentgesellschaft . . . . .	632
2. Rechtsverhältnis zwischen der ausländischen Verwaltungs- gesellschaft/Investmentgesellschaft und der Verwahrstelle . . . . .	636

*Inhaltsverzeichnis*

3. Einschaltung von Dritten durch Verwaltungsgesellschaft bzw. Investmentgesellschaft / Verwahrstelle . . . . .	638
V. Regelungen zum Vertrieb und Erwerb von Anteilen oder Aktien an ausländischen Investmentvermögen . . . . .	640
1. Zielsetzung und Regelungstechnik des KAGB . . . . .	640
2. Vertrieb von Anteilen oder Aktien ausländischer Investmentvermögen . . . . .	641
3. Zulässigkeitsvoraussetzungen für den Vertrieb von Anteilen oder Aktien ausländischer Investmentvermögen . . . . .	643
a) EU-OGAW . . . . .	643
b) Sonstige ausländische Investmentvermögen . . . . .	644
<b>Sachregister . . . . .</b>	<b>647</b>

## Abkürzungsverzeichnis

a. A.	anderer Ansicht
ABl. EG	Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften
ABl. EU	Amtsblatt der Europäischen Union (seit Februar 2003)
Abs.	Absatz
AcP	Archiv für die civilistische Praxis
a. E.	am Ende
AEUV	Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union
a. F.	alte Fassung
aff'd	affirmed
AG	Aktiengesellschaft; Die Aktiengesellschaft; Amtsgericht
AGB	Allgemeine Geschäftsbedingungen
AGG	Allgemeines Gleichbehandlungsgesetz
AIF	Alternative(r) Investmentfonds
AIFM	Alternative Investment Fund Manager(s), Verwalter alternativer Invest-mentfonds
AIG (a. F.)	Auslandsinvestmentgesetz (a. F.)
AktG	Aktiengesetz
All ER	All England Law Reports
Anh.	Anhang
Anm.	Anmerkung
AO	Abgabenordnung
Art., Artt.	Artikel
Aufl.	Auflage
BaFin	Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht
Bd.	Band
BB	Der Betriebs-Berater
BDSG	Bundesdatenschutzgesetz
Bearb.	Bearbeitung, Bearbeiter
Bem.	Bemerkung
BGB	Bürgerliches Gesetzbuch
BGBL	Bundesgesetzblatt
BFH	Bundesfinanzhof
BGH	Bundesgerichtshof
BGHZ	Amtliche Sammlung der Entscheidungen des Bundesgerichtshofs in Zivilsachen
BKR	Zeitschrift für Bank- und Kapitalmarktrecht
BörsG	Börsengesetz
BR-Drucks.	Bundesrats-Drucksache
BSchuWG	Bundesschuldenwesengesetz
BT-Drucks.	Bundestags-Drucksache
BVerfG	Bundesverfassungsgericht
BVerfGE	Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts

*Abkürzungsverzeichnis*

bzw.	beziehungsweise
c.	chapter
C. A.	Court of Appeal, Court of Appeals
CFR	Code of Federal Regulations
Cir.	Circuit
CISG	(United Nations) Convention on Contracts for the International Sale of Goods, UN-Kaufrecht
CRR	Capital Requirements Regulation, Kapitaladäquanzverordnung
D.	District Court
DB	Der Betrieb
d. h.	das heißt
DepotG	Depotgesetz
ders., dies.	derselbe, dieselbe
Diss.	Dissertation
DS-GVO	Datenschutz-Grundverordnung
ec	electronic-cash
EG	Europäische Gemeinschaft
EGBGB	Einführungsgesetz zum Bürgerlichen Gesetzbuch
EGV	Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft, vgl. mittlerweile AEUV
Einl.	Einleitung
ERA	Einheitliche Richtlinien und Gebräuche für Dokumentenakkreditive
ErbStG	Erbschaftssteuergesetz
ERI	Einheitliche Richtlinien für Inkassi
ESMA	European Securities and Markets Authority
EU	Europäische Union
EuGH	Europäischer Gerichtshof
EuGVO	Europäische Verordnung über die gerichtliche Zuständigkeit und die Vollstreckung von Entscheidungen in Zivil- und Handelssachen
event.	eventuell
EVÜ	EG-Übereinkommen über das auf vertragliche Schuldverhältnisse anzuwendende Recht
EWiR	Entscheidungen zum Wirtschaftsrecht
EWR	Europäischer Wirtschaftsraum
f./ff.	folgende
F.2d	Federal Reporter, 2. Serie
FamRZ	Zeitschrift für das gesamte Familienrecht
FG	Finanzgericht
FinDAG	Gesetz über die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (Finanzdienstleistungsaufsichtsgesetz)
Fn.	Fußnote
FRUG	Finanzmarktrichtlinie-Umsetzungsgesetz
FS	Festschrift
F.Supp.	Federal Supplement
gem.	gemäß
GG	Grundgesetz
ggf.	gegebenenfalls
GmbHG	Gesetz betreffend die Gesellschaften mit beschränkter Haftung
GPR	Zeitschrift für Gemeinschaftsprivatrecht

### *Abkürzungsverzeichnis*

grds.	grundsätzlich
GwG	Gesetz über das Aufspüren von Gewinnen aus schweren Straftaten (Geldwäschegesetz)
GWR	Gesellschafts- und Wirtschaftsrecht
Halbs.	Halbsatz
h. M.	herrschende Meinung
HGB	Handelsgesetzbuch
hrsg.	herausgegeben
ICC	International Chamber of Commerce, Internationale Handelskammer Paris
i.d.F.	in der Fassung
i.d.R.	in der Regel
IHR	Internationales Handelsrecht
ILM	International Legal Materials
insbes.	insbesondere
i. S. d.	im Sinne des/der
InsO	Insolvenzordnung
IntSachenR	Internationales Sachenrecht
InvG (a. F.)	Investmentgesetz (a. F.)
InvÄndG	Investmentänderungsgesetz
InvAG	Investmentaktiengesellschaft(en)
InvKG	Investmentkommanditgesellschaft(en)
IPMA	International Primary Market Association
IPR	Internationales Privatrecht
IPRax	Praxis des Internationalen Privat- und Verfahrensrechts
IPRspr.	Die deutsche Rechtsprechung auf dem Gebiete des internationalen Privatrechts
i. V. m.	in Verbindung mit
i. w. S.	im weiteren Sinn
JBl	Juristische Blätter
J. O.	Journal Officiel
JZ	Juristen-Zeitung
KAG	Kapitalanlagegesellschaft(en), vgl. mittlerweile KVG
KAGB	Kapitalanlagegesetzbuch
KAGG (a. F.)	Gesetz über Kapitalanlagegesellschaften (a. F.)
KG	Kammergericht; Kommanditgesellschaft
Komm.	Kommentar
KVG	Kapitalverwaltungsgesellschaft(en)
KWG	Kreditwesengesetz
LG	Landgericht
Lit.	Literatur
LMK	Kommentierte BGH-Rechtsprechung Lindenmaier-Möhning
MAR	Market Abuse Regulation, Marktmissbrauchsverordnung
m.a.W.	mit anderen Worten
Md.	Maryland
m. E.	meines Erachtens
MiFID	Markets in Financial Instruments Directive
m. w. N.	mit weiteren Nachweisen
Neubearb.	Neubearbeitung

*Abkürzungsverzeichnis*

n. F.	neue Fassung
NJW	Neue Juristische Wochenschrift
NJW-CoR	NJW-Computerreport
NJW-RR	NJW-Rechtsprechungs-Report
no.	Numéro
Nr.	Nummer
N. Y.	New York; Fallsammlung des Staates New York, 1. Serie
NZG	Neue Zeitschrift für Gesellschaftsrecht
o.g.	oben genannt
OGAW	Organismen für gemeinsame Anlagen in Wertpapieren
OLG	Oberlandesgericht
OLGR	OLG-Report
OR	Obligationenrecht (Schweiz)
PfandBG	Pfandbriefgesetz
RabelsZ	Rabels Zeitschrift für ausländisches und internationales Privatrecht
Rdnr.	Randnummer
RechKredV	Verordnung über die Rechnungslegung der Kreditinstitute und Finanzdienstleistungsinstitute
Rep.	Reports
Rev. dr. unif.	Revue de droit uniforme
RG	Reichsgericht
RGBL.	Reichsgesetzblatt
RGRK	Reichsgerichtsratekommentar
RGZ	Amtliche Sammlung der Entscheidungen des Reichsgerichts in Zivilsachen
Rom I	Verordnung (EG) Nr. 593/2008 des Europäischen Parlaments und des Rates über das auf vertragliche Schuldverhältnisse anzuwendende Recht
Rom II	Verordnung (EG) Nr. 864/2007 des Europäischen Parlaments und des Rates über das auf außervertragliche Schuldverhältnisse anzuwendende Recht
Rs.	Rechtssache
Rspr.	Rechtsprechung
RIW	Recht der internationalen Wirtschaft
RTGS	Real-Time Gross Settlement
S.	Seite
s.	siehe
SchG	Scheckgesetz
SchVG	Schuldverschreibungsgesetz
scil.	scilicet (nämlich)
sec.	section
SEPA	Single Euro Payments Area
Slg.	Sammlung
sog.	sogenannt
Sonderbeil.	Sonderbeilage
st.	ständig(e)
StGB	Strafgesetzbuch
StPO	Strafprozessordnung
SWIFT	Society for Worldwide Interbank Financial Telecommunication

### *Abkürzungsverzeichnis*

TARGET	Trans-European Automated Real-Time Gross Settlement Express Transfer
Tz.	Textziffer
u. a.	und andere; unter anderem
UCC	Uniform Commercial Code
UCCRS	Uniform Commercial Code Reporting Service
UCP	Uniform Customs and Practice for Documentary Credits
UNCITRAL	United Nations Commission on International Trade Law
UNIDROIT	International Institute for the Unification of Private Law / Institut international pour l'unification du droit privé
Unif. L. Rev.	Uniform Law Review
Unterabs.	Unterabsatz
U. S.	United States Supreme Court Reports
USC	United States Code
u. U.	unter Umständen
v.	von; vom; versus
VerkProspG (a. F.)	Verkaufprospektgesetz (a. F.)
VermAnlG	Vermögensanlagengesetz
vgl.	vergleiche
VO	Verordnung
WG	Wechselgesetz
WM	Zeitschrift für Wirtschafts- und Bankrecht, Wertpapiermitteilungen
WpDU	Wertpapierdienstleistungsunternehmen
WpDVerOV	Wertpapierdienstleistungs-Verhaltens- und Organisationsverordnung
WpHG	Wertpapierhandelsgesetz
WpPG	Wertpapierprospektgesetz
z.	zum
z. B.	zum Beispiel
ZAG	Gesetz zur Umsetzung der aufsichtsrechtlichen Vorschriften der Zahlungsdiensterichtlinie
zahlr.	zahlreich(e)
ZBB	Zeitschrift für Bankrecht und Bankwirtschaft
ZD	Zeitschrift für Datenschutz
ZEuP	Zeitschrift für Europäisches Privatrecht
Zeus	Zeitschrift für Europarechtliche Studien
ZEV	Zeitschrift für Erbrecht und Vermögensnachfolge
ZGR	Zeitschrift für Unternehmens- und Gesellschaftsrecht
ZGS	Zeitschrift für das gesamte Schuldrecht
ZHR	Zeitschrift für das gesamte Handels- und Wirtschaftsrecht
ZIP	Zeitschrift für Wirtschaftsrecht; bis 1982 Zeitschrift für Wirtschaftsrecht und Insolvenzpraxis
ZKA	Zentraler Kreditausschuss
ZKG	Zahlungskontengesetz
ZPO	Zivilprozessordnung
zust.	zustimmend
ZvgIRWiss.	Zeitschrift für vergleichende Rechtswissenschaft



## Verzeichnis der abgekürzt zitierten Literatur

- Bankrechtshandbuch, hrsg. v. Schimansky, Herbert/Bunte, Hermann Josef/Lwowski, Hans-Jürgen, 5. Aufl. 2017 (zitiert *Bearbeiter*, in: Bankrechtshandbuch)
- Baumbach, Adolf/Hopt, Klaus J., HGB, 38. Aufl. 2018 (zitiert *Bearbeiter*, in: Baumbach/Hopt)
- Canaris, Claus-Wilhelm*, Großkommentar zum HGB, 3. Aufl., Band III/3, Bankvertragsrecht, 2. Bearb. 1981; 1. Teil (umfasst Rdnr. 1–1162), 4. Aufl. 1988 (zitiert *Canaris*)
- Claussen, Carsten Peter*, Bank- und Börsenrecht, 5. Aufl. 2014 (zitiert *Claussen* bzw. *Bearbeiter*, in: Claussen)
- Einsele, Dorothee*, Wertpapierrecht als Schuldrecht – Funktionsverlust von Effektenurkunden im internationalen Rechtsverkehr, 1995 (zitiert *Einsele*)
- Kümpel, Siegfried/Wittig, Arne (Hrsg.), Bank- und Kapitalmarktrecht, 4. Aufl. 2011 (zitiert *Bearbeiter*, in: Kümpel/Wittig)
- Kropholler, Jan*, Internationales Privatrecht, 6. Aufl. 2006 (zitiert *Kropholler*)
- Münchener Kommentar, Kommentar zum BGB, 7. Aufl. 2015 ff. (zitiert MünchKomm.-*Bearbeiter* BGB)
- Reithmann, Christoph/Martiny, Dieter, Internationales Vertragsrecht, 8. Aufl. 2015 (zitiert *Bearbeiter*, in: Reithmann/Martiny)
- Schwintowski, Hans-Peter*, Bankrecht, 5. Aufl. 2018 (zitiert *Bearbeiter*, in: Schwintowski)
- Soergel, Hans Theodor, Kommentar zum BGB; EGBGB 12. Aufl. 1996 (zitiert *Soergel-Bearbeiter* BGB); ansonsten 13. Aufl. 1999 ff. (zitiert *Soergel-Bearbeiter* BGB<sup>13</sup>)
- Staudinger, Julius v., Kommentar zum BGB, zitiert *Staudinger-Bearbeiter* BGB (Jahreszahl der Bearbeitung)

Daneben wird in den jeweiligen Paragraphen dieses Buches die eingangs angegebene Literatur abgekürzt zitiert.

## Graphische Darstellungen

- obligatorische Rechtsbeziehung
- dingliche Rechtsbeziehung
- > Ausübung einzelner Funktionen oder Befugnisse



## 1. Kapitel: Grundlagen

### § 1 Allgemeine Verhaltenspflichten des Kreditinstituts

#### Literatur

*Bunte, Hermann-Josef*, in: Bankrechtshandbuch, hrsg. v. Schimansky, Herbert/Bunte, Hermann-Josef/Lwowski, Hans-Jürgen, 5. Aufl. 2017, § 4. *Canaris, Claus-Wilhelm*, Bankvertragsrecht, 3. Aufl. 1988, Erster Teil, Rdnr. 1–74f. *Dahm, Joachim*, in: Bankrecht und Bankpraxis, 2. Teil: Bankgeheimnis und Bankauskunft, Band 1, Stand Oktober 2016, Rdnr. 2/869–907. *Grundmann, Stefan*, in: Staub, HGB, hrsg. v. Canaris, Claus-Wilhelm/Habersack, Mathias/Schäfer, Carsten, Bankvertragsrecht 1. Teilband, 5. Aufl. 2016. *Hoffmann, Daniel*, in: Bankrecht und Bankpraxis, 2. Teil: Bankgeheimnis und Bankauskunft, Band 1, Stand Oktober 2016, Rdnr. 2/840–2/868, 2/908–1062. *Hopt, Klaus J./Roth, Markus*, in: Bankrechtshandbuch, hrsg. v. Schimansky, Herbert/Bunte, Hermann-Josef/Lwowski, Hans-Jürgen, 5. Aufl. 2017, § 1. *Kirchbartz, Marcel*, in: Bank- und Börsenrecht, hrsg. v. Claussen, Carsten Peter, 5. Aufl. 2014, § 3. *Krepold, Hans-Michael*, in: Bankrechtshandbuch, hrsg. v. Schimansky, Herbert/Bunte, Hermann-Josef/Lwowski, Hans-Jürgen, 5. Aufl. 2017, §§ 39–41. *Lerche, Peter*, Bankgeheimnis – verfassungsrechtliche Rechtsgrundlagen, ZHR 149 (1985), 165–176. *Merz, Christian*, in: Bank- und Kapitalmarktrecht, hrsg. v. Kumpel, Siegfried/Wittig, Arne, 4. Aufl. 2011, 6. Teil 3. Abschnitt Rdnr. 111–171. *Müller-Christmann, Bernd*, in: Bankrechts-Kommentar, hrsg. v. Langenbucher, Katja/Bliesener, Dirk/Spindler, Gerald, 2. Aufl. 2016, 1. Kapitel. *Nobbe, Gerd*, Bankgeheimnis, Datenschutz und Abtretung von Darlehensforderungen, WM 2005, 1537–1548. *Peterek, Frank*, in: Bank- und Kapitalmarktrecht, hrsg. v. Kumpel, Siegfried/Wittig, Arne, 4. Aufl. 2011, 6. Teil 1. Abschnitt, 4. Abschnitt. *Schönle, Herbert*, Bank- und Börsenrecht, 2. Aufl. 1976, §§ 3, 5. *Schantz, Peter*, in: Schwintowski, Bankrecht, hrsg. v. Schwintowski, Hans-Peter, 5. Aufl. 2018, Kap. 4. *Schwintowski, Hans-Peter*, in: *Schwintowski*, Bankrecht, hrsg. v. Schwintowski, Hans-Peter, 5. Aufl. 2018, Kap. 1. *Walther, Angelika*, in: Bankrechtshandbuch, hrsg. v. Schimansky, Herbert/Bunte, Hermann-Josef/Lwowski, Hans-Jürgen, 5. Aufl. 2017, § 42. *Weber, Abrend/Hoffmann, Daniel*, in: Bankrecht und Bankpraxis, 1. Teil: AGB, Band 1, Stand Mai 2014, Rdnr. 1/27–79. *Wech, Petra*, Das Bankgeheimnis – Struktur, Inhalt und Grenzen einer zivilrechtlichen Schutzpflicht, 2009.

#### I. Rechtsgrundlagen allgemeiner Verhaltenspflichten des Kreditinstituts

Die geschäftliche Kontaktaufnahme zwischen der Bank und ihrem Kunden begründet ein gesetzliches Schuldverhältnis, aus dem unabhängig von den einzelnen Bankverträgen (z.B. Vertrag über die Einlage, Kreditvertrag, etc.) eine Reihe von Verhaltens- und Schutzpflichten resultieren (§ 311 Abs. 2 i. V. m. § 241 Abs. 2

BGB).<sup>1</sup> Bedeutung kommt dieser Feststellung insofern zu, als diese Pflichten bereits mit Aufnahme des geschäftlichen Kontakts vor dem Abschluss der Einzelverträge entstehen und von deren Wirksamkeit unabhängig sind.<sup>2</sup> Daneben finden sich allgemeine Verhaltenspflichten der Bank aber auch in den bankrechtlichen Einzelverträgen, wie etwa die Pflicht der Bank zur Verschwiegenheit (dazu sogleich Rdnr. 4).

- 2 Hingegen leiten die Vertreter der Lehre vom allgemeinen Bankvertrag die allgemeinen Schutz- und Verhaltenspflichten des Kreditinstituts aus einem Rahmenvertrag ab, der bereits mit Aufnahme der Geschäftsverbindung und Vereinbarung der AGB-Banken zustande kommen soll. Zwar sollen aus diesem Rahmenvertrag keine primären Leistungspflichten, aber immerhin allgemeine Schutz- und Verhaltenspflichten der Bank folgen. Daneben soll sich aus dem allgemeinen Bankvertrag ein eingeschränkter Kontrahierungszwang der Bank hinsichtlich risikoneutraler Geschäftsbesorgungen ergeben.<sup>3</sup> Zurecht hat der BGH jedoch einen solchen allgemeinen Bankvertrag abgelehnt, da nichts für die Bereitschaft der Bank spreche, schon bei Aufnahme der Geschäftsbeziehung ihre gesetzlich eingeräumte Vertragsfreiheit aufzugeben und sich einem beschränkten Kontrahierungszwang zu unterwerfen.<sup>4</sup> Überdies fehlt es an eigenständigen bindenden Rechtsfolgen, die durch die Willenserklärungen der Parteien in Kraft gesetzt werden. Denn primäre Leistungspflichten werden nicht vereinbart, die Schutz- und Verhaltenspflichten der Bank bestehen aber unabhängig vom Willen der Parteien.<sup>5</sup>
- 3 Im vorvertraglichen Bereich sind insbes. auch die umfassenden Informationspflichten angesiedelt, die beim Vertrieb von Finanzdienstleistungen an Verbraucher bestehen, sofern der Vertrag unter Verwendung von Fernkommunikationsmitteln wie etwa Telefon, Fax oder Internet abgeschlossen wird (§§ 312 c, 312 d Abs. 2 BGB i. V. m. Art. 246 b EGBGB).<sup>6</sup> Die dem Verbraucher bei Fernabsatzverträgen von Finanzdienstleistungen mitzuteilenden Informationen gem. Art. 246 b

1 BGH 24.9.2002, WM 2002, 2281, 2282; *Canaris* Rdnr. 12–16; *Peterek*, in: Kümpel/Wittig Rdnr. 6.10.

2 *Canaris* Rdnr. 15 f.; *Peterek*, in: Kümpel/Wittig Rdnr. 6.570; bezogen auf das Bankgeheimnis im Ergebnis auch *Krepold*, in: Bankrechtshandbuch, § 39 Rdnr. 8.

3 So insbes. *Hopt/Roth*, in: Bankrechtshandbuch, § 1 Rdnr. 17 ff., insbes. Rdnr. 30–33; vgl. dort ebenfalls *Bunte* § 4 Rdnr. 14; *Schwintowski*, in: Schwintowski Bankrecht, Kap. 1 Rdnr. 34 f.; *Schmidt, Karsten*, Handelsrecht, Unternehmensrecht I, 6. Aufl. 2014, § 20 Rdnr. 17; offen gelassen von *Kirchbartz*, in: Claussen, § 3 Rdnr. 6.

4 BGH 24.9.2002, WM 2002, 2281, 2282 f.; so auch bereits *Canaris* Rdnr. 6–9; hingegen will *Grundmann*, in: Staub HGB, 2. Teil Rdnr. 19 die Interessenwahrungspflicht der Banken aus deren Einwirkungsmacht auf vermögenswerte Positionen des Kunden ableiten.

5 BGH 24.9.2002, WM 2002, 2281, 2282; *Canaris* Rdnr. 4 f.; ähnlich *Schönle* § 5 II; gegen die Annahme eines allgemeinen Bankvertrags auch *Müller-Christmann*, in: Bankrechts-Komm., 1. Kapitel Rdnr. 10.

6 Diese Bestimmungen zum Fernabsatz von Finanzdienstleistungen wurden in Umsetzung der Richtlinie 2002/65/EG des Europäischen Parlaments und des Rates v. 23.9.2002 über den Fernabsatz von Finanzdienstleistungen an Verbraucher und zur Änderung der Richtlinie 90/619/EWG des Rates und der Richtlinien 97/7/EG und 98/27/EG (ABl. EG Nr. L 271, S. 16 v. 9.10.2002) in das BGB integriert und mit dem Gesetz zur Umsetzung der Verbraucherrech-

§ 1 Abs. 1 EGBGB sind dem Verbraucher grds. vor Abgabe seiner Vertragserklärung auf einem dauerhaften Datenträger mitzuteilen (Art. 246 b § 2 Abs. 1 S. 1 EGBGB). Wird der Vertrag auf Verlangen des Verbrauchers telefonisch oder unter Verwendung eines anderen Fernkommunikationsmittels geschlossen, das die Mitteilung auf einem dauerhaften Datenträger vor Vertragsschluss nicht gestattet, hat die Bank dem Verbraucher diese Informationen unverzüglich nach Abschluss des Fernabsatzvertrags zu übermitteln (Art. 246 b § 2 Abs. 1 S. 2 EGBGB). Diese Informationspflichten bestehen indes nur, wenn der Vertrag unter ausschließlicher Verwendung von Fernkommunikationsmitteln geschlossen wird (vgl. hierzu § 312 c BGB).

Ansonsten hat die Bank jedoch keine allgemeinen Aufklärungs-, insbes. Warn- und Beratungspflichten gegenüber ihrem Kunden.<sup>7</sup> Die Frage, ob und in welchem Umfang solche Pflichten (ausnahmsweise) bei einzelnen Bankverträgen bestehen, wird daher im Rahmen der Darstellung der betreffenden Bankgeschäfte erörtert.

## II. Bankgeheimnis

### 1. Rechtsgrundlagen

Rechtsgrundlage der Pflicht zur Wahrung des Bankgeheimnisses ist bereits das gesetzliche Schuldverhältnis, das mit Aufnahme der Geschäftsverbindung entsteht.<sup>8</sup> Die Pflicht zur Wahrung des Bankgeheimnisses ist zwar auch in Nr. 2 AGB-Banken bzw. Nr. 1 Abs. 1 S. 2 AGB-Sparkassen vertraglich ausdrücklich geregelt. Sie entsteht aber bereits vor Abschluss und unabhängig von der Wirksamkeit der Einzelverträge. Relevant wird dies etwa, wenn ein Kunde einem Kreditgesuch Geschäftsunterlagen beilegt, die Bank den Kredit jedoch nicht gewährt. Um Missverständnissen vorzubeugen: Selbstverständlich sind die Parteien frei, bestimmte Verhaltenspflichten – wie etwa die Pflicht zur Wahrung des Bankgeheimnisses – auch vertraglich zu regeln. Dennoch gibt es Fälle, in denen entsprechende vertraglich geregelte Pflichten den Kunden (noch) nicht schützen. Dies räumen auch die Vertreter der Lehre vom allgemeinen Bankvertrag für den Fall ein, dass es (ausnahmsweise) nicht zum Abschluss des allgemeinen Bankvertrags gekommen oder dieser unwirksam ist.<sup>9</sup> Hier kann die Pflicht zur Wahrung des Bankgeheimnisses nur dem gesetzlichen Schuldverhältnis zwischen den Beteiligten entnommen wer-

---

terichtlinie und zur Änderung des Gesetzes zur Regelung der Wohnungsvermittlung v. 20.9.2013 (BGBl. I, S. 3642) modifiziert.

<sup>7</sup> So auch *Canaris* Rdnr. 103.

<sup>8</sup> *Canaris* Rdnr. 42; *Nobbe*, WM 2005, 1539f.; *Merz*, in: *Kümpel/Wittig* Rdnr. 6.116; *Kreppold*, in: *Bankrechtshandbuch*, § 39 Rdnr. 8.

<sup>9</sup> *Hopt/Roth*, in: *Bankrechtshandbuch*, § 1 Rdnr. 56; *Staudinger-Martinek/Omlor* BGB (2017) § 675 B 39.

den. Darüber hinaus wird das Bankgeheimnis teilweise sogar als Gewohnheitsrecht eingeordnet.<sup>10</sup>

- 5 Rechtsgrundlage des Bankgeheimnisses ist aber nicht nur das vertragliche<sup>11</sup> bzw. gesetzliche Schuldverhältnis. Maßgeblich ist insofern auch das Recht auf informationelle Selbstbestimmung als ein Teilaspekt des allgemeinen Persönlichkeitsrechts gem. Art. 2 Abs. 1 i. V. m. Art. 1 Abs. 1 GG. Dieses Recht umfasst „die aus dem Gedanken der Selbstbestimmung folgende Befugnis des Einzelnen, grds. selbst zu entscheiden, wann und innerhalb welcher Grenzen persönliche Lebensverhältnisse offenbart werden“.<sup>12</sup> Primär steht dieses Grundrecht dem Bankkunden als Abwehrrecht gegen staatliche Eingriffe zu und wirkt nicht unmittelbar im Verhältnis zwischen Bank und Kunde.<sup>13</sup> Diese grundrechtliche Wertung ist aber auch zivilrechtlich im Rahmen des Schutzes des allgemeinen Persönlichkeitsrechts gem. § 823 Abs. 1 BGB maßgeblich und schützt den Kunden vor der ungewollten Verbreitung personenbezogener Informationen.<sup>14</sup> Allerdings ist bei einem Eingriff in das allgemeine Persönlichkeitsrecht die Rechtswidrigkeit nicht indiziert, sondern erfordert eine Güter- und Interessenabwägung.<sup>15</sup> Daneben werden personenbezogene Daten auch gem. Artt. 7, 8 der Charta der Grundrechte der EU geschützt. Da der Schutz des allgemeinen Persönlichkeitsrechts natürlicher Personen vor der Verbreitung personenbezogener Informationen<sup>16</sup> überdies in der VO (EU) 2016/679 v. 27.4.2016 (Datenschutz-Grundverordnung, abgekürzt DS-GVO)<sup>17</sup> und im Bundesdatenschutzgesetz (BDSG)<sup>18</sup> geregelt ist, genießt das Bankgeheimnis insofern auch einen spezialgesetzlichen Schutz. Durch diese spezialgesetzlichen Regelungen wird der darüber hinausgehende Schutz des Bankgeheimnisses durch vertragliche Vereinbarungen indes nicht ausgeschlossen (vgl. § 1 Abs. 2 S. 3 BDSG).

<sup>10</sup> Für *Nobbe*, WM 2005, 1540 „spricht sehr viel dafür, das Bankgeheimnis als vorkonstitutionelles Gewohnheitsrecht zu qualifizieren;“ offen gelassen von *Schantz*, in: Schwintowski Bankrecht, Kap. 4 Rdnr. 5.

<sup>11</sup> So auch BGH 27.10.2009, BGH WM 2009, 2307, 2308; BGH 27.2.2007, WM 2007, 643, 644.

<sup>12</sup> BVerfG 15.12.1983, BVerfGE 65, 1, 41 f.; für einen verfassungsrechtlichen Schutz des Bankgeheimnisses *Canaris* Rdnr. 37; *Krepold*, in: Bankrechtshandbuch, § 39 Rdnr. 5 f.; *Schantz*, in: Schwintowski Bankrecht, Kap. 4 Rdnr. 6 f., 9.

<sup>13</sup> Vgl. zur Frage der Drittwirkung des Rechts auf informationelle Selbstbestimmung *Lerche*, ZHR 149 (1985), 173; *Schantz*, in: Schwintowski Bankrecht, Kap. 4 Rdnr. 7.

<sup>14</sup> Vgl. hierzu MünchKomm.-*Rixecker* BGB § 12 Anh. Rdnr. 2 f., 127 ff.

<sup>15</sup> Vgl. etwa BGH 24.1.2006, WM 2006, 392 f.; OLG München 10.12.2003, WM 2004, 74, 84; BGH 24.10.1961, BGHZ 36, 77, 79–84; BGH 21.6.1966, BGHZ 45, 296, 307.

<sup>16</sup> Vgl. zur Begrenzung des Schutzbereichs des spezialgesetzlich geregelten Datenschutzrechts auf natürliche Personen und personenbezogene Daten Art. 1 Abs. 1 i. V. m. Art. 4 Nr. 1 DS-GVO, § 1 Abs. 1 S. 1 BDSG.

<sup>17</sup> Genauer: VO (EU) 2016/679 des Europäischen Parlaments und des Rates v. 27.4.2016 zum Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten, zum freien Datenverkehr und zur Aufhebung der Richtlinie 95/46/EG (Datenschutz-Grundverordnung), Abl. EU Nr. L 119, S. 1 v. 4.5.2016, die ab dem 25.5.2018 gilt (vgl. Art. 99 Abs. 2 dieser VO).

<sup>18</sup> Erlassen als Art. 1 des Gesetzes zur Anpassung des Datenschutzrechts an die Verordnung (EU) 2016/679 und zur Umsetzung der Richtlinie (EU) 2016/680 (Datenschutz-Anpassungs- und -Umsetzungsgesetz EU – DSAnpUG-EU) v. 30.6.2017, BGBl. I, S. 2097; Dieses Gesetz trat gem. Art. 8 Abs. 1 des DSAnpUG-EU am 25.5.2018 in Kraft.

Die verfassungsrechtliche Grundlage und Dimension des Bankgeheimnisses hat indes nicht nur Bedeutung bei der Auslegung des § 823 BGB im Verhältnis zwischen der Bank und ihrem Kunden. Vielmehr stehen gegebenenfalls auch den Kreditinstituten verfassungsrechtlich verankerte Freiheits- und Abwehrrechte gegenüber dem Staat zu, wenn sie (gesetzlichen) Informations- und Auskunftspflichten unterworfen werden. Potentiell betroffen ist die Berufsfreiheit der Kreditinstitute gem. Art. 12 Abs. 1 GG, die Art. 2 Abs. 1 GG als spezielle Freiheitsgewährleistung vorgeht. Denn ein Eingriff des Staates in das Bankgeheimnis bedeutet auch eine Beeinträchtigung der Berufsausübung der Kreditinstitute, denen dann gegebenenfalls nicht mehr das nötige Vertrauen entgegengebracht wird.<sup>19</sup> Zwar kann der Staat aufgrund des Gesetzesvorbehalts in Art. 12 GG das Bankgeheimnis einschränken. Jedoch müssen diese Einschränkungen durch sachgerechte und vernünftige Erwägungen des Gemeinwohls gerechtfertigt sein.<sup>20</sup>

## 2. Grundsätzlicher Schutzzumfang

Die Pflicht zur Wahrung der Verschwiegenheit erstreckt sich grds. auf alle Tatsachen, die der Kunde geheim zu halten wünscht. Somit kommt es auf den wirklichen Willen des Kunden bzw. – sofern sich dieser nicht ermitteln lässt – auf dessen mutmaßlichen Willen an.<sup>21</sup> Grundsätzlich bezieht sich die Verschwiegenheitspflicht aber auf alle Tatsachen, die das Kreditinstitut im Zusammenhang mit der Geschäftsverbindung erfährt.<sup>22</sup>

Kommt es nicht nur zum geschäftlichen Kontakt, sondern zum Abschluss eines Bankvertrags unter Einbeziehung der AGB, dann ist die weiter formulierte Verpflichtung der privaten Banken und Genossenschaftsbanken in Nr. 2 Abs. 1 S. 1 AGB-Banken<sup>23</sup> maßgeblich: Danach unterliegen dem Bankgeheimnis alle kundenbezogenen Tatsachen und Wertungen, von denen die Bank Kenntnis erlangt. Auf die Frage, ob der Kunde die Geheimhaltung wünscht, kommt es also zunächst nicht an; vielmehr spielt diese Frage erst eine Rolle, wenn es um die Voraussetzungen einer Bankauskunft<sup>24</sup> geht. Zwar werden Bankauskünfte über juristische Personen und im Handelsregister eingetragene Kaufleute grds. erteilt, sofern sich

<sup>19</sup> *Canaris* Rdnr. 38; *Krepold*, in: Bankrechtshandbuch, § 39 Rdnr. 6.

<sup>20</sup> BVerfG 21.2.1962, BVerfGE 14, 19, 22; vgl. auch LG Hamburg 10.1.1978, NJW 1978, 958, 959.

<sup>21</sup> RG 12.12.1932, RGZ 139, 103, 105; BGH 12.5.1958, BGHZ 27, 241, 246; *Canaris* Rdnr. 48f.

<sup>22</sup> BGH 27.10.2009, BGH WM 2009, 2307, 2308; BGH 27.2.2007, WM 2007, 643, 644; BGH 24.1.2006, WM 2006, 384; *Krepold*, in: Bankrechtshandbuch, § 39 Rdnr. 10; *Weber/Hoffmann*, in: Bankrecht und Bankpraxis, Rdnr. 1/36; *Merz*, in: Kümpel/Wittig Rdnr. 6.118–6.121.

<sup>23</sup> Demgegenüber verpflichten sich die Sparkassen gem. Nr. 1 Abs. 1 S. 2 AGB-Sparkassen nur allgemein zur Wahrung des Bankgeheimnisses.

<sup>24</sup> Vgl. zum Inhalt der Bankauskunft Nr. 2 Abs. 2 AGB-Banken: „Eine Bankauskunft enthält allgemein gehaltene Feststellungen und Bemerkungen über die wirtschaftlichen Verhältnisse des Kunden, seine Kreditwürdigkeit und Zahlungsfähigkeit; betragsmäßige Angaben über Kontostände, Sparguthaben, Depot- oder sonstige der Bank anvertraute Vermögenswerte sowie Angaben über die Höhe von Kreditinanspruchnahmen werden nicht gemacht.“ Nr. 3

die Anfrage auf deren geschäftliche Tätigkeit bezieht; dies gilt allerdings nur dann, wenn der Bank oder Sparkasse keine anders lautende Weisung des Kunden vorliegt.<sup>25</sup> Bankauskünfte über Privatkunden und Vereinigungen werden hingegen von vornherein nur erteilt, wenn diese generell oder im Einzelfall ausdrücklich zugestimmt haben.<sup>26</sup>

- 9 Der einzelne Bankvertrag wie auch das gesetzliche Schuldverhältnis entfalten überdies Schutzwirkungen zugunsten der Personen, über die das Kreditinstitut im Rahmen der Geschäftsverbindung Informationen erlangt hat.<sup>27</sup> Daher ist das Kreditinstitut auch diesen Personen gegenüber zur Verschwiegenheit verpflichtet.
- 10 Da die Pflicht zur Verschwiegenheit grds. gegenüber jedermann besteht, ist das Bankgeheimnis auch im Verhältnis zu anderen Bankmitarbeitern zu wahren (sog. inneres Bankgeheimnis); eine Ausnahme besteht gegenüber Mitarbeitern, die mit der Geschäftsabwicklung oder mit Überwachungsaufgaben betraut sind.<sup>28</sup>

### 3. Rechtsfolgen der Verletzung des Bankgeheimnisses

- 11 Hat die Bank (schuldhaft) das Bankgeheimnis verletzt, so stellt dies gleichzeitig eine Verletzung des einzelnen Bankvertrags bzw. – sofern noch kein wirksamer Einzelvertrag abgeschlossen wurde – des gesetzlichen Schuldverhältnisses zwischen Bank und Kunde dar. Daneben kann in der Verletzung des Bankgeheimnisses auch ein rechtswidriger Eingriff in das Persönlichkeitsrecht, event. auch in den eingerichteten und ausgeübten Gewerbebetrieb des Kunden liegen. In diesem Fall ist die Bank nicht nur wegen schuldhafter Vertragsverletzung gem. § 280 BGB gegenüber dem Kunden sowie den Dritten, die in den Schutzbereich des Vertrags

---

Abs. 1 AGB-Sparkassen enthält eine inhaltsgleiche Formulierung dessen, was bei einer Bankauskunft mitgeteilt wird.

25 Nr. 2 Abs. 3 S. 1 und 2 AGB-Banken, Nr. 3 Abs. 2 S. 1 AGB-Sparkassen.

26 Nr. 2 Abs. 3 S. 3 AGB-Banken, Nr. 3 Abs. 2 S. 2 AGB-Sparkassen.

27 Im Grundsatz auch BGH 24.1.2006, WM 2006, 380, 386, wenngleich im konkreten Fall ablehnend; für Schutzwirkung des Bankvertrags im konkreten Fall hingegen OLG München 10.12.2003, WM 2004, 74, 82f.; dieser Entscheidung zustimmend *Schumann, Ekkehard*, Der Schutz des Kunden bei Verletzungen des Bankgeheimnisses durch das Kreditinstitut, ZIP 2004, 2353–2362; *ders.*, Noch einmal: Bankgeheimnis und Schutzwirkungen für Dritte, ZIP 2004, 2367; diese Entscheidung insbes. deshalb ablehnend, da in diesem Fall das Kreditinstitut die Kenntnis der weitergegebenen Informationen nicht in innerem Zusammenhang mit der Geschäftsverbindung erlangt habe und überdies die Voraussetzung der Leistungsnähe für einen Vertrag mit Schutzwirkung zugunsten Dritter bei der Gewährung eines Kredits an ein Konzernunternehmen in Bezug auf andere Konzernunternehmen nicht erfüllt gewesen sei, *Canaris, Claus-Wilhelm*, Bankgeheimnis und Schutzwirkungen für Dritte im Konzern, ZIP 2004, 1781–1790; *ders.*, Noch einmal: Bankgeheimnis und Schutzwirkungen für Dritte im Konzern, ZIP 2004, 2362–2366; ähnlich mittlerweile auch BGH 24.1.2006, WM 2006, 380, 384, 386; allgemein zu dieser Problematik *Canaris* Rdnr. 44; *Schantz*, in: Schwintowski Bankrecht, Kap. 4 Rdnr. 25; *Krepold*, in: Bankrechtshandbuch, § 39 Rdnr. 20.

28 Vgl. hierzu auch *Weber/Hoffmann*, in: Bankrecht und Bankpraxis, Rdnr. 1/40; *Krepold*, in: Bankrechtshandbuch, § 39 Rdnr. 23; *Merz*, in: Kümpel/Wittig Rdnr. 6.124; *Schantz*, in: Schwintowski Bankrecht, Kap. 4 Rdnr. 27.

einbezogen sind,<sup>29</sup> sondern auch deliktsrechtlich gem. § 823 Abs. 1 BGB zum Schadensersatz verpflichtet.<sup>30</sup> Dabei haftet das Kreditinstitut im Rahmen von Vertragsverletzungen bzw. Verletzungen des gesetzlichen Schuldverhältnisses für ihre Angestellten gem. § 278 BGB, während sich die Haftung für ihre Organe sowohl im Bereich der vertraglichen wie auch deliktischen Haftung nach §§ 31, 89 BGB richtet.<sup>31</sup> Hingegen haftet das Kreditinstitut für Angestellte, die nicht Organe sind, deliktisch nur im Rahmen des § 831 BGB mit dem für den geschädigten Kunden bekannten Nachteil, dass sich die Bank u. U. exkulpieren kann (§ 831 Abs. 1 S. 2 BGB). Werden die Grenzen der zulässigen Verarbeitung<sup>32</sup> personenbezogener Daten (vgl. insbes. Art. 6 DS-GVO, § 24 BDSG)<sup>33</sup> überschritten, ist auch ein Schadensersatzanspruch des Kunden gem. Art. 82 DS-GVO bzw. § 83 BDSG, ggf. auch ein Anspruch gem. § 823 Abs. 2 BGB i. V. m. den maßgeblichen Datenschutzvorschriften als Schutzgesetzen denkbar.<sup>34</sup> Bemerkenswert ist insoweit, dass Art. 82 Abs. 1 DS-GVO dem Geschädigten auch einen Anspruch auf Ersatz immaterieller Schäden gewährt; ferner stellt § 83 Abs. 2 BDSG in Umsetzung von Art. 56 der Richtlinie (EU) 2016/680 v. 27.4.2016 klar, dass der Geschädigte im

<sup>29</sup> OLG München 10.12.2003, WM 2004, 74, 80–83; im Grundsatz auch BGH 24.1.2006, WM 2006, 380, 386.

<sup>30</sup> In OLG München 10.12.2003, WM 2004, 74, 83 f. wurde zunächst vorrangig § 824 BGB geprüft, im konkreten Fall jedoch ebenso wie § 823 Abs. 1 BGB abgelehnt; für das OLG München war dabei nicht nur im Rahmen von § 824 BGB, sondern auch von § 823 Abs. 1 BGB von maßgeblicher Bedeutung, dass die geäußerten Tatsachen wahr waren; anders aber die Revisionsentscheidung BGH 24.1.2006, WM 2006, 380, 393 f., der in diesem Fall einen Anspruch gem. § 823 Abs. 1 BGB bejahte; vgl. zu einem Anspruch gem. § 823 Abs. 1 BGB auch *Canaris* Rdnr. 47; *Kirchbartz*, in: Claussen, § 3 Rdnr. 27; *Schantz*, in: Schwintowski Bankrecht, Kap. 4 Rdnr. 61; *Krepold*, in: Bankrechtshandbuch, § 39 Rdnr. 301, 303–307.

<sup>31</sup> BGH 24.1.2006, WM 2006, 380, 385; OLG München 10.12.2003, WM 2004, 74, 81.

<sup>32</sup> Der Begriff der Verarbeitung ist dabei weit zu verstehen: Gem. Art. 4 Nr. 2 DS-GVO bezeichnet dieser Ausdruck jeden mit oder ohne Hilfe automatisierter Verfahren ausgeführten Vorgang oder jede solche Vorgangsreihe im Zusammenhang mit personenbezogenen Daten wie das Erheben, das Erfassen, die Organisation, das Ordnen, die Speicherung, die Anpassung oder Veränderung, das Auslesen, das Abfragen, die Verwendung, die Offenlegung durch Vermittlung, Verbreitung oder eine andere Form der Bereitstellung, den Abgleich oder die Verknüpfung, die Einschränkung, das Löschen oder die Vernichtung. In Umsetzung der Richtlinie (EU) 2016/680 des Europäischen Parlaments und des Rates v. 27.4.2016 zum Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten durch die zuständigen Behörden zum Zwecke der Verhütung, Ermittlung, Aufdeckung oder Verfolgung von Straftaten oder der Strafvollstreckung sowie zum freien Datenverkehr und zur Aufhebung des Rahmenbeschlusses 2008/977/JI des Rates (ABl. EU Nr. L 119, S. 89 v. 4.5.2016) wurde der Begriff der Verarbeitung in § 46 Nr. 2 BDSG entsprechend Art. 4 Nr. 2 DS-GVO definiert.

<sup>33</sup> Gem. § 24 Abs. 1 BDSG ist die Verarbeitung personenbezogener Daten zu einem anderen Zweck als zu demjenigen, zu dem die Daten erhoben wurden, durch nichtöffentliche Stellen zulässig, wenn sie zur Abwehr von Gefahren für die staatliche oder öffentliche Sicherheit oder zur Verfolgung von Straftaten erforderlich ist oder aber zur Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung zivilrechtlicher Ansprüche erforderlich ist; dies allerdings nur, wenn nicht die Interessen der betroffenen Person an dem Ausschluss der Verarbeitung überwiegen.

<sup>34</sup> So zutreffend *Schantz*, in: Schwintowski Bankrecht, Kap. 4 Rdnr. 62; *Krepold*, in: Bankrechtshandbuch, § 39 Rdnr. 300.

Fall eines Nichtvermögensschadens eine angemessene Entschädigung in Geld verlangen kann.

- 12 Daneben steht dem Kunden ein Unterlassungsanspruch zu: bei Verletzung absolut geschützter Rechte oder Rechtsgüter gem. § 1004 BGB und bei Verstößen gegen spezialgesetzliche Datenschutzvorschriften gem. § 823 Abs. 2 BGB i. V. m. den betreffenden Vorschriften als Schutzgesetzen.<sup>35</sup> Etwas problematischer ist ein Unterlassungsanspruch bei Verletzungen der einzelnen Bankverträge bzw. des gesetzlichen Schuldverhältnisses, da die Klagbarkeit nicht eigens rechtsgeschäftlich begründeter Unterlassungspflichten umstritten ist. Die Verpflichtung der Kreditinstitute zur Wahrung des Bankgeheimnisses stellt indes eine selbständige rechtsgeschäftlich begründete Unterlassungspflicht dar, während im Fall der Verletzung des gesetzlichen Schuldverhältnisses immerhin ein schutzwürdiges Interesse des Kunden an einem auch präventiven Rechtsschutz und damit ebenfalls ein Unterlassungsanspruch besteht.<sup>36</sup>
- 13 Die Verletzung des Bankgeheimnisses ist im deutschen Recht zwar nicht generell strafbewehrt. Jedoch können sich Mitarbeiter öffentlich-rechtlicher Kreditinstitute wegen unbefugter Weitergabe bestimmter Privat-, Betriebs- oder Geschäftsgeheimnisse gem. § 203 Abs. 2 S. 1 Nr. 2 StGB strafbar machen. Zudem ist die unberechtigte Übermittlung personenbezogener Daten an Dritte, aber das bloße Zugänglichmachen dieser Daten gem. § 42 BDSG mit Strafe bedroht.

### III. Einschränkungen des Bankgeheimnisses

Das Bankgeheimnis ist durch zahlreiche gesetzliche Vorschriften eingeschränkt, wovon hier nur einige wesentliche, insbes. spezifisch bankrechtliche, erwähnt seien.

#### 1. Informationspflichten gegenüber staatlichen Stellen

##### a) Vorschriften des Zivil- und Strafverfahrensrechts sowie des Steuerrechts

- 14 Während den Kreditinstituten bzw. ihren Mitarbeitern im Zivilprozess ein Zeugnisverweigerungsrecht gem. §§ 383 Abs. 1 Nr. 6, 384 Nr. 3 ZPO zur Wahrung des Bankgeheimnisses zusteht, ist die Bank bei der Vollstreckung in ein Bankguthaben zur Abgabe der Drittschuldnererklärung gem. § 840 ZPO<sup>37</sup> verpflichtet.

<sup>35</sup> Vgl. auch zum negatorischen Rechtsschutz, der nicht nur im Fall spezialgesetzlicher Anspruchsgrundlagen, sondern auch drohender Eingriffe in sämtliche Rechte und Interessen gegeben ist, die über einen Deliktstatbestand geschützt sind, MünchKomm.-Wagner BGB Vor § 823 Rdnr. 40.

<sup>36</sup> Vgl. allgemein zu selbständigen und unselbständigen Unterlassungsansprüchen MünchKomm.-Bachmann BGB § 241 Rdnr. 20–24 m. w. zahlr. N.; vgl. speziell zur Durchsetzbarkeit des Bankgeheimnisses mit Hilfe eines Unterlassungsanspruchs *Canaris* Rdnr. 70.

<sup>37</sup> Die Drittschuldnererklärung ist eine Pflicht gegenüber dem Staat (vgl. MünchKomm.-Smid, Komm. z. ZPO, 5. Aufl. 2016, § 840 Rdnr. 2), auch wenn sie nur im Fall des § 840 Abs. 3

Im Gegensatz zum Zivilprozess ist im Strafverfahren das Kreditinstitut bzw. dessen Mitarbeiter verpflichtet, vor der Staatsanwaltschaft zu erscheinen und auszusagen (§ 161 a StPO), auch können Geschäftsunterlagen der Bank grds. gem. §§ 94, 98 StPO beschlagnahmt werden. Ausnahmsweise anders ist dies jedoch, wenn die Bank als Gehilfe bestimmter Berufsgruppen anzusehen ist, die zur Zeugnisverweigerung gem. § 53 StPO berechtigt sind (§ 53 a StPO). Bejaht wurde dies etwa in einem Fall, in dem ein Notar ihm anvertraute Gelder auf ein Notaranderkonto transferierte; da die Bank in Bezug auf das Notaranderkonto als Gehilfin des Notars handelte, stand ihr nicht nur ein Zeugnisverweigerungsrecht gem. § 53 a StPO zu, sondern war auch die Beschlagnahme der Kontounterlagen gem. § 97 Abs. 1 Nr. 2 StPO unzulässig.<sup>38</sup>

Die Zeugeneinvernehmung wird bei Kreditinstituten in der Praxis aber meist durch die sog. Abwendungsauskunft und Abwendungsvorlage vermieden; hierzu stellt die Staatsanwaltschaft eine Zeugenladung nach § 161 a StPO zu bzw. legt einen Durchsuchungs- und Beschlagnahmebeschluss vor und ersucht gleichzeitig darum, zur Vermeidung der Zeugeneinvernahme bzw. der Durchsuchung und Beschlagnahme die gestellten Fragen schriftlich zu beantworten bzw. die maßgeblichen Unterlagen vorzulegen.<sup>39</sup>

Weitere Einschränkungen des Bankgeheimnisses finden sich im Steuerrecht. So besteht für Kreditinstitute beim Tod eines Kunden die Pflicht, die in ihrem Gewahrsam befindlichen Vermögensgegenstände sowie die gegen sie gerichteten Forderungen dem zuständigen Finanzamt anzuzeigen (vgl. § 33 Abs. 1 ErbStG).<sup>40</sup> Auch sind Kreditinstitute im Besteuerungsverfahren gem. § 93 AO zur Auskunft verpflichtet. Insbesondere wurde mit dem Steuerumgebungsbekämpfungsgesetz v. 23.6.2017<sup>41</sup> der bisherige § 30 a AO aufgehoben, der die Ermittlungsbefugnisse der Finanzbehörden beschränkte und das Bankgeheimnis damit auch im Bereich des Steuerrechts (in gewissem Umfang) berücksichtigte.<sup>42</sup> Ferner wurden mit dem Steuerumgebungsbekämpfungsgesetz Sammelauskunftersuchen über noch nicht

---

ZPO gegenüber einer staatlichen Stelle (Gerichtsvollzieher) erfüllt wird, während sie im Fall des § 840 Abs. 1 ZPO unmittelbar gegenüber dem Gläubiger abgegeben wird.

<sup>38</sup> LG Köln 6.12.1990, WM 1991, 589.

<sup>39</sup> Zu diesem Verfahren *Krepold*, in: Bankrechtshandbuch, § 39 Rdnr. 180–186; *Dahm*, in: Bankrecht und Bankpraxis, Rdnr. 2/898f.

<sup>40</sup> Diese Anzeigepflicht umfasst auch Vermögenswerte, die von einer unselbständigen Zweigniederlassung im Ausland verwahrt und verwaltet werden, vgl. BFH 16.11.2016, BFHE 256, 364; vgl. auch die Vorabentscheidung des EuGH 14.4.2016 – Rs. C-522/14 – Sparkasse Allgäu, NJW 2016, 1937.

<sup>41</sup> Genauer: Gesetz zur Bekämpfung der Steuerumgehung und zur Änderung weiterer steuerlicher Vorschriften, BGBl. I, S. 1682.

<sup>42</sup> Vgl. auch zu der bisherigen Regelung gem. § 30 a AO, wonach – solange kein Verfahren wegen einer Steuerstraftat oder einer Steuerordnungswidrigkeit eingeleitet war – sich die Finanzbehörde regelmäßig zunächst an den Steuerpflichtigen zu halten und sich erst dann mit einem Auskunftersuchen an das Kreditinstitut zu wenden hatte, wenn die Sachverhaltsaufklärung bei dem Steuerpflichtigen nicht zum Ziel führte oder keinen Erfolg versprach, *Krepold*, in: Bankrechtshandbuch, § 39 Rdnr. 232–237b.

bekannte Steuerpflichtige an andere Personen als die Beteiligten – also auch an Kreditinstitute – für zulässig erklärt. Voraussetzung hierfür ist indes, dass ein hinreichender Anlass für die Ermittlungen wegen des Verdachts der Steuerverkürzung besteht und andere zumutbare Maßnahmen zur Sachverhaltsaufklärung keinen Erfolg versprechen (vgl. § 93 Abs. 1a AO). Ermittlungen „ins Blaue hinein“ und Rasterfahndungen sind somit nach wie vor unzulässig.<sup>43</sup> Im Übrigen hält das BVerfG für zulässig, strafrechtliche Ermittlungen sowie einen Hausdurchsuchungsbeschluss auf Beweismittel – im konkreten Fall auf eine angekaufte Steuer-CD – zu stützen, die möglicherweise unter Verstoß gegen Verfahrensvorschriften erlangt wurden.<sup>44</sup>

Seit 1. April 2005 kann die Finanzbehörde überdies auch zur (bloßen) Festsetzung oder Erhebung von Steuern die Daten abrufen, die das Kreditinstitut gem. § 24 c Abs. 1 KWG zu speichern hat, sofern ein Auskunftersuchen an den Steuerpflichtigen nicht zum Ziele geführt hat oder keinen Erfolg verspricht.<sup>45</sup> Konkret bedeutet dies, dass die Finanzbehörden auch außerhalb eines Verfahrens wegen einer Steuerstraftat oder einer Steuerordnungswidrigkeit die Kontostammdaten der Bankkunden und sonstigen Verfügungsberechtigten bei einem Kreditinstitut jederzeit abrufen können. Die abrufbaren Datensätze umfassen insbes. die Konto- bzw. Depotnummer, Name und Geburtsdatum des Konto- bzw. Depotinhabers, des Verfügungsberechtigten sowie Name und Anschrift eines hiervon abweichenden wirtschaftlichen Berechtigten (§ 24 c Abs. 1 S. 1 KWG), nicht jedoch Kontenstände und -bewegungen. Da gem. § 24 c Abs. 1 S. 6 KWG durch technische und organisatorische Maßnahmen sicherzustellen ist, dass der Abruf dem Kreditinstitut nicht zur Kenntnis gelangt, erfährt zunächst weder das Kreditinstitut noch der Kontoinhaber von dem Abruf. Allerdings sieht § 93 Abs. 9 S. 2 AO vor, dass der Betroffene von dem Kontenabruf regelmäßig nachträglich zu informieren ist; somit ist ihm wenigstens die Möglichkeit des Rechtsschutzes eröffnet.<sup>46</sup> Überdies ist das Ergebnis des Kontenabrufs zu dokumentieren (§ 93 Abs. 10 AO). Das BVerfG hat zwar § 93 Abs. 8 AO a.F. für verfassungswidrig erklärt, weil der Kreis der Behörden, die ein Abrufersuchen stellen konnten, und der Aufgaben, denen solche Ersuchen dienen sollten, nicht bestimmt genug war.<sup>47</sup> Hierauf hat der Gesetzgeber aber

<sup>43</sup> Vgl. BT-Drucks. 18/11132, S. 24.

<sup>44</sup> Vgl. BVerfG 9.11.2010, WM 2010, 2376, Tz. 56–60; diese Rspr. wurde vom Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte 6.10.2016 – 33696/11, Tz. 51 ff., zitiert nach juris, gebilligt.

<sup>45</sup> Art. 2 des Gesetzes zur Förderung der Steuerehrlichkeit v. 23.12.2003, BGBl. I, S. 2928, mit dem § 93 Abs. 7, 8 und § 93 b AO in die AO eingefügt wurden: Diese Vorschriften wurden mittlerweile jedoch durch das Unternehmenssteuerreformgesetz v. 14.8.2007, BGBl. I, S. 1912 und das Steuerumgehungsbekämpfungsgesetz v. 23.6.2017, BGBl. I, S. 1682 wieder geändert.

<sup>46</sup> Vgl. hierzu auch *Achtelik, Olaf*, in: Boos, Karl-Heinz/Fischer, Reinfrid/Schulte-Matler, Hermann, Kreditwesengesetz, CRR-VO, 5. Aufl. 2016, § 24 c Rdnr. 15, der im Fall von Datenabrufen durch die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht gem. § 24 c KWG kritisiert, dass keine ausdrückliche Regelung zur Überprüfung dieser Maßnahmen durch eine neutrale, unabhängige Stelle aufgenommen wurde.

<sup>47</sup> BVerfG Beschl. v. 13.6.2007, WM 2007, 1360, 1361–1363; vgl. auch BVerfG Beschl. v. 22.3.2005, WM 2005, 641–645: In dieser Entscheidung lehnte das BVerfG es ab, das In-Kraft-

## Sachregister

Die fett gedruckten Zahlen beziehen sich auf die Paragraphen des Buches, die Ziffern in Klammern bezeichnen die Randnummern, der Zusatz Fn. weist darauf hin, dass sich die maßgeblichen Ausführungen in einer Fußnote der betreffenden Randnummer finden.

- Abgabenordnung
  - Einschränkungen des Bankgeheimnisses **1** (16)
- Abkommen über den Internationalen Währungsfonds, s. Bretton Woods Abkommen
- Abrufpräsenz, autorisierte **3** (15)
- Absonderung (s. auch Insolvenz) **3** (49)
- Abstraktes Schuldanerkennnis, s. abstraktes Schuldversprechen
- Abstraktes Schuldversprechen (s. auch die jeweiligen Bankgeschäfte) **3** (12, 14–17); **5** (16–18, 30); **6** (128, 194–196, 218, 243, 245f., 249–252, 256f., 259, 269); **9** (67)
- Abtretung
  - Akkreditivlös **5** (20f., 40)
  - anwendbares Recht **4** (80); **6** (103f.)
  - Bankgeheimnis **1** (22–26)
  - Depotgeschäft
  - – Herausgabeanspruch **9** (30)
  - – Übertragung von Gutschriften in Wertpapierrechnung keine Abtretung **9** (74)
  - Finanzkommissionsgeschäft
  - – Erfüllung durch Kommissionär **8** (15)
  - – § 392 Abs. 2 HGB **8** (55)
  - Gesellschaftsbeteiligung bei Immobilienfonds **4** (26)
  - Kontoguthaben **3** (27, 33, 37, 46, 48)
  - Kreditkarten, rechtliche Einordnung des Vertrags zwischen Kartenemittent und Vertragsunternehmen **6** (246f., 249f., 252, 258, 274f., 281)
  - Inkassogeschäft, treuhänderische Forderungsabtretung **6** (90)
  - Schutz des Darlehensnehmers vor Einwendungsverlust **4** (18)
  - Überweisung **6** (142, 150, 155)
  - wechselfähig verbrieft Rechte **6** (35)
- Acquirer **6** (112a, 204, 233, 235, 238, 247, 253f., 269–271, 286)
- Actio pro socio **10** (41, 43, 46b, 47)
- AIFM-Richtlinie **10** (1, 56, 61, 74, 76)
- AIFM-Umsetzungsgesetz **10** (1)
- Akkreditiv **5** (1–40)
  - Abtretung des Akkreditivlös **5** (40)
  - – anwendbares Recht **5** (40)
  - – Sachrecht **5** (21)
  - anwendbares Recht **5** (22–40)
  - Avisbank **5** (4, 32)
  - Bankgeschäft **5** (3)
  - Bestätigungsbank **5** (4, 14f., 19, 38)
  - Einwendungen **5** (17, 20f.)
  - ERA
  - – Begriff **5** (7)
  - – Inhaltskontrolle **5** (10)
  - – Rechtsnatur **5** (8–10)
  - Funktionen **5** (3)
  - Korrespondenzbank (s. auch Akkreditiv, – Avisbank, – Bestätigungsbank) **5** (4, 6, 14–16, 19, 29, 31–36)
  - Leistung erfüllungshalber **5** (12, 26, 33)
  - Rechtsverhältnis zwischen Akkreditiv-auftraggeber und Akkreditivbank
  - – anwendbares Recht **5** (27f.)
  - – Sachrecht **5** (13–15)
  - Rechtsverhältnis zwischen Akkreditiv-auftraggeber und Begünstigtem
  - – anwendbares Recht **5** (22–26)
  - – Sachrecht **5** (11f.)
  - Rechtsverhältnis zwischen Akkreditiv-bank und Begünstigtem
  - – anwendbares Recht **5** (30–37)
  - – Sachrecht **5** (17f.)
  - Rechtsverhältnis zwischen Akkreditiv-bank und eingeschalteter Zweitbank
  - – anwendbares Recht **5** (29)
  - – Sachrecht **5** (16)
  - Rechtsverhältnis zwischen Bestätigungsbank und Begünstigtem
  - – anwendbares Recht **5** (38)
  - – Sachrecht **5** (19)

- Sachrecht 5 (1–21)
- Schaubild Grundkonstellation 5 (5)
- Schaubild Modifikation: Einschaltung einer Korrespondenzbank 5 (6)
- Übertragung
  - – anwendbares Recht 5 (39)
  - – Sachrecht 5 (20)
- Wiener UN-Übereinkommen über den internationalen Warenkauf 5 (23–25)
- Zahlstelle 5 (14f., 31–37)
- Zweitbank (s. auch Akkreditiv, – Korrespondenzbank, – Avisbank, – Bestätigungsbank) 5 (14, 27, 29, 31f.)
- Aktienemission (s. auch Emissionsgeschäft) 7 (1, 18f., 24–27, 29, 32, 35–39, 52, 59, 81)
- Aktienregister 9 (54, 56, 77)
- Akzeptantenwechsel 6 (7f.)
- Amtlicher Markt, s. Markt, – regulierter
- Anderdepot 3 (42, 46); 9 (72)
- Anderkonto 1 (15); 3 (42–46); 9 (72)
- Anlageaktionär 10 (14b, 46)
- Anlagebedingungen 10 (4, 12, 14c, 14d, 24f., 32f., 35, 38f., 41, 46a, 52, 63, 74)
- Anlageberatung
  - Beweislast bei Schadensersatzansprüchen 8 (39a, 43a)
  - Depotgeschäft 9 (7, 39f.)
  - Finanzkommissionsgeschäft 8 (24f., 35a, 37–38b, 38d, 39–44, 65, 72, 74, 77)
  - freie Anlageberater 8 (35a)
  - Grundlagen 1 (27)
  - Honorar-Anlageberatung 8 (35a)
- Anleger
  - professionell 8 (37, 38a, 38d); 10 (3, 7, 11, 63, 69, 72)
  - semiprofessionell 10 (3, 7, 11, 63, 69, 72)
- Anlegerentschädigung 8 (56)
- Anleihebedingungen 7 (39–51, 54f., 79, 82–85)
  - Einbeziehung 7 (41–47)
  - Inhaltskontrolle 7 (48–51)
  - Rechtswahl 7 (79, 82–85)
- Anleiheemission (s. auch Emissionsgeschäft) 7 (1, 17, 22f., 29, 39, 52, 79)
- Anscheinsbeweis 6 (190–191); 8 (43a)
- Anteilinhaber, s. Investmentgeschäft, – Anteilinhaber
- Anteilschein 8 (3); 9 (7); 10 (12, 25, 28, 31, 53, 55)
  - Depotgeschäft 9 (7)
  - Finanzinstrument 8 (3)
  - Investmentgeschäft 10 (12, 25, 28, 31, 53, 55)
- Anweisung
  - Debitkarte 6 (190, 199, 213)
  - Kreditgeschäft 4 (33)
  - Kreditkarte 6 (239f.)
  - Reisescheck 6 (67, 69, 71–73)
  - Scheck 6 (44, 47f.)
  - SEPA-Lastschrift 6 (289, 304)
  - Überweisung 6 (125 Fn., 158)
  - Wechsel 6 (1, 15)
  - Zahlungskarte 6 (190, 199, 213)
- Anwendbares Recht (s. auch die jeweiligen Bankgeschäfte, – anwendbares Recht)
  - Akkreditiv 5 (22–41)
  - Bankrechtlicher Einzelvertrag, allgemein (s. auch Bankrechtlicher Einzelvertrag und die jeweiligen Bankgeschäfte) 2 (13–24)
    - berufstypische Leistung 3 (56); 8 (62)
    - Bürgschaft 5 (103–110)
      - – auf erstes Anfordern 5 (105, 107)
    - Debitkarten 6 (199–207)
    - Deliktische Ansprüche 2 (26–29, 31); 6 (106); 8 (66)
      - Depotgeschäft 9 (79–100)
    - EG-Schuldvertragsübereinkommen 2 (2)
    - Einführung 2 (1–10)
    - Einlagengeschäft 3 (51–74)
      - Eingriffsnormen
        - – Begriff 2 (10)
        - – Einlagengeschäft 3 (70–74)
        - – Konsortialkreditgeschäft 4 (75–79)
        - – Kreditgeschäft 4 (53–56)
        - – Kreditkarten 6 (282)
      - Effektengeschäft 8 (73, 81, 81a)
      - Effektengeschäft 8 (58–84)
      - Einlagengeschäft 3 (51–74)
      - Emissionsgeschäft 7 (71–104)
      - Garantie 5 (69–77, 82–86, 90f.)
        - – auf erstes Anfordern 5 (71f., 86)
        - – indirekte 5 (82–86)
        - – Rückgarantie 5 (82–86)
        - – Rückforderungsansprüche 5 (90f.)
      - Geldautomatensystem 6 (225–229)
      - Gesamtverweisung 2 (3)
      - Gesellschaftsrecht
        - – Gründungstheorie 6 (27); 7 (73, 81)
        - – Sitztheorie 6 (27); 7 (73f., 81)
      - Hauptfrage 2 (8)
      - Inkassogeschäft 6 (97–106)
      - Investmentgeschäft 10 (51–62)
      - Konsortialkreditgeschäft 4 (71–81)
      - Kreditgeschäft 4 (36–56)
      - Kreditkarten 6 (264–282)

- lex causae, Begriff 2 (8)
- lex fori, Begriff 2 (1)
- Qualifikation 2 (7)
- Rechtswahl, s. Rechtswahl
- Reisescheck 6 (77–84)
- Renvoi 2 (3)
- Rom I-VO (allgemein) 2 (2)
- Rom II-VO (in Abgrenzung zu Rom I-VO) 2 (26–29, 31f.)
- Rückverweisung, s. Renvoi
- Sachnormen, Begriff 2 (3)
- Sachnormverweisung 2 (4)
- Scheck 6 (57–65)
- SEPA-Lastschrift 6 (302–305)
- Substitution 2 (9)
- Teilfrage 2 (6f.)
- Überweisung 6 (163–184)
- Wechsel 6 (22–43)
  - – Genfer internationales Wechselprivatrecht 6 (22–40)
  - – anglo-amerikanisches internationales Wechselprivatrecht 6 (41–43)
- Zahlungskarten 6 (199–207)
- Anwendungsbereich, internationaler, Begriff 2 (33)
- Aufgebotsverfahren 6 (76); 9 (40 Fn.)
- Aufgenommene Gelder 3 (2)
- Aufrechnung
  - anwendbares Recht 2 (14); 3 (51)
  - Bürgschaft 5 (95)
  - Depotgeschäft 9 (31)
  - Einlagengeschäft 3 (10, 20, 29, 34, 37, 46)
  - Garantie 5 (62f.)
  - Kreditgeschäft 4 (64)
- Aufzeichnungspflicht 8 (39a, 40)
- Ausführungsfrist 6 (114, 126f., 145, 289, 291)
- Ausführungsplatz 8 (11f., 14, 20, 48, 52, 60)
- Ausschlussfrist 4 (17); 6 (132, 141, 243)
- Außenkonsortium (s. auch Konsortialkreditgeschäft und Emissionsgeschäft) 4 (66); 7 (10)
- Aussonderung (s. auch Insolvenz)
  - Depotgeschäft 9 (24, 44f., 71)
  - Einlagengeschäft 3 (43, 49)
  - Finanzkommissionsgeschäft 8 (55f., 83)
- Ausstellungsort
  - Bedeutung für Rechtswahl 6 (78); 9 (52)
  - Scheck 6 (47)
  - Wechsel 6 (12, 15, 25, 29, 32)
- Authentifizierung 6 (188, 242, 255 Fn.)
  - starke Kundenauthentifizierung 6 (188, 242, 255 Fn.)
- Autorisierte Abrufpräsenz 3 (15)
- Autorisierung
  - bargeldlose Zahlung (allgemein) 6 (116)
  - electronic-cash-System 6 (185f., 188, 193–196, 198, 203, 207)
  - Kreditkarten 6 (233, 239, 257)
  - SEPA-Lastschrift 6 (289f., 293, 296, 300, 304)
  - Überweisung 6 (115, 136, 141)
- Avisbank, s. Akkreditiv, Garantie
- BaFin, s. Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht
- Balancing of interests test 2 (42)
- Bankgeheimnis
  - Abtretungsausschluss 1 (22–26)
  - Datenschutz 1 (5, 11–13, 22, 24f.)
    - – internationaler Anwendungsbereich 2 (35)
  - Einschränkungen 1 (14–28)
  - Einwilligung des Kunden 1 (21)
  - Forderungsabtretung 1 (22–26)
  - inneres 1 (10, 25)
  - Rechtsgrundlagen 1 (4–6)
  - Schutzzumfang, grundsätzlicher 1 (7–10)
  - Strafbarkeit 1 (13, 22, 24)
  - Verletzung, Rechtsfolgen 1 (11–13)
- Bankgeschäfte, s. Depotgeschäft, Diskontgeschäft, Einlagengeschäft, Emissionsgeschäft, Finanzkommissionsgeschäft, Garantiegeschäft, Kreditgeschäft, Pfandbriefgeschäft, s. auch Finanzdienstleistung, Investmentgeschäft, Zahlungsdienste
- Bankrechtlicher Einzelvertrag
  - anwendbares Recht, allgemein (s. auch die jeweiligen Bankgeschäfte) 2 (13–24)
    - – objektive Vertragsanknüpfung 2 (22)
    - – Pflichtenkollision 2 (23f.)
  - Rechtswahlklausel, Inhaltskontrolle 2 (18f.)
    - – Relevanz des Aufenthaltsrechts einer Partei 2 (20f.)
- Banküberweisung, s. Überweisung
- Bankvertrag, allgemeiner 1 (2); 8 (30f.)
  - Kontrahierungszwang 1 (2)
- Bargeldlose Zahlung, s. Zahlungsdienste bzw. Debitkarten, electronic-cash-System, Elektronisches Lastschriftverfahren, Geldautomatensystem, Inkassogeschäft, Kreditkarten, Scheck, SEPA-Lastschrift, Überweisung, Wechsel
- Basiskonto 3 (9)

- Basiswert 8 (3, 85, 87)
- Begebungskonsortium 7 (15, 27)
- Begebungsvertrag 6 (2, 36); 7 (44)
- Belastungsbeleg 6 (185, 234, 239f., 252, 260, 268)
- Belastungsbuchung 3 (14); 6 (115, 134, 141f., 159f., 226, 288–294, 296f.); 9 (85)
- Benachrichtigung
  - Abruf der Kontostammdaten 1 (16)
  - Depotgeschäft
  - – Pflicht der Depotbank 9 (40, 59, 61)
  - Garantiegeschäft
  - – Pflicht der Garantiebank vor Zahlung 5 (56)
  - – Pflicht der Korrespondenzbank 5 (31f., 78)
  - Scheckrecht
  - – des Ausstellers 6 (53)
- Beratungspflicht
  - Depotgeschäft 9 (7, 39f.)
  - Emissionsgeschäft 7 (66)
  - Finanzkommissionsgeschäft 8 (24f., 39, 42–44)
  - Garantiegeschäft 5 (54)
  - Grundlagen 1 (3); 2 (26)
  - Kreditgeschäft 4 (10, 10a)
- Beratungsvertrag
  - Emissionsgeschäft 7 (66, 102)
  - Finanzkommissionsgeschäft 8 (24f., 27, 65, 72, 74, 77)
  - Kreditgeschäft 4 (10, 39, 41)
- Bereicherung, ungerechtfertigte
  - anwendbares Recht 4 (81); 5 (90f.); 6 (183f.)
  - Depotgeschäft
  - – bevorrechtigte Behandlung bei Intermediär-Insolvenz 9 (45)
  - Einlagengeschäft
  - – und Recht auf Zurückweisung der Gutschrift 3 (19f.)
  - – und Stornorecht 3 (22)
  - Garantiegeschäft
  - – Rechtsmissbrauch 5 (87)
  - – Unwirksamkeit der Sicherungsabrede 5 (100f.)
  - – Zahlung auf einwendungs- und einredebehafteten Anspruch 5 (95)
  - Kreditgeschäft
  - – anwendbares Recht 4 (81)
  - – Rückabwicklung verbundener Verträge 4 (32)
  - Mängel des Kausalverhältnisses bei
    - Eingehung abstrakter Verbindlichkeit 6 (37, 73)
    - Überweisung 6 (115, 135, 158–162, 183f.)
    - – anwendbares Recht 6 (183f.)
    - – Bereicherungsausgleich bei fehlerhaften bzw. fehlenden Kausalverhältnissen 6 (158–162, 183f.)
    - – Bereicherungsausgleich bei fehlerhafter Kundenkennung 6 (115, 158a, 158b)
- Bereitstellungszinsen 4 (6)
- Berufstypische Leistung 3 (56); 8 (62)
- Besicherung, Konsortialkredite (s. auch Verpfändung)
  - anwendbares Recht 4 (80f.)
  - Sachrecht 4 (70)
- Best Executor 8 (8)
- Beweislast 3 (12, 14); 4 (35); 5 (59); 6 (37, 76 Fn., 111, 243, 259f.); 7 (58, 65); 8 (39a, 43a); 9 (66f.); 10 (40)
- Beweislastumkehr 3 (12); 6 (37, 243, 259); 7 (58, 65); 9 (66f.)
- Bezugsrecht
  - Depotgeschäft, Wertpapierverwaltung 9 (40)
  - Emissionsgeschäft 7 (18, 26, 32f., 37, 52, 82)
  - Investmentgeschäft, Investmentaktiengesellschaft 10 (14b)
- BGB-Gesellschaft
  - Emissionskonsortium 7 (5–11, 16–18, 71–74)
  - Geldautomatensystem 6 (219)
  - Immobilienfonds 4 (22)
  - Kontoinhaber 3 (31)
  - Kreditkonsortium 4 (59–64, 71f.)
- BIC 6 (114, 127, 132)
- Bonitätsprüfung 4 (10a)
- Bookbuilding 7 (29–33)
- Börseneinführung 7 (5, 9, 12, 14, 23, 26, 28, 68, 76)
- Börsentermingeschäft, s. Finanztermingeschäft
- Börsenzwang 8 (11)
- Bretton Woods Abkommen 4 (75–79)
- Bringschuld
  - Geldzahlungspflicht 6 (129, 168f.)
- Bruchteilsgemeinschaft
  - Depotgeschäft 9 (14, 16, 81)
  - Einlagengeschäft 3 (33f., 36 Fn., 37)
  - Investmentgeschäft 10 (26, 39, 42 Fn., 48 Fn.)
- Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht 1 (18–20); 2 (34, 37); 3 (2); 4 (1);

## Sachregister

- 6 (66, 110, 185, 232); 7 (57, 87, 93); 8 (5, 17, 39a, 41, 75); 9 (69); 10 (2, 9f., 14c, 15, 25, 29, 36, 54, 62, 65, 71, 73f., 76)
- Begriff 1 (18)
- Bürgschaft 5 (92–110)
- Akzessorietät 5 (95–98, 105, 110)
  - anwendbares Recht 5 (103–110)
  - auf erstes Anfordern 5 (92, 97–102, 105, 107)
  - Bankgeschäft 5 (92)
  - Einreden 5 (95, 102)
  - Einwendungen 5 (95, 97f., 102)
  - Forderungsübergang 5 (96, 109)
  - Form 5 (94, 97, 108)
  - guarantee, guaranty 5 (97)
  - Rechtsmissbrauch 5 (98)
  - Rechtsvergleichung 5 (97)
  - Sachrecht 5 (92–102)
  - Schaubild 5 (93)
  - Sicherungsabrede zur Stellung der Bürgschaft 5 (99–101, 105)
  - Sicherungsrechte, akzessorische 5 (96f., 110)
  - Wirksamkeit 5 (94, 98)
- Call-Option 8 (86)
- Cartesio 6 (27 Fn.); 7 (73 Fn., 81 Fn.)
- Centros 6 (27 Fn.); 7 (73)
- Chinese wall 8 (36)
- CHIPS 6 (166)
- Churning 8 (35, 35a Fn., 36 Fn.)
- CIRRUS 6 (211, 226f.)
- CISG, s. Wiener UN-Übereinkommen über Verträge über den internationalen Warenkauf
- Clearstream Banking AG
- Begriff 9 (8)
  - gegenseitige Kontoverbindungen 9 (60)
  - Geldverrechnung 8 (49, 54)
  - Gutschrift in Wertpapierrechnung 9 (69)
  - Sammelbestand, einheitlicher 9 (58)
  - Treuhänder 9 (54–57)
  - Wertpapierübertragung 8 (57); 9 (24, 26f., 30f., 35, 37, 44, 86, 89)
  - Wertpapierverpfändung 9 (38)
  - Wertpapierverwaltung 9 (39f., 77)
- Commercial Banking, Begriff Vor 3 (1)
- Compliance-Organisation 8 (36)
- Consideration 6 (20)
- Cross Default Clause 7 (40)
- Darlehen, s. Verbraucherdarlehen
- Datenschutz 1 (5, 11–13, 21f., 24f.)
- internationaler Anwendungsbereich 2 (35)
- Dauerglobalurkunde 9 (3, 12, 15, 19, 56)
- Debitkarte (s. auch electronic-cash-System, Geldautomatensystem) 6 (185–229)
- Anscheinsbeweis 6 (190f.)
  - Einführung 6 (185)
  - electronic-cash-System (s. auch Electronic-cash-System) 6 (185–207)
  - Elektronisches Lastschriftverfahren 6 (208–210)
  - Erfüllung 6 (207)
  - Geheimzahl, s. PIN
  - Geldautomatensystem (s. auch Geldautomatensystem) 6 (211–229)
  - Leistung an Erfüllungs Statt 6 (207)
  - Leistung erfüllungshalber 6 (198)
  - Maestro 6 (185, 193, 204, 211f., 215, 226)
  - PIN
    - electronic-cash-System 6 (185–191, 200)
    - Geldautomatensystem 6 (211, 216)
    - POZ-System 6 (208–210)
    - Rechtswahl 6 (199, 203, 205f.)
    - Verfügungsrahmen
      - electronic-cash-System 6 (185f., 188, 199)
      - Geldautomatensystem 6 (214, 222, 224f.)
    - Verlustanzeige 6 (187f.)
    - wildes Lastschriftverfahren 6 (208)
- Deliktische Ansprüche 1 (5f., 11f.); 2 (26–29, 31); 6 (106); 8 (17, 40, 42, 44, 66); 10 (35, 40, 46, 46a)
- Delivery versus Payment 8 (49)
- Depotbank, s. Depotgeschäft, – Zentralverwahrer, – Zwischenverwahrer, Investmentgeschäft, – Verwahrstelle
- Depotgeschäft 9 (1–100)
- Anderdepot 3 (42, 46); 9 (72)
  - anwendbares Recht 9 (79–100)
  - Auslandsverwahrung 9 (55f., 58–100)
  - Aussonderungsrecht 9 (24, 44f., 71)
  - Bankgeschäft 9 (1)
  - Besitzverhältnisse am Sammelbestand 9 (17–19, 82)
  - Bezugsrecht, Benachrichtigung 9 (40)
  - Bruchteilsgemeinschaft 9 (14, 16, 81)
  - Clearstream Banking AG, s. Clearstream Banking
    - Dauerglobalurkunde 9 (3, 12, 15, 19, 56)
    - Depotvertrag 2 (40); 9 (7–9, 39, 49, 79, 82, 91); 10 (33)

- Depotverwaltung, s. Wertpapierverwaltung
- Direktanspruch gegen Drittverwahrer 9 (13)
- Drittverwahrer 9 (13, 15, 32, 79)
- Drittwiderspruchsklage 9 (71)
- Eigendepot 9 (32)
- Eigenhandel 9 (20f.)
- Eigentumsübertragung 9 (20–35, 51, 62–66, 84–91)
- Einführung 9 (1–7)
- Europäischer Pass 9 (2 Fn., 8, 60)
- Festpreisgeschäft 9 (20f., 23–25, 42, 45, 61–64, 66)
- Finanzsicherheiten-Richtlinie 9 (36, 87 Fn., 91 Fn.)
- Fremddepot 9 (32, 73)
- Fremdvermutung 9 (32)
- Funktionsverlust, Wertpapierurkunden 9 (3f., 11)
- gegenseitige Kontoverbindung, s. Depotgeschäft, – Kontoverbindung, gegenseitige
- Genfer Wertpapier-Konvention 9 (5, 49)
- Geschäftsbesorgungsvertrag 9 (7, 39)
- Gleichstellungsfiktion 9 (7)
- grenzüberschreitende Wertpapiertransaktionen 9 (50–78)
- gutgläubiger Erwerb 9 (32–35, 37f.)
- Gutschrift in Wertpapierrechnung 9 (65–79, 92, 94)
  - – Erfüllung 9 (68)
  - – Leistungsgefahr 9 (66)
  - – Rechtsinhalt 9 (65–73)
  - – Rechtsübertragung 9 (74f., 79, 92)
  - – Treuhand 9 (71–73, 92)
  - – Vergütungsgefahr 9 (66)
  - – Verpfändung, anwendbares Recht 9 (94)
- Haager Übereinkommen über Intermediär-verwahrte Wertpapiere 9 (5, 93)
- Hinterleger 9 (7–13, 17–19, 28–31, 33, 37, 39, 45, 47, 60, 69f., 79, 82f., 91)
- Inkassotätigkeit 9 (40, 59, 61)
- Insolvenz 9 (24, 44–47, 71, 73, 99f.)
- Kontoverbindung, gegenseitige 9 (58, 60, 69, 85f.)
- Kundendepot 9 (69)
- lex rei sitae 9 (52, 84–87, 96–98)
- Opposition, Sammelliste mit Opposition belegter Wertpapiere 9 (40)
- Pfändung girosammelterverwahrter Wertpapiere 9 (48f., 70)
  - Prüfungspflicht 9 (59, 61, 89)
  - Rechtswahl
    - – Anwendbarkeit von § 22 DepotG 9 (62)
    - – Gutschrift in Wertpapierrechnung 9 (79f., 92)
    - – Haager Übereinkommen (über Intermediär-verwahrte Wertpapiere) 9 (93)
    - – Treuhand 9 (92)
    - – Wertpapierrechtsstatut 9 (52)
  - Sachrecht 9 (7–49)
  - Sammelverwahrung als Regelverwahrung 9 (11f.)
  - Schaubild 9 (6)
  - Sicherungsrecht, gesetzliches 9 (42f., 95–98)
  - Sonderverwahrung, sonderverwahrte Wertpapiere 9 (10, 12, 20, 88)
  - Stimmrechtsausübung 9 (41, 77)
  - Stückverzeichnis 8 (46); 9 (20, 63)
  - Treuhand 9 (71–73, 92)
  - Treuhanddepot 9 (71–73)
  - Übergabe 9 (28–31)
  - UNIDROIT, Genfer Wertpapier-Konvention 9 (5, 49)
    - upper tier attachment 9 (49)
  - Verpfändung 9 (36–38, 87, 94)
    - – girosammelterverwahrte Wertpapiere 9 (36–38, 87)
    - – Gutschrift in Wertpapierrechnung 9 (94)
    - – Verpfändungsermächtigung 9 (47)
  - Wertpapier-Mitteilungen 9 (40, 77)
  - Wertpapiersammelbank, s. Zentralverwahrer, Clearstream Banking AG
  - Wertpapierverwaltung 9 (3, 39–41, 59, 76–78, 61, 80)
    - Wertrecht, unverbrieftes 9 (4, 7, 19, 34, 90)
    - Zentralverwahrer (s. auch Clearstream Banking AG) 9 (2f., 13, 60)
    - Zwangsvollstreckung 9 (71–73)
    - Zweitverbriefung 9 (55–57)
    - Zwischenverwahrer 9 (2, 31, 69f., 72, 76f., 91)
- Depotvertrag 2 (40); 9 (7–9, 39, 49, 79, 82, 91); 10 (33)
- Depotverwaltung, s. Wertpapierverwaltung
- Derivate 1 (19 Fn.); 2 (37); 8 (3, 38c, 85–87, 89); 10 (6)
  - Begriff 8 (86f.)
- Devisenkontrollbestimmungen, s. Bretton-Woods-Abkommen
- Devisentermingeschäft 8 (87)

## Sachregister

- Direktansprüche
  - Depotgeschäft 9 (13)
  - Inkassogeschäft 6 (105f.)
  - Überweisung 6 (137f., 143, 147, 155–157, 174–182)
- Direktbank
  - Begriff 8 (25 Fn.)
  - Einlagengeschäft 3 (59)
  - Finanzkommissionsgeschäft 8 (25 Fn., 38c, 68)
  - Kreditgeschäft 4 (45)
- Disagio 4 (13); 6 (233)
- Diskontgeschäft 4 (3); 6 (5, 7f.)
  - Bankgeschäft 6 (5)
- Dispositions kredit 3 (13); 4 (8 Fn., 9); 6 (7, 224)
- Dokumentationspflicht 8 (39a, 40)
- Drittschadensliquidation
  - Finanzkommissionsgeschäft 8 (53)
  - Inkassogeschäft 6 (94f., 102)
  - Überweisung 6 (150, 175f., 178, 181)
- Drittverwahrer 9 (13, 15, 32, 79)
- Drittwiderrspruchsklage 3 (39, 43, 49); 8 (55, 83); 9 (71)
  
- Effekten 4 (9); 7 (1); 8 (2); 9 (7)
- Effektengeschäft, s. Finanzkommissionsgeschäft
- Eigendepot 9 (32)
- Eigenemission 7 (2, 42–44)
- Eigenhandel
  - Depotgeschäft 9 (20f.)
  - Finanzkommissionsgeschäft 8 (4f., 19f., 23, 35f., 38b, 38c, 47, 91)
- Eigenkapital 7 (1)
- Eigenkapitalsteuerung 1 (26)
- Eigenkonto 3 (28f., 41f.)
- Eigentumsübertragung
  - Depotgeschäft 9 (20–35, 51, 62–66, 84–91)
  - Geldautomatensystem 6 (221–224, 229)
  - Wechsel 6 (16, 35f.)
- Eingriffsnormen, s. anwendbares Recht, – Eingriffsnormen
- Einheitliche Richtlinien für auf Anfordern zahlbare Garantien (s. auch Garantie,
  - Uniform Rules for Demand Guarantees) 5 (49)
- Einheitliche Richtlinien für Inkassi (s. auch Inkassogeschäft) 6 (86)
  - Rechtsnatur 6 (86)
- Einheitliche Richtlinien für Vertragsgarantien 5 (48)
  
- Einheitskonsortium 7 (15, 28)
- Einlagengeschäft 3 (2–74)
  - Absonderungsrecht 3 (49)
  - Anderkonto 3 (42–46)
  - anwendbares Recht 3 (51–74)
    - – objektive Anknüpfung 3 (53–57)
    - – Rechtswahl 3 (52)
    - – Verbraucherschutz 3 (58–74)
      - – – Art. 6 Rom I 3 (58–64)
      - – – Art. 9 Rom I 3 (70–74)
      - – – Art. 46 b EGBGB 3 (65–69)
  - aufgenommene Gelder 3 (2)
  - Aussonderungsrecht 3 (43, 49)
  - Bankgeschäft 3 (2)
  - Bruchteilsgemeinschaft 3 (33f., 37)
  - Drittwiderspruchsklage 3 (39, 43, 49)
  - Eigenkonto 3 (28f., 41f.)
  - Einführung 3 (2f.)
  - Fremdkonto 3 (28f., 41)
  - Gemeinschaftskonto 3 (30–40)
    - – Oder-Konto 3 (36–40)
      - – – Pfändung 3 (39f.)
      - – – Und-Konto 3 (32–35)
        - – – – Pfändung 3 (35)
    - Girokonto (s. auch Girokonto) 3 (8–23)
    - Girovertrag 3 (5, 8f., 16f., 21); 6 (113, 115)
    - Insolvenz des Kontoinhabers 3 (28, 43f., 49)
    - Kontoinhaberschaft 3 (26f.)
    - Kontokorrentverhältnis (s. auch Kontokorrentverhältnis) 3 (10–13)
    - Konto pro Diverse 3 (50)
    - Pfändung
      - – Oder-Konto 3 (39f.)
      - – Tagessaldo 3 (13)
      - – Und-Konto 3 (35)
    - Sachrecht 3 (4–50)
    - Sichteinlagen 3 (5–7)
    - Sonderkonto 3 (41)
    - Spareinlagen 3 (25)
    - Sperrkonto 3 (47–49)
    - Stornorecht 3 (22f.)
    - Tagessaldo 3 (11, 13, 17f.)
    - Termineinlagen 3 (24)
    - Treuhandkonto 3 (42–46)
    - Zurückweisungsrecht des Kontoinhabers 3 (17–21)
      - – Rechtsmissbrauch 3 (21)
    - Zwangsvollstreckung 3 (10, 35, 39f., 43–45, 49)
  - Einlagenrückgewähr, Verbot der 7 (59f.)
  - Einlagensicherung 8 (24, 56)

- Einwendungsdurchgriff 4 (19f., 23 Fn., 29–31, 49f., 52); 6 (263)
- Electronic-cash-System 6 (185–207)
- abstraktes Schuldversprechen 6 (195f.)
  - Acquirer 6 (204)
  - Anscheinsbeweis 6 (190f.)
  - anwendbares Recht 6 (199–207)
  - Authentifizierung 6 (188)
  - Autorisierung 6 (185f., 188, 193–196, 198, 203, 207)
  - Autorisierungsanfrage 6 (185, 188)
  - Belastungsbeleg 6 (185)
  - Einführung 6 (185)
  - Einwendungen 6 (185, 195)
  - Garantievertrag 6 (194, 196, 203)
  - Girovertrag 6 (186)
  - Händlerbedingungen 6 (192f., 195, 197)
  - Missbräuchliche Kartennutzung 6 (188–191, 200–202)
  - Netzbetreibervertrag 6 (192)
  - PIN 6 (185–191, 200)
  - Rechtswahl 6 (199, 203, 205f.)
  - Sachrecht 6 (185–198)
  - Sperranzeige 6 (188)
  - Verfügungsrahmen 6 (185f., 188, 199)
  - Verlustanzeige 6 (187f.)
  - Vertrag zugunsten Dritter 6 (197)
  - Wiener UN-Übereinkommen über den internationalen Warenkauf 6 (206)
- Elektronischer Handel 8 (8, 10, 12, 21); 9 (25)
- Elektronisches Lastschriftverfahren 6 (208–210)
- Adressenweitergabe 6 (210)
  - Namensweitergabe 6 (210)
- Emissionsbedingungen, s. Anleihebedingungen, Emissionsgeschäft
- Emissionsbegleiter 7 (68)
- Emissionsgeschäft 7 (1–104)
- Aktienemission 7 (1, 18f., 24–29, 32, 35–39, 52, 59f., 81f.)
  - Anleihebedingungen (s. auch Anleihebedingungen) 7 (39–51, 54f., 79, 82–85)
  - Anleiheemission 7 (1, 17, 22f., 27–29, 39–56, 79)
  - anwendbares Recht 7 (71–104)
  - Bankgeschäft 7 (2)
  - Begebungskonsortium 7 (15, 27)
  - Bezugsrecht 7 (18, 26, 32f., 37, 52, 82)
  - Bookbuilding 7 (29–33)
  - Börseneinführung 7 (5, 9, 12, 14, 23, 26, 28, 68, 76)
  - Eigenemission 7 (2, 42–44)
  - Einführung 7 (1–4)
  - Einheitskonsortium 7 (15, 28)
  - Einlagenrückgewähr, Verbot der 7 (59f.)
  - Emissionsbegleiter 7 (68)
  - Emissionskonsortium 7 (5–11, 16–18, 71–75)
    - – Beitragspflicht 7 (7)
    - – BGB-Gesellschaft 7 (5–11, 16–18, 71–74)
      - – Geschäftsführung 7 (6, 28 Fn.)
      - – Haftung 7 (7, 11f., 16–21)
      - – Innenkonsortium 7 (10, 72)
      - – Vertretung 7 (6, 10–12, 16f., 19)
    - – Europäischer Pass 7 (57, 87)
    - – Fremdemission 7 (2, 4, 42–44, 49)
    - – Gesamthand 7 (6)
    - – Gewinnbeteiligung 7 (7)
    - – Geschäftsbesorgungsvertrag 7 (22f., 26)
    - – Gläubigerorganisation 7 (54–56, 86)
    - – Gläubigerversammlung 7 (55f.)
    - – Greenshoe 7 (35–37)
    - – Innenkonsortium 7 (10, 72)
    - – IPO (Initial Public Offering) 7 (33)
    - – Konsortialführer 7 (6f., 9–17, 19, 21, 52, 68, 72f., 75, 77)
    - – Konsortialvertrag 7 (3, 5–14, 17, 20f., 71–75)
    - – Kurspflege 7 (5, 9, 23, 34)
    - – Kursstabilisierung (s. auch Greenshoe, Kurspflege) 7 (35f.)
    - – Lead Manager (s. auch Konsortialführer) 7 (6, 30)
    - – Marktmanipulation, Verbot der 7 (34, 36)
    - – Marktschutzvereinbarung 7 (38)
    - – Material adverse change clause 7 (28)
    - – Mehrzuteilungsoption 7 (35–37)
    - – Preisfindung 7 (29–33)
    - – Prospekthaftung 7 (12, 14, 28, 51, 57–65, 68–70, 87–99, 104)
      - – allgemeine zivilrechtliche 7 (63–65, 70, 99, 104)
        - – anwendbares Recht 7 (87–99, 104)
        - – Prospekterlasser 7 (68f.)
        - – Prospektveranlasser 7 (68f.)
        - – Sachrecht 7 (12, 14, 28, 51, 57–65, 68–70)
      - – Prospektpflicht 7 (57f., 61f., 65, 69, 87, 98f., 104)
    - – Rechtswahl
      - – Anleihebedingungen, Wirksamkeit der Rechtswahl 7 (79, 84f.)
      - – Gläubigerorganisation 7 (86)
      - – Konsortialverhältnis 7 (74f.)

## Sachregister

- – Prospekthaftung 7 (92f., 96f., 99)
- – Rechtsverhältnis Anleger – Konsorte 7 (100f.)
- – Übernahmevertrag 7 (76)
- – Wertpapierrechtsstatut 7 (79, 81); 9 (52)
- – Rücktrittsrecht 7 (28)
- Sachrecht 7 (1–70)
- Schaubild Fremdemission 7 (4)
- Schuldverschreibungsgesetz 7 (54–56, 86)
- Selbstemission 7 (2, 42–44)
- Übernahmekonsortium 7 (2, 15)
- Übernahmevertrag 7 (7, 10, 15–17, 19, 22–26, 28f., 35, 52, 69, 76f., 79, 82)
- – Aktienemission 7 (24–26)
- – Anleiheemission 7 (22f.)
- – Vertrag zugunsten Anleger 7 (26, 52, 82)
- Verlustbeteiligung 7 (7, 21)
- Vertrag zugunsten Dritter 7 (26, 52, 82)
- Verwässerungsschutzvereinbarung 7 (38)
- Zeichnung, Aktien 7 (19, 25f.)
- Emissionskonsortium 7 (5–11, 16–18, 71–75)
- Beitragspflicht 7 (7)
- BGB-Gesellschaft 7 (5–11, 16–18, 71–74)
- Gesamthand 7 (6)
- Geschäftsführung 7 (6, 28 Fn.)
- Gewinnbeteiligung 7 (7)
- Haftung 7 (7, 11f., 16–21)
- Innenkonsortium 7 (10, 72)
- Verlustbeteiligung 7 (7, 21)
- Vertretung 7 (6, 10–12, 16f., 19)
- ERA, s. Akkreditiv
- Erfüllung (im Valutaverhältnis)
- Debitkarte 6 (207)
- Gutschrift in Wertpapierrechnung 9 (68)
- Kreditkarte 6 (268)
- SEPA-Lastschrift 6 (296–300, 304)
- Überweisung 6 (128f.)
- Erfüllungsfrist
- Finanzkommissionsgeschäft 8 (46–49, 54)
- Erfüllungszeitpunkt
- Finanztermingeschäft 8 (86)
- Überweisung 6 (128f.)
- Erkundigungspflichten 8 (38–39)
- Ertragschein 9 (40, 76)
- Eurex 8 (10, 91); 9 (25, 27, 31, 35)
- Euromarkt (s. auch Konsortialkreditgeschäft) 4 (58, 64, 68)
- Europäischer Pass
- Depotgeschäft 9 (2 Fn., 8, 60)
- Emissionsgeschäft, Prospekt 7 (57, 87)
- Investmentgeschäft 10 (5, 10, 29, 64, 70)
- – Investmentanteile 10 (5, 10, 64, 70)
- – Verwahrstelle 10 (29)
- – Verwaltungsgesellschaft 10 (10)
- European Payments Council 6 (107, 157)
- Execution-only-Business 8 (38c, 89)
- Fehlüberweisung 3 (19–21)
- Maßgeblichkeit der Kundenkennung keine Fehlüberweisung 6 (114f., 127, 132)
- Fernabsatz, Vertragsabschlüsse im 3 (59); 6 (267)
- Fernabsatz von Finanzdienstleistungen
- Einlagengeschäft 3 (55, 57, 59, 68)
- Finanzkommissionsgeschäft 8 (63, 74)
- Grundlagen 1 (3)
- Investmentgeschäft 10 (55)
- Kreditgeschäft 4 (51)
- Festgeschäft 8 (86)
- Festpreisgeschäft
- Begriff 8 (6)
- Depotgeschäft 9 (20f., 23–25, 42, 45, 61–64, 66)
- Finanzkommissionsgeschäft 8 (6, 10, 19–23, 27, 32, 42, 45, 47f., 50f., 55, 59f., 62–64)
- Finanzdienstleistung
- Debitkarten 6 (203)
- Depotgeschäft 9 (62, 80)
- Einlagengeschäft 3 (55, 57, 61, 68)
- Emissionsgeschäft 7 (2, 27, 77, 100)
- Finanzkommissionsgeschäft 8 (5, 23, 61, 63, 65, 70, 72, 74, 81)
- Garantiegeschäft 5 (30, 32, 38f., 73, 75, 79, 82, 107)
- Grundlagen 1 (3)
- Informationspflichten 1 (3); 2 (33–44)
- Investmentgeschäft 10 (2, 15, 55)
- i. S. d. KWG 7 (2, 27); 8 (5, 23); 10 (2, 15)
- i. S. d. Richtlinie über den Fernabsatz von Finanzdienstleistungen/Rom I 1 (3); 3 (55, 57, 61, 68); 4 (41, 51f., 74); 5 (30, 32, 38f., 73, 75, 79, 82, 107); 6 (203); 7 (77, 100); 8 (61, 63, 65, 70, 72, 74, 81); 9 (62, 80); 10 (55)
- Kreditgeschäft 4 (41, 51f., 74)
- Finanzdienstleistungsinstitut (s. auch Finanzdienstleistungen) 1 (19); 2 (34, 37); 8 (5, 23, 63); 10 (2, 15)
- Finanzinstrument 1 (19); 4 (20); 7 (1, 47, 82–85); 8 (3f., 37–38d, 62–64, 68, 70, 82); 10 (53)
- anwendbares Recht 7 (82–85); 8 (62–64, 68, 70, 82); 10 (53)

- Begriff 8 (3)
- Verhaltenspflichten der WpDU 8 (37–38d)
- Finanzkommissionsgeschäft (s. auch  
Finanztermingeschäft) 8 (1–91)
- Anlegerentschädigung 8 (56)
- anwendbares Recht 8 (58–84)
- Aufzeichnungspflicht 8 (39a, 40)
- Ausführungsplatz 8 (11 f., 14, 20, 48, 52, 60)
- Aussonderungsrecht 8 (55 f., 83)
- Bankgeschäft 8 (4)
- Beratungsvertrag 8 (24 f., 27, 65, 72, 74, 77)
- Börsenzwang 8 (11)
- Chinese wall 8 (36)
- Churning 8 (35, 35a Fn., 36 Fn.)
- Compliance-Organisation 8 (36)
- Delivery versus Payment 8 (49)
- Direktbank 8 (25 Fn., 38c, 68)
- – Begriff 8 (25 Fn.)
- Dokumentationspflicht 8 (39a, 40)
- Drittwiderspruchsklage 8 (55, 83)
- Eigenhandel 8 (4 f., 19 f., 23, 35 f., 38b, 38c, 47, 91)
- Einführung 8 (1–5)
- Einlagensicherung 8 (24, 56)
- Elektronischer Handel 8 (8, 10, 12, 21); 9 (25)
- Erfüllungsfrist 8 (46–49, 54)
- Erkundigungspflichten 8 (38–39)
- Eurex 8 (10, 91); 9 (25, 27, 31, 35)
- Execution-only-business 8 (38c, 89)
- Festgeschäft 8 (86)
- Festpreisgeschäft 8 (6, 10, 19–23, 27, 32, 42, 45, 47 f., 50 f., 55, 59 f., 62–64)
- Finanzdienstleistung 8 (5, 23, 61, 63, 65, 70, 72, 74, 81)
- – i. S. d. KWG 8 (5, 23)
- – i. S. d. Richtlinie über den Fernabsatz von Finanzdienstleistungen/Rom I 8 (61, 63, 65, 70, 72, 74, 81)
- Finanzinstrument 8 (3 f., 37–38d, 62–64, 68, 70, 82)
- Finanzmarkttrichtlinie 8 (24, 33, 35a, 38c, 39, 40, 63, 72, 75 f., 79, 82, 86 f.)
- Finanztermingeschäft (s. auch Finanztermingeschäft) 8 (85–91)
- Freiverkehr 8 (8 Fn., 48, 54, 82)
- Front running 8 (35)
- Geeignetheitsprüfung 8 (38–39)
- Geschäftsbesorgung 8 (15 f., 22, 26–30)
- Herausgabepflicht des Kommissionärs 8 (15, 60)
- Informationspflichten 8 (37, 42–44, 72 f., 85, 89)
- Insolvenz 8 (55–57, 83)
- Interbankenhandel 8 (48, 54)
- Interessenkonflikt, Vermeidung von 8 (34–36, 40, 78)
- kick-back-Vereinbarung 8 (35a)
- Kommission, Auftragsausführung im Wege der 8 (6–18)
- – anwendbares Recht 8 (59–61)
- – Herausgabepflicht des Kommissionärs 8 (15, 60)
- – Provisionszahlungspflicht des Kommitenten 8 (18)
- – Rechenschaftspflicht des Kommissionärs 8 (15)
- Kontrahierungszwang 8 (29–31)
- Kundeninteressen, Pflicht zur Wahrung 8 (13, 34–36, 66 f., 78)
- Markt
- – organisierter 8 (3)
- – regulierter 1 (19); 2 (37); 7 (58, 61, 67 f., 87, 94); 8 (48); 9 (55)
- MiFID 8 (24, 33, 35a, 38c, 39, 40, 63, 72, 75 f., 79, 82, 86 f.)
- Multilaterales Handelssystem 8 (8, 11)
- Organisationspflichten 8 (36, 78)
- Präsenzhandel 8 (12)
- Preislimit 8 (13 f.)
- Provisionszahlungspflicht des Kommitenten 8 (18)
- Rechenschaftspflicht des Kommissionärs 8 (15)
- Rechtswahl
- – Verbraucherschutz und Rechtswahl 8 (68–70)
- – vorrangige Maßgeblichkeit der Rechtswahl 8 (59, 65, 68, 82)
- Rentenhandel 8 (21)
- Sachrecht 8 (1–57, 85–91)
- Scalping 8 (35)
- Verbraucherschutz, kollisionsrechtlicher 8 (68–74)
- Verhaltenspflichten 8 (17, 32–44, 65, 67, 75–81a)
- – internationaler Anwendungsbereich 8 (58, 66 f., 72, 75–81a)
- – rechtliche Qualifikation 8 (40–41)
- – Schadensersatz bei Verletzung 8 (42–44, 66 f.)
- Vertraulichkeitsbereich 8 (36)
- Wertpapierdienstleistungsrichtlinie (a.F.) 8 (33)

## Sachregister

- Xetra 8 (8, 10, 21); 9 (25)
- Zwangsvollstreckung 8 (55, 83)
- Finanzmarktrichtlinie 8 (24, 33, 35a, 38c, 39, 40, 63, 72, 75f., 79, 82, 86f.)
- Zweite Finanzmarktrichtlinie 1 (19); 8 (24, 33, 38, 38b, 38c, 39, 39a, 40, 63, 72, 75–77, 79, 82)
- Finanzsicherheiten-Richtlinie 9 (36, 87 Fn., 88 Fn., 91 Fn.)
- Finanztermingeschäft 8 (85–91)
  - Basiswert 8 (3, 86f.)
  - Call-Option 8 (86)
  - Derivate 8 (3, 38c, 85–87, 89)
  - Devisentermingeschäft 8 (87)
  - Forward Rate Agreement 8 (87)
  - Optionsgeschäft 8 (3, 86f.)
  - Optionsschein 8 (6 Fn., 85, 88, 90)
  - Put-Option 8 (86)
  - Sachrecht 8 (85–91)
  - Sonderbedingungen 8 (90f.)
  - Stillhalter 8 (86, 88 Fn.)
  - Swap 8 (87)
- Fonds, s. Investmentfonds, Investmentgeschäft
- Fondsmanager 10 (3, 9, 67)
- Forderungsabtretung, s. Abtretung
- Forfaitierung 6 (6)
- Forward Rate Agreement 8 (87)
- Freiverkehr 1 (19); 2 (37); 7 (61, 69); 8 (8 Fn., 48, 54, 82)
- Fremddepot 9 (32, 73)
- Fremdemission (s. auch Emissionsgeschäft) 7 (2, 4, 42–44, 49)
- Fremdkapital 7 (1); 8 (88 Fn.); 10 (30)
- Fremdkonto 3 (28f., 41)
- Fremdvermutung 9 (32)
- Front running 8 (35)
- Funktionsverlust, Wertpapierurkunden 9 (3f., 11)
- Future 8 (86f.)
- Garantie 5 (41–91)
  - anwendbares Recht 5 (69–77, 82–86, 90f.)
  - Arten 5 (43f.)
  - auf erstes Anfordern 5 (42, 52f., 55f., 59–64, 66, 72, 81)
  - Aufrechnung(smöglichkeit) der Bank 5 (62f.)
  - Avisbank 5 (78)
  - Bankgeschäft 5 (41)
  - Einheitliche Richtlinien für auf Anfordern zahlbare Garantien 5 (49)
  - Einheitliche Richtlinien für Vertragsgarantien 5 (48)
  - Einstweilige Verfügung 5 (67)
  - Einwendungen
    - – aus Deckungsverhältnis 5 (68)
    - – aus Garantievertrag 5 (61)
    - – aus Valutaverhältnis 5 (64–67)
  - Funktion 5 (41f.)
  - Garantiefall 5 (58–60, 65–67, 80)
    - – formeller Garantiefall 5 (60, 80, 87, 90)
    - – materieller Garantiefall 5 (59, 65–67, 88–91)
  - Gegengarantie 5 (81–85)
  - indemnity 5 (45)
  - indirekte 5 (43, 47, 78–86)
  - Rechtsharmonisierung 5 (48–50)
  - Rechtsmissbrauch 5 (45, 55, 64–67, 77, 85, 87)
  - Rechtsvergleichung 5 (45)
  - Rechtsverhältnis zwischen Garantiefauftraggeber und Begünstigtem
    - – anwendbares Recht 5 (69–72)
    - – Sachrecht 5 (51–53)
  - Rechtsverhältnis zwischen Garantiefauftraggeber und Garantiebank
    - – anwendbares Recht 5 (73f.)
    - – Sachrecht 5 (54–56)
  - Rechtsverhältnis zwischen Garantiebank und Begünstigtem
    - – anwendbares Recht 5 (75–77)
    - – Sachrecht 5 (57–68)
  - Rückgarantie 5 (81–85)
  - Sachrecht 5 (51–68, 78–81, 87–89)
  - Schaubild Grundkonstellation 5 (46)
  - Schaubild Modifikation: Indirekte Garantie 5 (47)
  - Übereinkommen über unabhängige Garantien und Standby Letters of Credit 5 (50)
  - Uniform Rules for Demand Guarantees 5 (49)
  - Unterlassungsanspruch (Auszahlung der Garantiesumme) 5 (67)
  - Verfügung, einstweilige 5 (67)
  - Wiener UN-Übereinkommen über den internationalen Warenkauf 5 (70)
- Garantie auf erstes Anfordern, s. Garantie, – auf erstes Anfordern
- Garantiefall, s. Garantie, – Garantiefall
- Garantiegeschäft, s. Akkreditiv, Garantie, Bürgschaft
- Geeignetheitsprüfung 8 (38–39)
- Gegengarantie 5 (81–85)

- Geheimzahl, s. PIN
- Gekreuzter Scheck 6 (56, 64)
- Geldautomatensystem 6 (211–229)
  - abstraktes Schuldversprechen 6 (218)
  - Anweisung 6 (213)
  - anwendbares Recht 6 (225–229)
  - Autorisierung 6 (213, 218, 220)
  - Cirrus 6 (211, 226–228)
  - Einwendungen 6 (218)
  - Garantievertrag 6 (218)
  - Geschäftsbesorgungsvertrag 6 (217, 219)
  - Lizenz, Lizenzgeber 6 (211, 227)
  - MasterCard 6 (211, 226–228)
  - Missbräuchliche Kartennutzung 6 (218, 223, 225)
  - PIN 6 (211, 216)
  - Sachrecht 6 (211–224)
  - Übereignung 6 (221–224, 229)
  - Verfügungsrahmen 6 (185f., 188, 199, 214, 222, 224f.)
  - Vertrag zugunsten Dritter 6 (220)
- Geldwäsche 1 (17); 2 (36)
  - internationaler Anwendungsbereich 2 (36)
- Geltungsbereich, Begriff 2 (33)
- Gemeinschaftskonto 3 (30–40)
  - Oder-Konto 3 (36–40)
  - Und-Konto 3 (32–35)
- Genfer Scheckrechtsabkommen (s. auch Scheck) 6 (46)
- Genfer Wechselrechtsabkommen (s. auch Wechsel) 6 (9)
- Genfer Wertpapier-Konvention 9 (5, 49)
- Genussschein 7 (41 Fn., 48 Fn.)
- Gerichtsstand 2 (11f.)
- Gesamtgläubigerschaft 3 (32, 36f., 39, 51)
- Gesamthand
  - Einlagengeschäft – Gemeinschaftskonten 3 (33f., 37)
  - Emissionsgeschäft – Konsortium 7 (6)
  - Investmentgeschäft 10 (39)
  - Konsortialkreditgeschäft 4 (67)
- Gesamtverweisung 2 (3)
- Geschäftsbesorgungsvertrag
  - Akkreditiv 5 (13, 16, 28, 33)
  - allgemeiner Bankvertrag als Rechtsgrundlage 1 (2)
  - Bürgschaft 5 (99, 102)
  - Depotgeschäft 9 (7, 39)
  - Elektronisches Lastschriftverfahren 6 (210)
  - Emissionsgeschäft
    - – Übernahmevertrag 7 (22f., 26)
    - Finanzkommissionsgeschäft 8 (15f., 22, 26–30)
    - Garantie 5 (52, 54–56, 73–75, 80–86)
    - Geldautomatensystem 6 (217, 219)
    - Girovertrag 3 (8)
    - Inkassogeschäft 6 (88, 93–95, 101–105)
    - Investmentgeschäft
      - – Investmentvertrag 10 (25, 52)
      - – Vertrag zwischen Investmentgesellschaft und externer KVG 10 (46a)
      - – Vertrag zwischen Investmentgesellschaft und Verwahrstelle 10 (33, 57)
    - Konsortialkreditgeschäft 4 (65, 71)
    - Krediteröffnungsvertrag 4 (7)
    - Kreditkartengeschäft 6 (234, 239, 277, 281)
    - Reisescheck 6 (74, 82, 84)
    - SEPA-Lastschrift 6 (291)
    - Überweisung 6 (113, 115, 149, 155f., 172, 174, 176)
- Gesetzliches Schuldverhältnis 1 (1, 4f., 9); 2 (25–30)
- Gestaltungsrecht
  - Einlagengeschäft 3 (16f., 38)
  - Krediteröffnungsvertrag 4 (7f., 69)
  - SEPA-Lastschrift 6 (294, 300f., 304)
- Gewinnanteilschein 9 (40, 76)
- Gewinnbeteiligung
  - Emissionsgeschäft 7 (7)
  - Investmentgeschäft 10 (35)
- Gewinnmarge 8 (35a)
- Girokonto (s. auch Einlagengeschäft, Girovertrag, Gutschrift) 3 (8–23)
  - für jedermann 3 (9)
  - Kontrahierungszwang 3 (9)
- Girovertrag 3 (5, 8f., 16, 21); 6 (113, 115, 125, 146, 151–153, 159, 161f., 165)
- Gläubigerorganisation 7 (54–56, 86)
  - Gläubigerversammlung 7 (55f.)
  - Vertragsvertreter 7 (55)
  - Wahlvertreter 7 (55)
- Gleichstellungsfiktion 9 (7)
- Greenshoe 7 (35–37)
- Gründungstheorie 6 (27); 7 (73, 81)
- Gutschrift(buchung) (s. auch Gutschrift in Wertpapierrechnung) 3 (10, 14–22)
  - Debitkarten 6 (196, 198)
  - Depotgeschäft 9 (24)
  - Gutschrift E.v. 3 (22)
  - Kreditkarten 6 (270)
  - Rechtsnatur 3 (14, 16)
  - SEPA-Lastschrift 6 (291, 296–300)
  - Stornorecht 3 (22f.)

- Überweisung 6 (112, 115, 117, 127–129, 133, 151, 153, 159f., 172)
- Zeitpunkt des Anspruchs aus Gutschrift 3 (15f.)
- Zurückweisungsrecht des Kontoinhabers 3 (17–21)
- Gutschrift in Wertpapierrechnung 9 (65–79, 92, 94)
  - Erfüllung 9 (68)
  - Leistungsgefahr 9 (66)
  - Rechtsinhalt 9 (65–73)
  - Rechtsübertragung 9 (74f., 79, 92)
  - Treuhand 9 (71–73, 92)
  - Vergütungsgefahr 9 (66)
  - Verpfändung, anwendbares Recht 9 (94)
- Haager Übereinkommen über Intermediärverwahrte Wertpapiere 9 (5, 93)
- Haustürgeschäfte-Richtlinie (a. F.) 4 (34)
- Hedgefonds 10 (6–8, 12, 30, 39)
  - Dach-Hedgefonds 10 (6, 8, 10, 30, 39)
- Heimatlandkontrolle, s. Herkunftslandkontrolle
- Herkunftslandkontrolle 2 (34); 7 (87, 92f., 98, 103); 8 (75, 79f.)
- Herkunftslandprinzip, s. Herkunftslandkontrolle
- Herkunftsstaat 9 (59); 10 (5, 56, 58f., 71)
- Höhere Gewalt 6 (139f.); 9 (66)
  - Depotgeschäft 9 (66)
  - Überweisung 6 (139f.)
- Holschuld
  - Geldzahlungspflicht 3 (6); 6 (295)
- Honorar-Anlageberatung 8 (35a)
- IBAN 6 (114f., 127, 132)
- Immobilienfonds, geschlossene 4 (22–24, 26, 29–33, 50)
- Indemnity 5 (45)
- Informationspflichten der Kreditinstitute/Zahlungsdienstleister
  - AO 1 (16)
  - Emissionsgeschäft 7 (66, 103)
  - Finanzdienstleistungen, allgemein 1 (3); 2 (33–44)
  - Finanzkommissionsgeschäft 8 (37, 42–44, 72f., 85, 89)
  - Forderungsabtretung 1 (22, 25f.)
  - gegenüber Privatpersonen 1 (22–27)
  - gegenüber staatlichen Stellen 1 (14–20)
  - GwG 1 (17)
  - Kreditwesengesetz 1 (16, 18); 2 (34)
  - Strafverfahrensrecht 1 (15); 2 (38)
  - Zahlungsdienste 6 (111, 130)
  - Zivilverfahrensrecht 1 (14); 2 (38); 9 (48)
- Inhaberpapier (s. auch Inhaberschuldverschreibung) 6 (16, 78); 9 (37)
- Inhaberschuldverschreibung (s. auch Inhaberpapier) 6 (72); 7 (22, 39, 49); 9 (7); 10 (28)
- Inkassogeschäft 6 (85–106)
  - Abtretung 6 (90, 102–104)
  - anwendbares Recht 6 (97–106)
  - Bankgeschäft 6 (85)
  - deliktische Ansprüche 6 (106)
  - Direktansprüche 6 (105f.)
  - dokumentäres Inkasso 6 (85)
  - Drittschadensliquidation 6 (94f., 102)
  - einfaches Inkasso 6 (85)
  - Einführung 6 (85)
  - Einreicherbank 6 (85, 88, 91–94, 101–105)
  - Einziehungsermächtigung der Bank 6 (90)
  - ERI 6 (86)
    - Rechtsnatur 6 (86)
    - Funktion 6 (85)
  - Geschäftsbesorgung 6 (88, 93–95, 101–103, 105)
  - Haftungsausschlussklauseln 6 (89, 92)
  - Insolvenz des Auftraggebers 6 (90)
  - Rechtswahl 6 (97, 101, 105)
  - Sachrecht 6 (87–96)
  - Substitution 6 (91–93, 95)
  - treuhänderische Übertragung an Bank 6 (90)
  - Vertrag mit Schutzwirkung zugunsten Dritter 6 (94f., 102)
  - Weiterleitung des Inkassoauftrags 6 (91, 102)
  - Wiener UN-Übereinkommen über den internationalen Warenkauf 6 (97–100, 103)
- Innenkonsortium (s. auch Konsortialkreditgeschäft und Emissionsgeschäft) 4 (66); 7 (10, 72)
- Innenprovision 8 (35a)
- Insiderhandelsverbot 1 (19, 27)
- Insolvenz (s. auch unter den jeweiligen Bankgeschäften)
  - Bargeldlose Zahlung 6 (25, 90, 139f., 162, 198, 250, 297)
  - Depotgeschäft 9 (24, 44–47, 71, 73, 99f.)
  - Einlagengeschäft 3 (28, 43f., 49)
  - Emissionsgeschäft 7 (54)
  - Finanzkommissionsgeschäft 8 (55–57, 83)
  - Garantiegeschäft 5 (52f., 68, 98f.)

- Investmentgeschäft 10 (14d)
- Kreditgeschäft 4 (33)
- Lastschrift 6 (297, 300a)
- Inspire Art 6 (27 Fn.); 7 (73)
- Interbankenhandel 8 (48, 54)
- Interchange (s. auch Kreditkarte) 6 (235, 238)
- Interessenkonflikt, Vermeidung von 8 (34–36, 40, 78); 9 (41); 10 (18, 30, 46a)
- Interessenwahrungspflicht 5 (67, 77); 8 (13, 34–36, 66f., 78)
- Intermediär, s. Zwischenverwahrer, Depotgeschäft
- Internalisierer, systematischer 8 (8 Fn.)
- Internationaler Währungsfonds 4 (76, 78)
- Internationales Privatrecht, s. anwendbares Recht sowie die jeweiligen Bankgeschäfte, – anwendbares Recht
- Investmentaktiengesellschaft 10 (2, 4, 9, 11, 13–15, 17–21, 46, 46a, 50f., 56–63, 65, 74)
  - Anlageaktionär 10 (14b, 46)
  - Bezugsrecht 10 (14b)
  - Einführung 10 (13–15)
  - Erlaubnis 10 (15)
  - fixes Kapital 10 (11, 14)
  - Gesellschaftskapital 10 (11, 14, 14a, 14b)
  - Kapitalausstattung 10 (14, 15)
  - Satzungsstrenge 10 (14c)
  - Teilgesellschaftsvermögen 10 (14d, 15)
  - Umbrella-Konstruktion 10 (14d, 15)
  - Unternehmensaktionär 10 (14b)
  - veränderliches Kapital 10 (11, 14, 14a, 14b)
- Investment Banking, Begriff Vor 3 (1)
- Investmentdreieck 10 (18–21)
- Investmentfonds
  - geschlossen 10 (1, 3, 7 Fn., 11, 18 Fn.)
  - offen 10 (1, 3, 5, 7f., 11, 74)
- Investmentgeschäft 10 (1–76)
  - actio pro socio 10 (41, 43, 46b, 47)
  - AIFM-Richtlinie 10 (1, 56, 61, 74, 76)
  - AIFM-Umsetzungsgesetz 10 (1)
  - Anlagebedingungen 10 (4, 12, 14c, 14d, 24f., 32f., 35, 38f., 41, 46a, 52, 63, 74)
  - Anleger
    - – professionell 10 (3, 7, 11, 63, 69, 72)
    - – semiprofessionell 10 (3, 7, 11, 63, 69, 72)
  - Anteilinhaber 10 (22–28, 34–44, 47–49, 58f., 67)
  - Anteilschein 10 (12, 25, 28, 31, 53, 55)
  - anwendbares Recht 10 (51–62)
  - Anzeige, Vertrieb 10 (5, 64, 70f., 73, 76)
  - Bezugsrecht, Investmentaktiengesellschaft 10 (14b)
    - Bruchteilsgemeinschaft 10 (26, 39, 42 Fn., 48 Fn.)
    - Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht 10 (2, 9f., 14c, 15, 25, 29, 36, 54, 62, 65, 71, 73f., 76)
    - Erlaubnis 10 (2, 10, 15)
    - Finanzdienstleistung 10 (2, 15, 55)
    - Europäischer Pass 10 (5, 10, 29, 64, 70)
    - Fernabsatz von Finanzdienstleistungen 10 (55)
    - Fondsmanager 10 (3, 9, 67)
    - Fondstyp, Sondervermögen 10 (6, 76)
    - Gesamthand 10 (39)
    - Geschäftsbesorgungsvertrag 10 (25, 33, 46a, 52, 57)
      - – Investmentvertrag 10 (25, 52)
      - – Vertrag zwischen Investmentgesellschaft und externer KVG 10 (46a)
      - – Vertrag zwischen Investmentgesellschaft und Verwahrstelle 10 (33, 57)
    - Gesellschaftskapital 10 (14, 14a)
    - Gewinnanteil 10 (35)
    - Haftungsansprüche der Anleger 10 (40–50)
      - – gegen Investmentgesellschaft 10 (45–46b)
      - – gegen Kapitalverwaltungsgesellschaft 10 (40–46b)
      - – gegen Verwahrstelle 10 (47–50)
    - Hedgefonds 10 (6–8, 12, 30, 39)
      - – Dach-Hedgefonds 10 (6, 8, 10, 30, 39)
    - Investmentaktiengesellschaft 10 (2, 4, 9, 11, 13–15, 17–21, 46, 46a, 50f., 56–63, 65, 74)
      - – Anlageaktionär 10 (14b, 46)
      - – Bezugsrecht 10 (14b)
      - – Einführung 10 (13–15)
      - – Erlaubnis 10 (15)
      - – fixes Kapital 10 (11, 14)
      - – Gesellschaftskapital 10 (11, 14, 14a, 14b)
      - – Kapitalausstattung 10 (14, 15)
      - – Satzungsstrenge 10 (14c)
      - – Teilgesellschaftsvermögen 10 (14d, 15)
      - – Umbrella-Konstruktion 10 (14d, 15)
      - – Unternehmensaktionär 10 (14b)
      - – veränderliches Kapital 10 (11, 14, 14a, 14b)
    - Investmentdreieck 10 (18–21)
    - Investmentfonds
      - – geschlossen 10 (1, 3, 7 Fn., 11, 18 Fn.)
      - – offen 10 (1, 3, 5, 7f., 11f., 74)
    - Investmentkommanditgesellschaft 10 (11, 18, 21, 46)

## Sachregister

- Investmentvermögen
  - – ausländisches 10 (4a, 63–76)
  - – Begriff 10 (2f.)
  - – EU-Investmentvermögen 10 (9)
  - – inländisches 10 (4–7, 9, 11)
- Investmentvertrag
  - – anwendbares Recht 10 (52f., 55, 61)
  - – Sachrecht 10 (22, 25, 40, 42)
- Investmentzertifikat, s. Investmentgeschäft, – Anteilschein
- Kapitalverwaltungsgesellschaft (s. auch Verwaltungsgesellschaft)
  - – AIF-Kapitalverwaltungsgesellschaft 10 (9f., 41)
  - – Begriff 10 (2)
  - – Europäischer Pass 10 (10)
  - – externe 10 (2, 9, 15, 18, 21, 46a, 52, 61)
  - – interne 10 (2, 9, 14, 14b, 15, 17f., 21, 45, 46a, 46b)
  - – OGAW-Kapitalverwaltungsgesellschaft 10 (9, 19, 41)
  - – Vergütungsanspruch 10 (24)
  - – Miteigentumslösung 10 (26, 28, 39)
  - – OGAW-Richtlinie 10 (1, 3f., 5, 10f., 56, 58f., 61, 64, 70f., 76)
  - – Outsourcing 10 (19, 51, 60f.)
  - – Portfoliomanagement 10 (19, 60)
  - – Primebroker 10 (30, 30a, 30b, 51, 60–62)
  - – Private Equity Fonds 10 (7 Fn.)
  - – Prospekthaftung 10 (66)
  - – Rechtswahl
    - – Einschaltung Dritter 10 (60)
    - – Investmentgesellschaft – Verwahrstelle 10 (57, 75)
    - – Investmentvertrag 10 (52, 54)
    - – Verbraucherschutz und Rechtswahl 10 (53–55)
    - – Verwaltungsgesellschaft – Verwahrstelle 10 (57, 75)
  - – Sachrecht 10 (1–50, 63–76)
  - – Schaubild
    - – Investmentaktiengesellschaft, intern verwaltet 10 (17)
    - – Sondervermögen 10 (16)
    - – Sondervermögen 10 (4a, 6, 8, 10–12, 22–28, 39–44)
    - – Begriff 10 (12)
    - – open-end-Prinzip 10 (12)
    - – Publikums-Sondervermögen 10 (3, 8, 11, 12 Fn., 14, 29, 30a)
    - – richtlinienkonforme Sondervermögen 10 (5f., 10, 52 Fn., 58f., 64, 70f.)
  - – Spezial-Sondervermögen 10 (6f., 8 Fn., 12 Fn., 25 Fn., 30a)
  - – Stimmrechtsausübung 10 (14b, 22)
  - – Surrogation 10 (27, 42)
  - – Treuhandlösung 10 (26, 28, 39, 42, 48)
  - – Typenzwang, Sondervermögen 10 (6)
  - – Venture Capital Fonds 10 (7 Fn.)
  - – Vertrag zugunsten Dritter 10 (35, 37, 57)
  - – Vertrieb 10 (63–76)
    - – ausländisches Investmentvermögen 10 (66–76)
    - – EU-OGAW 10 (70f.)
  - – Verwahrstelle 10 (29–38, 47–50, 57–62, 65, 75)
    - – anwendbares Recht 10 (57–62)
    - – ausländisches Investmentvermögen 10 (65, 75)
    - – inländisches Investmentvermögen 10 (29–38, 47–50)
  - – Verwaltungsgesellschaft (s. auch Kapitalverwaltungsgesellschaft) 10 (2, 5, 10f., 30a, 31, 37, 51–55, 58–61, 65–67, 69, 71, 73–75)
  - – Widerrufsrecht des Verbrauchers 10 (54)
  - – Zielfonds 10 (8)
- Investmentkommanditgesellschaft 10 (11, 18, 21, 46)
  - geschlossene 10 (11)
  - offene 10 (11)
- Investmentvermögen, s. Investmentgeschäft, – Investmentvermögen
- Investmentvertrag
  - anwendbares Recht 10 (52f., 55, 61)
  - Sachrecht 10 (22, 25, 40, 42)
- Investmentzertifikat, s. Anteilschein
- IPO (Initial Public Offering) 7 (33)
- Issuing-Processing-Unternehmen 6 (235)
- Kapitalverwaltungsgesellschaft (s. auch Investmentgeschäft, Verwaltungsgesellschaft)
  - AIF-Kapitalverwaltungsgesellschaft 10 (9f., 41)
  - Begriff 10 (2)
  - Europäischer Pass 10 (10)
  - externe 10 (2, 9, 15, 18, 21, 46a, 52, 61)
  - interne 10 (2, 9, 14, 14b, 15, 17f., 21, 45, 46a, 46b)
  - OGAW-Kapitalverwaltungsgesellschaft 10 (9, 19, 41)
- Kick-back-Vereinbarung 8 (35a)
- Kollisionsrecht, s. anwendbares Recht

- Kommissionsvertrag, s. Finanzkommissionsgeschäft
- Konsortialführer
- Emissionsgeschäft 7 (6f., 9–17, 19, 21, 52, 68, 72f., 75, 77)
  - Konsortialkreditgeschäft 4 (60f., 65f., 70f., 74, 81)
- Konsortialkreditgeschäft 4 (57–81)
- anwendbares Recht 4 (71–81)
  - – Konsortialkreditvertrag 4 (73–79)
  - – Konsortialverhältnis 4 (71f.)
  - Besicherung
  - – anwendbares Recht 4 (80f.)
  - – Sachrecht 4 (70)
  - Einführung 4 (57f.)
  - Euromarkt 4 (58, 64, 68)
  - Konsortialführer 4 (60f., 65f., 70f., 74, 81)
  - Konsortialvertrag (s. auch Konsortialkreditgeschäft, -Konsortium) 4 (59–65, 71f.)
  - Kreditkonsortium 4 (60–63, 65, 67, 74)
  - – Außenkonsortium 4 (66)
  - – BGB-Gesellschaft 4 (59–64, 71f.)
  - – dezentralisiertes Kreditkonsortium 4 (60–63, 67, 74)
  - – Geschäftsführung 4 (61)
  - – Haftung 4 (62, 67)
  - – Innenkonsortium 4 (66)
  - – Vertretung 4 (61)
  - – zentralisiertes Kreditkonsortium 4 (60–63, 67, 74)
  - Negative Pledge Clause 4 (68)
  - Pari Passu Clause 4 (68)
  - Sachrecht 4 (59–70)
  - – Konsortialkreditvertrag 4 (66–69)
  - – Konsortialverhältnis 4 (59–65)
  - Sharing Clause 4 (64)
  - Sicherheit, s. Konsortialkreditgeschäft, – Besicherung
  - Syndicated Loan Agreement 4 (57)
- Konsortium, s. Emissionskonsortium, Kreditkonsortium, Emissionsgeschäft, Konsortialkreditgeschäft
- Konto pro Diverse 3 (50)
- Kontoinformationsdienst(leister) 6 (110f.)
- Kontoinhaberschaft 3 (26f.)
- KöB-Gesellschaft 3 (31)
- Kontokorrentkredit 3 (13); 4 (8 Fn., 9); 6 (7, 224)
- Kontokorrentverhältnis
- abstraktes Schuldanerkenntnis/Schuldversprechen 3 (12); 6 (245)
  - Novation 3 (12)
  - Periodenkontokorrent 3 (11)
  - Rechnungsabschluss 3 (11, 22f.); 6 (243, 245)
  - Saldoanerkenntnis 3 (11–13); 6 (243)
  - Staffellokontokorrent 3 (11)
  - Verfügungsmöglichkeit 3 (10f.)
  - Verrechnung 3 (10f.)
- Kontostammdaten 1 (16, 18)
- Kontoverbindung (s. auch Depotvertrag, Girovertrag)
- gegenseitige 9 (58, 60, 69, 85f.)
- Kontrahierungszwang
- allgemeiner Bankvertrag 1 (2)
  - Finanzkommissionsgeschäft 8 (29–31)
  - Girokonto 3 (9)
- Korrespondenzbank, s. Akkreditiv, Wechsel, Scheck, – Reisescheck, Überweisung
- Kraftloserklärung 6 (76); 9 (40 Fn.)
- Krediteröffnungsvertrag 4 (6–9, 69)
- Kreditgeschäft 4 (1–81)
- Akzeptkredit 4 (2, 4)
  - anwendbares Recht 4 (36–56)
  - – Verbraucherschutz 4 (44–56)
  - – – Art. 6 Rom I 4 (44–50)
  - – – Art. 46b EGBGB 4 (51f.)
  - – – Art. 9 Rom I 4 (53–56)
  - – vertragscharakteristische Leistung 4 (41–43)
  - Beratungspflichten 4 (10, 10a)
  - Bereitstellungszinsen 4 (6)
  - Disagio 4 (13)
  - Dispositionskredit 3 (13); 4 (8 Fn., 9); 6 (7, 224)
  - Einwendungsdurchgriff 4 (19, 29–35, 49f., 52)
  - Haftungskredit 4 (2f.); 5 (1, 3)
  - Hypothekendarlehen, s. Kreditgeschäft, Realkredit
  - Konsensualvertrag 4 (5)
  - Konsortialkreditgeschäft, s. Konsortialkreditgeschäft
  - Kontokorrentkredit 3 (13); 4 (8 Fn., 9); 6 (7, 224)
  - Krediteröffnungsvertrag 4 (6–9, 69)
  - Kündigungsmöglichkeit des Darlehensnehmers bei befristeten Darlehen 4 (11–14)
  - Lombardkredit 4 (9)
  - offene Kreditlinie (s. Dispositionskredit)
  - Pfandbriefbank 4 (9)
  - Pfändung 4 (8)
  - Realkredit 4 (9, 33f., 42f.)
  - Realvertrag 4 (5)

## Sachregister

- Sachrecht 4 (1–35)
- Überziehungskredit (s. Kreditgeschäft, – Kontokorrentkredit)
- Verbraucherdarlehen (s. auch Verbraucherdarlehen) 4 (4, 9f., 15–35, 49)
- Verbraucherkredit, s. Verbraucherdarlehen
- Vorfälligkeitsentschädigung 4 (13f.)
- Widerrufsdurchgriff 4 (19, 23–28, 34, 49f., 52)
- Widerrufsrecht 4 (17, 24, 28f., 34f., 49, 51)
- Zahlungskredit 4 (2f.)
- Kreditkarte 6 (230–287)
  - abstraktes Schuldversprechen 6 (243, 245f., 249–252, 256f., 259, 269)
  - Abtretung 6 (246f., 249f., 252, 258, 274f., 281)
  - Acquirer 6 (233, 235, 238, 247, 253f., 269–271, 286)
  - Acquiring-Unternehmen, s. Kreditkarte, – Acquirer
  - Anweisung 6 (239f.)
  - anwendbares Recht 6 (264–282)
  - Autorisierung 6 (233, 239, 257)
  - Belastungsbeleg 6 (234, 239f., 252, 260, 268)
  - Einwendungen 6 (243–245, 256–263, 281f.)
  - Einwendungsdurchgriff 6 (263)
  - Erfüllung 6 (268)
  - Fälschung 6 (242, 247)
  - Forderungskauf 6 (246–252, 258, 273–275)
  - Garantievertrag 6 (246, 249f., 252)
  - Geschäftsbesorgungsvertrag 6 (234, 239, 277, 281)
  - Interchange 6 (235, 238)
  - Issuing-Processing-Unternehmen 6 (235)
  - Leistung an Erfüllungs Statt 6 (268)
  - Leistung erfüllungshalber 6 (234, 268)
  - Lizenz, Lizenzgeber 6 (235, 237f., 270f., 278)
  - Mailorder-Verfahren 6 (233, 253f.)
  - MasterCard 6 (270f.)
  - Mehrpersonenverhältnis 6 (235, 237f., 270f., 286)
  - Missbräuchliche Kartennutzung 6 (242, 247, 252–255)
  - Rahmenvertrag 6 (233f., 236–239, 246, 256, 269)
  - Rechtliche Einordnung des Vertrags zwischen Kartenemittent und Vertragsunternehmen 6 (246f., 249f., 252, 258, 274f., 281)
  - Rechtsmissbrauch 6 (259, 261f.)
  - Rechtswahl
    - Verbraucherschutz und Rechtswahl 6 (267f., 278–280, 282)
    - vorrangige Maßgeblichkeit der Rechtswahl 6 (264, 269, 274, 277)
  - Rückforderungsklausel 6 (261f.)
  - Sachrecht 6 (230–263)
  - Schaubild Grundkonstellation 6 (236)
  - Schaubild Modifikation 1: Einschaltung eines Lizenznehmers als Kartenemittent 6 (237)
  - Schaubild Modifikation 2: Einschaltung eines Acquirers 6 (238)
  - Sperranzeige 6 (242)
  - Verlustanzeige 6 (242)
  - Vertrag zugunsten Dritter 6 (234)
  - Widerrufsrecht 6 (239–241, 257)
  - Wiener UN-Übereinkommen über den internationalen Warenkauf 6 (265)
  - Zahlungsdienste 6 (232, 251, 277, 284)
  - Zahlungsdienstnehmervertrag 6 (234, 239)
  - Zahlungsdienstnutzer 6 (239)
- Kreditkonsortium 4 (60–63, 65, 67, 74)
  - Außenkonsortium 4 (66)
  - Beitragspflicht 4 (60)
  - BGB-Gesellschaft 4 (59–64, 71f.)
  - dezentralisiertes Kreditkonsortium 4 (60–63, 67, 74)
  - Geschäftsführung 4 (61)
  - Haftung 4 (62, 67)
  - Innenkonsortium 4 (66)
  - Vertretung 4 (61)
  - zentralisiertes Kreditkonsortium 4 (60–63, 67, 74)
- Kreditwürdigkeitsprüfung 4 (10a)
- Kundenauthentifizierung 6 (188, 242, 255 Fn.)
- Kundendepot 9 (69)
- Kundenkennung, Maßgeblichkeit 6 (114f., 127, 132)
- Kurspflege 7 (5, 9, 23, 34)
- Kursstabilisierung (s. auch Greenshoe, Kurspflege) 7 (35f.)
- Lastschrift, s. SEPA-Lastschrift
- Leerverkauf 1 (19); 10 (7f., 30)
- Leistung an Erfüllungs Statt
  - Begründung der Forderung aus Anleihe 7 (22)
  - Debitkarte 6 (198, 207)
  - Kreditkarte 6 (268)

- Leistung erfüllungshalber 3 (12); 5 (12, 26, 33); 6 (24, 73, 198, 207, 234, 268); 9 (68)  
 – Akkreditiveröffnung 5 (12, 26, 33)  
 – Debitkarte 6 (198)  
 – Kreditkarte 6 (234)  
 Leistungsgefahr 9 (66)  
 Lex causae 2 (8); 5 (30, 108); 8 (81a)  
 – Eingriffsnormen der lex causae 8 (81a)  
 Lex rei sitae  
 – Geldautomatensystem 6 (229)  
 – Scheck 6 (63)  
 – Sicherungsrechte 4 (43, 80); 5 (110); 9 (96–98)  
 – Wechsel 6 (36, 41)  
 – Wertpapierrechtsstatut 9 (52)  
 – Wertpapiersachstatut 9 (84–87)  
 Lombardkredit 4 (9)
- MAC, s. Material Adverse Change Clause  
 Maestro (s. auch Debitkarte) 6 (185, 193, 204, 211 f., 215, 226)  
 Mailorder-Verfahren (s. auch Kreditkarte) 6 (233, 253 f.)  
 Markets in Financial Instruments Directive, s. MiFID  
 Markt  
 – Freiverkehr 1 (19); 2 (37); 7 (61, 69); 8 (8 Fn., 48, 54, 82)  
 – organisierter 1 (19); 2 (37); 7 (57, 87); 8 (3, 11)  
 – regulierter 1 (19); 2 (37); 7 (58, 61, 67 f., 87, 94); 8 (48); 9 (55)  
 Märkte für Finanzinstrumente, Richtlinie, s. MiFID  
 Marktmanipulation, Verbot der 1 (19); 7 (34, 36)  
 Marktschutzvereinbarung 7 (38)  
 MasterCard 6 (211, 226–228, 270 f.)  
 Material Adverse Change Clause 7 (28)  
 Mehrzuteilungsoption, s. Greenshoe  
 Meldepflichten der Kreditinstitute 1 (19 f.); 2 (37)  
 MiFID 8 (24, 33, 35a, 38c, 39, 40, 63, 72, 75 f., 79, 82, 86 f.)  
 – MiFID II 1 (19); 8 (24, 33, 38, 38b, 38c, 39, 39a, 40, 63, 72, 75–77, 79, 82)  
 Miteigentümergeinschaft, s. Bruchteils-gemeinschaft  
 Miteigentümlösung (s. auch Investment-geschäft) 10 (26, 28, 39)  
 Mitgläubigerschaft 3 (32); 10 (42, 48)  
 Multilaterales Handelssystem 8 (8, 11)
- Nachdisposition 3 (15); 6 (291)  
 Negative Pledge Clause 4 (68); 7 (40)  
 Netzvertrag 6 (165, 179 f.)  
 Novation 3 (12)
- Oder-Konto 3 (36–40)  
 – Pfändung 3 (39 f.)  
 OGAW-Richtlinie (s. auch Investmentge-schäft, – Sondervermögen, – richtlinien-konforme) 10 (1, 3 f., 5, 10 f., 56, 58 f., 61, 64, 70 f., 76)  
 one-leg transaction 6 (112)  
 Opposition, Sammeliste mit Opposition belegter Wertpapiere 9 (40)  
 Optionsgeschäft 8 (3, 86 f.)  
 Optionsschein 8 (6 Fn., 85, 88, 90); 9 (40)  
 Orderpapier  
 – anwendbares Recht 7 (79)  
 – Investmentzertifikat 10 (28)  
 – Reisescheck 6 (68, 72, 77 f.)  
 – Sammelverwahrbarkeit 9 (37)  
 – Scheck 6 (45)  
 – Wechsel 6 (2)  
 – Zweitverbriefung 9 (57)  
 Organisationspflichten 8 (36, 78)  
 Organisierter Markt, s. Markt, – organisier-ter  
 Organisiertes Handelssystem 8 (8 Fn.)  
 Organismen für gemeinsame Anlagen in Wertpapieren, s. Investmentgeschäft, OGAW-Richtlinie  
 Outsourcing 1 (23); 10 (19, 51, 60 f.)
- Pari Passu Clause 4 (68); 7 (40)  
 Parteiautonomie, s. Rechtswahl  
 Periodenkontokorrent 3 (11)  
 Pfandbriefbank 4 (9)  
 Pfandbriefgeschäft  
 – Bankgeschäft 4 (9)  
 – Pfandbriefbank 4 (9)  
 Pfändung  
 – Dispositionskredit 4 (8)  
 – Oder-Konto 3 (39 f.)  
 – offene Kreditlinie 4 (8)  
 – Tagessaldo 3 (13)  
 – Überziehungskredit 4 (8)  
 – Und-Konto 3 (35)  
 – Wertpapiere, girosammelverwahrte 9 (48 f., 70)  
 Pfändungsschutzkonto 3 (10, 49a)  
 Pflichtenkollisionen 2 (39–44)  
 Phishing 6 (159)

- PIN
- electronic-cash-System 6 (185–191, 200)
  - Geldautomatensystem 6 (211, 216)
  - Kreditkarten 6 (233, 242)
  - Überweisung 6 (159 Fn.)
- Platzierungsgeschäft 7 (2, 27)
- Point of Sale, s. Electronic-cash-System
- Portfoliomanagement 10 (19, 60)
- POZ-System 6 (208–210)
- Präsenzhandel 8 (12)
- Preisaufschlagsverbot 6 (112a, 234)
- Preisfindung
- Emissionsgeschäft 7 (29–33)
- Preisgefahr 9 (66)
- Preislimit 8 (13f.)
- Primebroker 10 (30, 30a, 30b, 51, 60–62)
- Private Equity Fonds 10 (7 Fn.)
- Prospekterlasser 7 (68f.)
- Prospekthaftung 4 (30); 7 (12, 14, 28, 51, 57–65, 68–70, 87–99, 104); 10 (66)
- allgemeine zivilrechtliche 7 (63–65, 70, 99, 104)
  - Emissionsbegleiter 7 (68)
  - Emissionsgeschäft 7 (12, 14, 28, 51, 57–65, 68–70, 87–99, 104)
  - Investmentgeschäft 10 (66)
  - Prospekterlasser 7 (68f.)
  - Prospektpflicht 7 (57f., 61f., 65, 69, 87, 98f., 104)
  - Prospektveranlasser 7 (68f.)
- Prospektpflicht 7 (57f., 61f., 65, 69, 87, 98f., 104)
- Prospektveranlasser 7 (68f.)
- Prospektverordnung 7 (57, 58, 61, 67 Fn., 69, 87f., 92f., 97–99)
- Provision
- Bereitstellungsprovision 4 (6)
  - Depotgeschäft 9 (42)
  - Emissionsgeschäft
    - – Börseneinführungsprovision 7 (14)
  - Finanzkommissionsgeschäft 8 (18, 35, 35a, 35b)
    - – Innenprovision 8 (35a, 35b)
    - französisches Recht 6 (25, 59)
    - Konsortialkreditgeschäft 4 (60)
- Prüfungspflicht 4 (10a); 9 (59, 61, 89)
- Publikums-Sondervermögen 10 (3, 8, 11, 12 Fn., 14, 29, 30a)
- Put-Option 8 (86)
- Qualifikation 2 (7)
- Rahmenvertrag, s. auch Zahlungsdienstere Rahmenvertrag
- allgemeiner Bankvertrag als Rahmenvertrag 1 (2)
  - Girovertrag als Rahmenvertrag 3 (16)
  - Kreditöffnungsvertrag als Rahmenvertrag 4 (7)
  - Kreditkartengeschäft 6 (233f., 236–239, 246, 256, 269)
- Realkredit 4 (9, 33f., 42f.)
- Rechnungsabschluss 3 (11, 22f.); 6 (243, 245)
- Rechtswahl
- Akkreditiv
    - – vorrangige Maßgeblichkeit der Rechtswahl 5 (22f., 29f., 38f.)
  - allgemein, bankrechtliche Verträge 2 (2, 4f., 16f.)
    - – Inhaltskontrolle 2 (18–24)
    - – nachträgliche 2 (29)
    - – Wirksamkeit 2 (17)
  - Bürgschaft
    - – vorrangige Maßgeblichkeit der Rechtswahl 5 (103f., 106f.)
  - Debitkarten 6 (199, 203, 205f.)
  - Depotgeschäft
    - – Anwendbarkeit von § 22 DepotG 9 (62)
    - – Gutschrift in Wertpapierrechnung 9 (79f., 92)
    - – Haager Übereinkommen (über Intermediär-verwahrte Wertpapiere) 9 (93)
    - – Treuhand 9 (92)
    - – Wertpapierrechtsstatut 9 (52)
  - Einlagengeschäft
  - Verbraucherschutz und Rechtswahl 3 (58–74)
    - – vorrangige Maßgeblichkeit der Rechtswahl 3 (52, 58, 67)
  - Emissionsgeschäft
    - – Anleihebedingungen, Wirksamkeit der Rechtswahl 7 (79, 82–85)
    - – Gläubigerorganisation 7 (86)
    - – Konsortialverhältnis 7 (74f.)
    - – Prospekthaftung 7 (92f., 96f., 99)
    - – Rechtsverhältnis Anleger – Konsorte 7 (100f.)
    - – Übernahmevertrag 7 (76)
    - – Wertpapierrechtsstatut 7 (79, 81); 9 (52)
  - Finanzkommissionsgeschäft
    - – Verbraucherschutz und Rechtswahl 8 (68–70)
    - – vorrangige Maßgeblichkeit der Rechtswahl 8 (59, 65, 68, 82)

- Garantie
  - - vorrangige Maßgeblichkeit der Rechtswahl 5 (69f., 73, 75, 79, 82)
- Geldautomatensystem 6 (225, 227)
- Inkassogeschäft 6 (97, 101, 105)
- Investmentgeschäft
  - - Einschaltung Dritter 10 (60)
  - - Investmentgesellschaft – Verwahrstelle 10 (57, 75)
  - - Investmentvertrag 10 (52, 54)
  - - Verbraucherschutz und Rechtswahl 10 (53–55)
  - - Verwaltungsgesellschaft – Verwahrstelle 10 (57, 75)
- Konsortialkreditgeschäft
  - - Konsortialverhältnis 4 (71f.)
  - - zugunsten des US-amerikanischen Rechts 4 (75)
- Kreditgeschäft
  - - Verbraucherschutz und Rechtswahl 4 (44–56)
  - - vorrangige Maßgeblichkeit der Rechtswahl 4 (38–40, 48, 51)
- Kreditkarten
  - - Verbraucherschutz und Rechtswahl 6 (267f., 278–280, 282)
  - - vorrangige Maßgeblichkeit der Rechtswahl 6 (264, 269, 274, 277)
- Reisescheck 6 (78, 80f., 84)
- Scheckrecht 6 (58)
- Überweisung
  - - US-amerikanisches Recht 6 (166)
  - - vorrangige Maßgeblichkeit der Rechtswahl 6 (168, 170, 172, 178)
- Wechsel 6 (36, 39–43)
- Regress, s. Rückgriff
- Regulierter Markt, s. Markt, – regulierter
- Reisescheck 6 (66–84)
  - Abhandenkommen 6 (74–76)
  - Akzept 6 (69)
  - Anweisung 6 (67, 69, 71–73)
  - anwendbares Recht 6 (77–84)
  - Aufgebotsverfahren 6 (76)
  - Aufwendungsersatz 6 (74–76)
  - Aussteller 6 (68f., 71f., 78)
  - Bankgeschäft 6 (66)
  - Einlösestelle 6 (66, 73, 77–79)
  - Einwendungen 6 (73, 79)
  - Emittent 6 (66, 69–84)
  - Fälschung 6 (79)
  - Form 6 (72)
  - Funktion 6 (66)
  - Geschäftsbesorgung 6 (74, 82, 84)
  - Grundverhältnis 6 (73)
  - gutgläubiger Erwerb 6 (68, 71, 73)
  - Kraftloserklärung 6 (76)
  - Orderpapier 6 (68, 72, 77f.)
  - Rechtsnatur 6 (67–72)
  - Rechtswahl 6 (78, 80f., 84)
  - Sachrecht 6 (66–76)
  - Verbraucherschutz 6 (81–84)
  - Verlust 6 (74–76)
  - Verpflichtungsschein an Order 6 (72f.)
  - Wertpapierrechtsstatut 6 (77f.)
- Rembourskredit 6 (4)
- Remittent 6 (1, 15, 20, 25, 38)
- Rentenhandel 8 (21)
- Renvoi 2 (3)
- Repos 9 (36)
- RGTS-System 6 (121)
- Rückforderungsklausel 6 (261f.)
- Rückgarantie 5 (81–85)
- Rückgriff
  - Garantiegeschäft
    - - Bürgen gegen Hauptschuldner 5 (99)
    - - Garantiebank gegen Garantierauftraggeber 5 (52f.)
  - Scheck 6 (45, 50f., 53, 61)
  - Überweisung, Rückgriffsansprüche der Zahlungsdienstleister 6 (147–150, 173f.)
  - Wechsel 6 (17, 25)
- Rückvergütung 8 (35a, 35b Fn., 43a Fn., 44 Fn.)
- Rückverweisung (s. Renvoi)
- Sammelliste mit Opposition belegter Wertpapiere 9 (40)
- Sammelverwahrung als Regelverwahrung 9 (11f.)
- Scalping 8 (35)
- Scheck 6 (44–84)
  - Akzept 6 (44, 50)
  - Anweisung 6 (44, 47)
  - anwendbares Recht 6 (57–65)
  - Ausstellungsort 6 (47, 51)
  - Fälschung 6 (55)
  - Form 6 (44, 47–49, 53, 60, 62, 63)
  - gekreuzter 6 (56, 64)
  - Grundverhältnis 6 (58f.)
  - gutgläubiger Erwerb 6 (55)
  - Orderpapier 6 (45)
  - Protest 6 (53, 63)
  - Rechtswahl 6 (58)
  - Reisescheck (s. auch Reisescheck) 6 (66–84)
  - Rückgriff 6 (45, 50f., 53, 61)

- Sachrecht 6 (44–56)
- Scheckbürgschaft 6 (45)
- Scheckklärung 6 (58, 60–65)
- Schecknehmer 6 (44, 50, 55 f.)
- Scheckrechtskreise 6 (44–46)
- – anglo-amerikanisches Scheckrecht 6 (46)
- – Genfer Scheckrecht 6 (46)
- – Unterschiede 6 (47–56)
- Teilzahlung 6 (54, 64)
- Verfälschung 6 (55)
- Verrechnungsscheck 6 (56, 64)
- Vorlegung(sfristen) 6 (45, 51–53, 64)
- Zahlungsort 6 (47, 49, 59, 61–64)
- Zinsklausel 6 (48)
- Schickschuld
- Benachrichtigungspflicht der Banken 9 (40 Fn.)
- Geldzahlungspflicht 6 (129, 168 f.)
- Schufa-Klausel 1 (21)
- Schuldverschreibungsgesetz 7 (54–56, 86)
- Vertragsvertreter 7 (55)
- Wahlvertreter 7 (55)
- Schuldversprechen, s. abstraktes Schuldversprechen
- Schutzwirkung zugunsten Dritter
- allgemein 1 (9)
- Emissionsgeschäft 8 (65)
- Inkassogeschäft 6 (94 f., 102)
- internationales Privatrecht 2 (32)
- Überweisung 6 (143, 155–157, 175 f., 178, 181)
- Schweigen (als Willenserklärung) 2 (15); 4 (37); 6 (243–245); 8 (26, 28)
- Selbstemission, s. Eigenemission
- SEPA 6 (107)
- SEPA-Lastschrift 6 (288–305)
- Anweisung 6 (289, 304)
- Anwendbares Recht 6 (302–305)
- Autorisierung 6 (289 f., 293, 296, 300, 304)
- Basis-Lastschriftverfahren (für Verbraucher) 6 (289, 292, 294, 296)
- Einführung 6 (288–290)
- Erfüllung (im Valutaverhältnis) 6 (296–300, 304)
- Erstattungsanspruch 6 (289 f., 293 f., 296 f., 299–301, 304)
- Firmen-Lastschriftverfahren 6 (290, 293, 296)
- Geschäftsbesorgungsvertrag 6 (291)
- Gestaltungsrecht 6 (294, 300 f., 304)
- Gutschrift(buchung) 6 (291, 296–300)
- Holschuld 6 (295)
- Insolvenz 6 (297)
- SEPA-Mandat 6 (289–293, 295 f., 299, 301 f., 304)
- – Widerrufsmöglichkeit 6 (292)
- Widerspruchsmöglichkeit 6 (297–299)
- SEPA-Überweisung (s. auch Überweisung) 6 (107, 142 f., 146, 178)
- SHARE-Regel 6 (112, 145)
- Sharing Clause 4 (64)
- Sicherungsrecht, gesetzliches (s. auch Verpfändung, Pfändung sowie die jeweiligen Bankgeschäfte) 9 (42 f., 95–98)
- Sichteinlagen 3 (5–7)
- Sitztheorie 6 (27); 7 (73 f., 81)
- Solawechsel 6 (1, 6)
- Sonderkonto 3 (41)
- Sondervermögen, s. Investmentgeschäft, – Sondervermögen
- Sonderverwahrung, sonderverwahrte Wertpapiere 9 (10, 12, 20, 88)
- Spareinlagen 3 (25)
- Sperranzeige 6 (188, 242)
- Sperrkonto 3 (47–49)
- Spezial-Sondervermögen 10 (6 f., 8 Fn., 12 Fn., 25 Fn., 30 a)
- Begriff 10 (6 Fn.)
- Staffelkontokorrent 3 (11)
- Stillhalter 8 (86, 88 Fn.)
- Stimmrecht(sausübung) 7 (55); 9 (41, 77); 10 (14 b, 22)
- Stornorecht 3 (22 f.)
- Streifbandverwahrung, s. Sonderverwahrung
- Stückverzeichnis 8 (46); 9 (20, 63)
- Substitution 2 (9); 9 (76)
- Surcharging 6 (112 a, 234)
- Surrogation
- Finanzkommissionsgeschäft 8 (56)
- Investmentgeschäft 10 (27, 42)
- Swap 8 (87)
- SWIFT 6 (122)
- Syndicated Loan Agreement (s. auch Konsortialkreditgeschäft) 4 (57)
- Tagessaldo 3 (11, 13, 17 f.)
- TARGET 6 (121)
- Teilfrage 2 (6 f.)
- Termineinlagen 3 (24)
- Termingeschäft, s. Finanztermingeschäft
- Transparenzgebot 2 (19); 7 (50, 79, 84 f.)
- Transparenz- und Publizitätsgesetz 7 (32)
- Tratte 5 (13, 19, 30); 6 (1, 4)
- Trennbankensystem Vor 3 (1)

- Treuhand
- Depotgeschäft 9 (71–73, 92)
  - Einlagengeschäft 3 (28, 41–45)
  - Investmentgeschäft 10 (26, 28, 39, 42, 48)
- Treuhanddepot 9 (71–73)
- Treuhandkonto 3 (28, 41–46)
- Treuhandlösung (s. auch Investmentgeschäft) 10 (26, 28, 39, 42, 48)
- Übereignung, s. Eigentumsübertragung
- Übereinkommen über unabhängige Garantien und Standby Letters of Credit 5 (50)
- Übernahmekonsortium (s. auch Emissionsgeschäft) 7 (2, 15)
- Übernahmevertrag 7 (7, 10, 15–17, 19, 22–26, 28f., 35, 52, 69, 76f., 79, 82)
- Überseering 6 (27 Fn.); 7 (73)
- Überweisung 6 (118–184)
- abweichende Regelungen 6 (142–145, 154)
  - – gegenüber Unternehmern 6 (142f.)
  - – Überweisungen in Drittstaaten 6 (144f., 154)
  - – Überweisungen in Drittstaatenwährungen 6 (144f., 154)
  - anwendbares Recht 6 (163–184)
  - Ausführungsfrist 6 (114, 126f., 145, 289, 291)
  - – allgemein 6 (114)
  - – Haftung bei Überschreitung 6 (129, 132–135, 137)
  - Autorisierung 6 (115, 136, 141)
  - Belastungsbuchung 3 (14); 6 (115, 134, 141f., 159f.)
  - Bereicherung, ungerechtfertigte 6 (115, 135, 158–162, 183f.)
  - – Bereicherungsausgleich bei fehlerhaften bzw. fehlenden Kausalverhältnissen 6 (158–162, 183f.)
  - – Bereicherungsausgleich bei fehlerhafter Kundenkennung 6 (115, 158a, 158b)
  - Bringschuld 6 (129, 168f.)
  - CHIPS 6 (166)
  - Direktansprüche 6 (143, 155–157, 174–182)
  - Drittschadensliquidation 6 (150, 175f., 178, 181)
  - Einführung 6 (118–123)
  - einseitige Weisung 6 (125f.)
  - Erfüllung durch Überweisung 6 (119)
  - Erstattungspflicht 6 (132–136)
  - Girovertrag 3 (5, 8f., 16, 21); 6 (113, 115, 125, 146, 151–153, 159, 161f., 165)
  - Grenzüberschreitende Überweisungen 6 (163–184)
  - – Drittstaaten 6 (108, 124, 144f., 154, 163, 174, 182)
  - Gutschrift(buchung) 6 (112, 115, 117, 127–129, 133, 151, 153, 159f., 172)
  - Haftung
  - – Empfängerbank 6 (153f.)
  - – überweisendes Institut 6 (132–145, 170f.)
  - – zwischengeschaltetes Institut 6 (146–150, 172–182)
  - Höhere Gewalt 6 (139f., 143)
  - Informationspflichten der Zahlungsdienstleister 6 (111, 130)
  - Insolvenz 6 (139f., 162)
  - Interbankenverhältnis 6 (146–150, 172–174)
  - – anwendbares Recht 6 (172–174)
  - – Sachrecht 6 (146–150)
  - Korrespondenzbankensystem 6 (110)
  - Kundenkennung, Maßgeblichkeit 6 (114f., 127, 132)
  - Modellgesetz für den internationalen Überweisungsverkehr 6 (167)
  - Nachforschungspflicht 6 (115)
  - Netzvertrag 6 (165, 179f.)
  - Rechtsharmonisierung 6 (107, 110, 163)
  - Rechtswahl
  - – US-amerikanisches Recht 6 (166)
  - – vorrangige Maßgeblichkeit der Rechtswahl 6 (168, 170, 172, 178)
  - Regressansprüche der Zahlungsdienstleister 6 (147–150, 173f.)
  - – Regresslücke 6 (173f.)
  - RTGS-System 6 (121)
  - Sachrecht 6 (118–162)
  - Schaubild 6 (123)
  - Schickschuld 6 (129, 168f.)
  - SWIFT 6 (122)
  - TARGET 6 (121)
  - Unternehmer als Zahlungsdienstnutzer 6 (109, 142f., 148, 154)
  - Vertrag mit Schutzwirkung zugunsten Dritter 6 (143, 155–157, 175f., 178, 181)
  - Vertrag zugunsten Dritter 6 (156)
  - Widerruf des Überweisungsauftrags 6 (114, 126, 131, 170)
  - Zahlungsauftrag 6 (125f.)
  - Zahlungsdienstlerichtlinie 6 (107, 110, 163)
  - Zahlungsdienstleistung 6 (110)
  - Zinsen 6 (116f., 129, 133, 137, 168 Fn., 173)
  - Zinsschaden 6 (116 Fn., 137)

- Überziehungskredit, s. Kontokorrentkredit
- UNCITRAL, s. United Nations Commission on International Trade Law
- Und-Konto 3 (32–35)
- Pfändung 3 (35)
- Ungerechtfertigte Bereicherung, s. Bereicherung, ungerechtfertigte
- UNIDROIT 9 (5)
- Genfer Wertpapier-Konvention 9 (5, 49)
- United Nations Commission on International Trade Law 5 (50); 6 (11–13, 167)
- Modellgesetz für den internationalen Überweisungsverkehr 6 (167)
- Modellgesetz zum internationalen Wechsel 6 (11–13)
- Übereinkommen über unabhängige Garantien und Standby Letters of Credit 5 (50)
- Universalbankensystem Vor 3 (1)
- UN-Kaufrecht, s. Wiener UN-Übereinkommen über Verträge über den internationalen Warenkauf
- Unterlassungsanspruch des Bankkunden
- Bankgeheimnis 1 (12)
- Zahlung der Garantiesumme 5 (67)
- Unternehmensaktionär 10 (14b)
- Upper tier attachment 9 (49)
- Venture Capital Fonds 10 (7 Fn.)
- Verbraucherdarlehen 4 (4, 9f., 15–35, 49); 6 (280)
- Allgemein-Verbraucherdarlehen 4 (10 Fn., 15, 17, 34f.)
- Anwendungsdurchgriff 4 (19f., 23 Fn., 29–31, 49f., 52)
- Form 4 (16)
- Immobilier-Verbraucherdarlehen 4 (10 Fn., 10a, 15, 17 Fn., 34)
- Immobilienfonds, geschlossene 4 (22–24, 26, 29–33, 50)
- Schadensersatzanspruch gegen Darlehensgeber 4 (33)
- verbundene Geschäfte, Begriff 4 (20–22)
- Widerrufsdurchgriff 4 (19, 23–28, 34, 49f., 52)
- Verbraucherrechtlichlinie 4 (15)
- Verbraucherschutz, s. die jeweiligen Bankgeschäfte, – anwendbares Recht
- Verfügungsrahmen 6 (185f., 188, 199, 214, 222, 224f., 242)
- Vergütungsgefahr 9 (66)
- Verhaltenspflichten der Kreditinstitute
- allgemeine 1 (1–28); 8 (30f.)
- internationaler Anwendungsbereich 2 (25–44)
- ausländische 2 (39–44); 8 (80–81a)
- WpHG 1 (19f., 27); 2 (37); 8 (32–44, 75–79)
- internationaler Anwendungsbereich 2 (37); 8 (75–79)
- Verjährung
- Anlageberatung, Ansprüche aus fehlerhafter 8 (44)
- Garantie, Ansprüche auf Aufwendungsersatz 5 (84)
- Kontokorrent 3 (11); 6 (243)
- Prospekthaftungsansprüche 7 (64)
- wechselrechtliche Ansprüche 6 (33)
- Verlust
- Debitkarte 6 (187f., 200–202)
- Kreditkarte 6 (242)
- Reisescheck 6 (74)
- Scheck 6 (64)
- Überweisungsbetrag 6 (132, 168)
- Verlustbeteiligung
- Emissionsgeschäft 7 (7, 21)
- Verlustverteilung
- Depotgeschäft 9 (75)
- Verlustzuweisung 4 (22)
- Vermögensverwaltung
- Finanzkommissionsgeschäft 8 (35b, 39)
- Investmentgeschäft 10 (2f., 23, 25, 42, 46a, 62)
- Verpfändung
- Besicherung von Krediten 4 (9, 70, 80f.)
- Forderung 4 (80f.); 9 (94)
- Gutschrift in Wertpapierrechnung 9 (94)
- Sperrkonto 3 (48)
- Wertpapiere, girosammelverwahrte 9 (36–38, 87)
- Verpfändungsermächtigung 9 (47)
- Verpflichtungsschein an Order 6 (72f.)
- Verrechnungsscheck 6 (56, 64)
- Vertrag mit Schutzwirkung zugunsten Dritter, s. Schutzwirkung zugunsten Dritter
- Vertrag zugunsten Dritter
- electronic-cash-System 6 (197)
- Emissionsgeschäft 7 (26, 52)
- Geldautomatensystem 6 (220)
- Investmentgeschäft 10 (35, 37, 57)
- Kreditkarte 6 (234)
- Überweisung 6 (156, 178 Fn.)
- Vertrieb (s. auch Investmentgeschäft) 10 (63–76)
- Vertriebsvergütung 8 (35a, 35b)

- Verwahrstelle (s. auch Depotgeschäft)  
 10 (29–38, 47–50, 57–62, 65, 75)  
 – Europäischer Pass 10 (29)  
 – Unterverwahrer 9 (76 Fn.); 10 (30, 30a, 30b, 60f.)
- Verwaltungsgesellschaft (s. auch Kapitalverwaltungsgesellschaft) 10 (2, 5, 10f., 30a, 31, 37, 51–55, 58–61, 65–67, 69, 71, 73–75)
- Verwässerungsschutzvereinbarung 7 (38)
- Vorfälligkeitsentschädigung 4 (13f.)
- Vorleistung 4 (4); 6 (87); 9 (97)
- Vorzugsweise Befriedigung, Recht auf 3 (49)
- Wandlungsrecht 7 (38); 9 (40)
- Wechsel 6 (1–43)  
 – Akzept 6 (1, 18, 34, 36, 41)  
 – – anwendbares Recht 6 (34, 36, 41)  
 – – Sachrecht 6 (1, 18)  
 – Akzeptantenwechsel 6 (7f.)  
 – Annahme, s. Akzept  
 – Anweisung 6 (1)  
 – Ausstellungsort 6 (12, 15, 25, 29, 32)  
 – Begebungsvertrag 6 (2, 36); 7 (44)  
 – Blankowechsel 6 (30, 34)  
 – Diskontgeschäft 4 (3); 6 (5, 7f.)  
 – Einführung 6 (1f.)  
 – Forfaitierung 6 (6)  
 – Form 6 (1, 13, 15, 17, 26f., 29–33, 40f.)  
 – – anwendbares Recht 6 (26f., 29–33, 40f.)  
 – – Sachrecht 6 (1, 13, 15, 17)  
 – Funktion 5 (13, 19); 6 (3–8)  
 – gezogener Wechsel, s. Wechsel, – Tratte  
 – Grundverhältnis 6 (1, 24f., 37–39)  
 – gutgläubiger Erwerb 6 (19–21, 29)  
 – Indossament, Indossant  
 – – anwendbares Recht 6 (34, 36, 39)  
 – – Sachrecht 6 (1, 5, 7, 17, 19)  
 – Kausalverhältnis, s. Grundverhältnis  
 – Korrespondenzbank 6 (4)  
 – Modellgesetz zum internationalen Wechsel 6 (11–13)  
 – Orderpapier 6 (2)  
 – Protest 6 (17, 33)  
 – Rechtswahl 6 (36, 39–43)  
 – Remittent, s. Wechsel, – Wechselnehmer  
 – Rückgriff 6 (17, 25)  
 – Solawechsel 6 (1, 6)  
 – Tratte 5 (13, 19, 30); 6 (1, 4)  
 – Übereignung 6 (16, 35f.)  
 – umgedrehter Wechsel 6 (7f.)  
 – Wechselbürgschaft 6 (34)  
 – Wechselserklärung 6 (26f., 29–37, 39–41)  
 – Wechselfähigkeit 6 (26–28)  
 – Wechselnehmer 6 (1, 15, 20, 25, 38)  
 – Wechselrechtskreise 6 (9)  
 – – anglo-amerikanischer Wechselrechtskreis 6 (14–21, 41–43)  
 – – Genfer Wechselrechtskreis 6 (6, 9, 11, 14–40)  
 – – Unterschiede 6 (14–21)  
 – Wechsel/Scheck-Verfahren 6 (7f.)  
 – Zahlungsort 6 (12, 15, 34)  
 – Zinsklausel 6 (13)  
 Wechsel/Scheck-Verfahren 6 (7f.)  
 Wechselbürgschaft 6 (34)  
 Wechselprotest 6 (17, 33)  
 Wechselrückgriff 6 (17)  
 Wertpapier, s. Anteilschein, Inhaberpapier, Orderpapier, Wertrecht  
 Wertpapierdienstleistungsrichtlinie (a. F.) 8 (33)  
 Wertpapierdienstleistungsunternehmen  
 – Begriff 8 (8 Fn.)  
 – Pflichten 1 (19f.); 2 (37); 8 (17, 32–44, 58, 65, 72–81a)  
 Wertpapierhandelsgesetz  
 – Meldepflichten 1 (19f.); 2 (37)  
 – Verhaltenspflichten 1 (19f., 27); 2 (37); 8 (17, 32–44, 65, 67, 75–81a)  
 – – internationaler Anwendungsbereich 2 (37); 8 (65, 67, 75–81a)  
 Wertpapier-Mitteilungen 9 (40, 77)  
 Wertpapierpensionsgeschäft 9 (36)  
 Wertpapierrechtsstatut 6 (77f.); 7 (78–81); 9 (51–54, 57, 84, 89)  
 Wertpapiersachstatut 9 (84–87)  
 Wertpapiersammelbank, s. Zentralverwahrer, Clearstream Banking AG  
 Wertpapierverwaltung 9 (3, 39–41, 59, 76–78, 61, 80)  
 – auslandsverwahrte Wertpapiere 9 (61, 76–78, 80)  
 – inlandsverwahrte Wertpapiere 9 (39–41, 59)  
 Wertrecht, unverbrieftes 8 (2, 6); 9 (4, 7, 19, 34, 90)  
 Wertstellung 6 (117, 127, 145, 151)  
 Widerrufsdurchgriff 4 (19, 23–28, 34, 49f., 52)  
 Widerrufsmöglichkeit/Widerrufsrecht  
 – Kreditgeschäft 4 (17, 24, 28f., 34f., 49, 51)  
 – Kreditkarten 6 (239–241, 267)  
 – Investmentgeschäft 10 (54)  
 – SEPA-Mandat 6 (292)  
 – Überweisung 6 (114, 126, 131, 170)

- Wiener UN-Übereinkommen über Verträge  
über den internationalen Warenkauf  
– Bargeldlose Zahlung 6 (97–100, 103, 206,  
265, 303)  
– Garantiegeschäft 5 (23–25, 70)  
Wohnimmobilienkreditrichtlinie 4 (10a, 15)
- Xetra 8 (8, 10, 21); 9 (25)
- Zahlungsauslösedienstleister 6 (110f., 125,  
126 Fn., 127, 130–132, 135, 141)  
Zahlungsdienste 6 (107–305), s. auch  
Debitkarte, electronic-cash-System,  
Elektronisches Lastschriftverfahren,  
Geldautomatensystem, Kreditkarte,  
SEPA-Lastschrift, Überweisung  
– allgemeine Regelungen 6 (107–117)  
– Anwendungsbereich 6 (108–110)  
– Aufwendungsersatzanspruch 6 (116)  
– Ausführungsfrist 6 (114)  
– Begriff 6 (110)  
– Debitkarte 6 (185–229)  
– – electronic-cash-System 6 (185–207)  
– – Elektronisches Lastschriftverfahren  
6 (208–210)  
– – Geldautomatensystem 6 (211–229)  
– Entgelt 6 (112)  
– Geldautomatensystem 6 (211–229)  
– Informationspflichten der Zahlungs-  
dienstleister 6 (111, 130)  
– Kreditkarte 6 (230–287)  
– Kundenkennung, Maßgeblichkeit der  
6 (114f., 127)  
– one-leg transaction 6 (112)  
– SEPA-Lastschrift 6 (288–305)  
– SHARE-Regel 6 (112, 145)  
– Überweisung 6 (118–184)  
– Wertstellung 6 (117, 127, 145, 151)  
– Zahlungsdienstleister 6 (111)  
– Zahlungsdienstnutzer 6 (111)  
– Zahlungskonto 3 (8)  
Zahlungsdiensterahmenvertrag 3 (5, 9, 17,  
21); 6 (113, 125, 151, 188, 234, 239, 291,  
301f., 305)  
Zahlungsdiensterichtlinie 6 (107, 110,  
163)  
– Zweite Zahlungsdiensterichtlinie 3  
(21); 6 (107, 110–112a, 114f., 118, 132, 137,  
139–143, 148f., 158b, 161, 163, 173f., 181,  
188, 190a, 216, 242, 289f., 294, 301b)
- Zahlungsdienstleister 6 (111)  
Zahlungsdienstnutzer 6 (111)  
Zahlungsinstrument 6 (125, 159 Fn., 185,  
188, 190a, 233, 242)  
Zahlungskarte, s. Debitkarte  
Zahlungskonto 3 (8f.)  
Zahlungsort  
– Scheck 6 (47, 49, 51, 59, 61–64)  
– Wechsel 6 (12, 15, 34)  
Zeichnung, Aktien 7 (19, 25–27, 77)  
Zentrale Gegenpartei 8 (10); 9 (25, 27)  
Zentralverwahrer (s. auch Clearstream  
Banking AG) 9 (2f., 13)  
– gegenseitige Kontoverbindungen 9 (60)  
Zentralverwahrerverordnung 9 (2 Fn., 4a, 8,  
60); 10 (29)  
Zielfonds 10 (8)  
Zinsen  
– allgemein 1 (23, 26)  
– Depotgeschäft  
– – bevorrechtigte Behandlung bei Inter-  
mediär-Insolvenz 9 (46)  
– Einlagengeschäft 3 (2)  
– Emissionsgeschäft 7 (45)  
– Finanzkommissionsgeschäft 8 (53 Fn.)  
– Konsortialkreditgeschäft 4 (60, 67, 70)  
– Kreditgeschäft 4 (6)  
– Überweisung 6 (116f., 129, 133, 137, 168  
Fn., 173)  
– – Zinsschaden 6 (116 Fn., 137)  
– Zahlung als Berührung zum Verbrau-  
cher-Aufenthaltsstaat 3 (61)  
Zinsschaden 6 (116 Fn., 137)  
Zinsschein 9 (40, 76)  
Zuständigkeit, gerichtliche 2 (11f.)  
Zwangsvollstreckung (s. auch die jeweiligen  
Bankgeschäfte)  
– Depotgeschäft 9 (71–73)  
– Drittwiderspruchsklage 3 (39, 43, 49);  
8 (55, 83); 9 (71)  
– Einlagengeschäft 3 (10, 35, 39f., 43–45,  
49)  
– Finanzkommissionsgeschäft 8 (55, 83)  
– Treuhanddepot 9 (71–73)  
– Treuhandkonto 3 (43–45)  
– vorzugsweise Befriedigung 3 (49)  
Zweitverbriefung 9 (55–57)  
Zwischenverwahrer 9 (2, 31, 69f., 72, 76f.,  
91)